

### AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	17
Stadt & Region	22
Tierschutz & Ethik	22
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Unternehmen	28

### VERBÄNDE



Thema. Organizing	29
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	31
Preise & Ausschreibungen	31

### SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

### ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	37
Bildung für nachhaltige Entwicklung 2020	
Thema: Jugend	

### THEMEN DES MONATS

Gentechnik

## Kontrolle oder Kollaboration?

**Bei der Zulassung von Gentech-Pflanzen spielt unabhängige  
Forschung keine Rolle**

Seite 2

EU-Parlament

## Etwas grüner und deutlich rechter

**Nationalisten profitieren von geringer Wahlbeteiligung und  
Zersplitterung der Bürgerlichen**

Seite 4

Agrarpolitik

## Milchbauern in Bewegung

**Das Aufbegehren der Milchbäuerinnen und -bauern ist auch  
eine Chance für Umwelt und Entwicklung**

Seite 6

Interview: Jagd

## „Bleimunition ist unverantwortlich“

**Aus Gründen des Tier-, Arten- und Verbraucherschutzes muss  
Schluss sein mit bleihaltiger Munition**

Seite 19

## Gentechnik

# Kontrolle oder Kollaboration?

Bei der Zulassung von Gentech-Pflanzen spielt unabhängige Forschung keine Rolle

**Gentechnisch veränderte Pflanzen müssen für den Anbau und Verkauf in Deutschland und Europa strenge Zulassungsbestimmungen erfüllen. In der Praxis gibt es aber keine klare Trennung zwischen Gentechnikforschern, Prüfern und Anwendern. Ganze Kontrollebenen sind unwirksam, die wirklichen Risiken bleiben im Dunkeln. ■ VON ANTJE LORCH**

Bei der Beurteilung von Zulassungsanträgen für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) schätzen unabhängige wissenschaftliche ExpertInnen die Risiken für Mensch, Tier und Umwelt ein. So jedenfalls möchte man es für Deutschland und die EU erwarten. Leider sieht die Wirklichkeit so nicht aus. Es ist dabei gar nicht nötig, dunkle Mächenschaften oder Korruption zu vermuten. Ein Blick auf die WissenschaftlerInnen, die in Deutschland für die Beurteilung von Gentech-Pflanzen zuständig sind, zeigt eine im Allgemeinen sehr positive Einstellung zur Gentechnik. Das zeigt sich etwa an ihren wissenschaftlichen und politischen Äußerungen, an den Lobbyorganisationen, in denen sie Mitglied sind, oder an Kooperationsprojekten mit Industrievertretern.

Ein Beispiel: Die Biochemikerin Kristina Sinemus ist Geschäftsführerin der Genius GmbH in Darmstadt, die im Rahmen eines Projekts zur Risikokommunikation für das Bundesforschungsministerium die Webseite biosicherheit.de betreibt. Die Genius-MitarbeiterInnen beschreiben sich in der Öffentlichkeit als „unabhängige Wissenschaftsjournalisten“. <sup>(1)</sup> Dennoch nahm Sinemus an den Verhandlungen zur Biodiversitätskonvention im Mai 2008 in Bonn als Industrievertreterin für die Global Industry Coalition teil.

Manchmal sind die politischen Positionen der WissenschaftlerInnen sehr deutlich, manchmal ist aber auch einige Recherche notwendig, bis sich aus der Masse der Aufgaben, Positionen und Projekte ein klareres Bild ergibt. Wie dies für Deutschland im Detail aussieht, haben der Gentechnikexperte Christoph Then und die Autorin im Mai 2008 in einer Stu-

die <sup>(2)</sup> für die Bundestagsabgeordnete der Grünen Ulrike Höfken dargelegt. Was für Auswirkungen die Verquickungen von Wissenschaft, Wirtschaft und Behörden haben können, wird an einem aktuellen Beispiel deutlich: der Zulassung der Mais-sorten MON810.

## Behördenmitarbeiter mit zu vielen Hüten

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), eine Behörde des Bundesverbraucherministeriums, ist in Deutschland federführend bei der Zulassung von Gentechnikpflanzen. Geleitet wird die entsprechende Abteilung durch Hans-Jörg Buhk. Bereits seit Beginn der 1980er-Jahre ist Buhk zunächst beim Robert-Koch-Institut und dann beim BVL für Gentechnikfragen zuständig. Sein Auftritt in einem Werbevideo für die ökonomischen Vorteile von Gentech-Mais und seine Mitarbeit im Vorbereitungscommittee der großen Gentechniklobby-Konferenz ABIC2004 in Köln sorgten schon vor einigen Jahren für Aufsehen und brachten ihm eine Abmahnung vom damals zuständigen Bundesgesundheitsministerium ein. Als Mitunterzeichner des ABIC2004-Manifests hatte Buhk den Abbau „unnötiger Hürden“ für die Zulassung von Gentech-Pflanzen gefordert – während er beim BVL für die Einhaltung genau dieser gesetzlichen „Hürden“ verantwortlich ist.

Buhks Stellvertreter im BVL ist Detlef Bartsch. Der Leiter des Referats für Koexistenz und GVO-Monitoring hat sich schon vor seiner Zeit in der Bundesbehörde mit Gentechnik befasst. Zwischen 1992 und 2000 führte er selbst Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Zuckerrüben der Firma KWS durch. Schon 1995 ä-

ßerte Bartsch in diesem Zusammenhang: „Es geht schon lange nicht mehr darum, ob wir die Gentechnik wollen oder nicht. Es geht vielmehr darum, wie wir sie wollen.“ Bartsch ist zusammen mit Joachim Schiemann vom Julius-Kühn-Institut (JKI) – der Nachfolgeeinrichtung der Biologischen Bundesanstalt – auch Mitglied des GVO-Gremiums der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Der EFSA obliegt auf EU-Ebene die Risikoabschätzung beim Anbau und Verzehr von GVO. Von 2003 bis 2006 war auch Buhk Mitglied in dem Wissenschaftlergremium. Bei der Recherche für die erwähnte Studie tauchten auch andere gentechnikfreundliche WissenschaftlerInnen immer wieder als Ad-hoc-ExpertInnen verschiedener Arbeitsgruppen bei der EFSA auf. Ein Beispiel dafür ist Kerstin Schmidt, die in diversen Firmen und Netzwerken für die Entwicklung und Freisetzung verschiedener Gentech-Pflanzen wie Kartoffeln und Möhren in der Nähe von Rostock tätig ist.

## „Unabhängige“ Studien selbst verfasst

Vor allem durch die Doppelrolle von WissenschaftlerInnen, die auf Bundes- und EU-Ebene mit der Zulassung von GVO zu tun haben, fällt zumindest für Deutschland eine ganze Kontrollebene aus. Doch die Sache wird noch komplizierter.

Bartsch führte seine Zuckerrübenversuche in den 1990er-Jahren an der RWTH Aachen als wissenschaftlicher Mitarbeiter von Ingolf Schuphan durch, dem inzwischen emeritierten Leiter des Bereichs Biologie und Umweltforschung. Seit 1998 ist Bartsch Privatdozent an der RWTH und blieb dies auch, als er 2003 seine Stellung in der Zulassungsbehörde antrat. 2007 verlieh

ihm die RWTH den Titel Professor.

Soll man sich nun freuen, dass das BVL Experten beschäftigt, die der Wissenschaft noch ganz direkt verbunden sind? In diesem Fall leider nicht. Unter der Koordination von Schuphan finden seit Jahren Verbundprojekte des Bundesforschungsministeriums statt, die Umweltauswirkungen von Gentech-Pflanzen untersuchen, darunter auch die Sorte MON810 von Monsanto. Gemeinsam mit Wissenschaftlern der RWTH publizierte Bartsch noch in den letzten Jahren Artikel, die im Zusammenhang mit Risikoforschung und Ministeriumsprojekten entstanden sind, und betreute Doktorarbeiten. Wissenschaftlich und persönlich ist er also eng verbunden mit genau der Risikoforschung, deren Ergebnisse er dann in die Beurteilung von Gentechpflanzen einbezieht. Dass ihm mit Achim Gathmann 2006 ein RWTH-Kollege ins BVL folgte, überrascht dann kaum noch.

### „Freizeitforscher“ schaffen die Basis

An anderer Stelle wird noch deutlicher, dass Bartsch als Behördenvertreter selbst die wissenschaftlichen Studien erarbeitet, auf die sich BVL und EFSA dann berufen. Im Februar 2008 veröffentlichte das Wissenschaftsjournal *Nature Biotechnology* eine Studie<sup>(3)</sup>, in der eine stufenweise Risikoabschätzung für Gentechpflanzen empfohlen wird; ein Vorgehen, das kritische WissenschaftlerInnen immer wieder beanstanden. Hier geht es auch um kostengünstigere und schnellere Zulassungsverfahren für die Gentech-Sorten.

Schon 2004 wurde das Konzept auf einer Tagung der Industrievereinigung EuropaBio beworben. WissenschaftlerInnen von Forschungsinstituten, Industrie und Zulassungsbehörden arbeiteten es in einer internationalen Arbeitsgruppe für biologische Sicherheit unter Leitung von Jörg Romeis aus. Romeis entwickelt zurzeit in der Schweiz Gentech-Weizen. Zum Lenkungsausschuss der Arbeitsgruppe gehört neben Bartsch auch ein Vertreter der Firma Syngenta. Alle drei gehören ebenso zu den AutorInnen des Artikels von 2008 wie Mitarbeiter von BASF, DuPont und Mon-

santo sowie die EFSA-Gremienmitglieder Schiemann vom JKI und Jeremy Sweet aus Großbritannien. In einer Anmerkung zu dem Artikel wird dann betont, die Wissenschaftler aus den Zulassungsbehörden und der Gentechnikindustrie seien als Einzelpersonen beteiligt und nicht als Vertreter ihrer Organisationen. Soll uns das weismachen, dass ein Mitarbeiter des BVL die Zusammenarbeit mit Industrievertretern als Freizeitbeschäftigung ansieht?

Ganz praktisch bedeutet diese Veröffentlichung auch, das ein wissenschaftlicher Artikel vorliegt, auf den sich sowohl die Gentechnikindustrie als auch BVL und EFSA gleichermaßen berufen können, um Forderungen nach Studien zu Effekten auf Nahrungsketten auszuhebeln.

### Kommt MON810 zurück?

Seit April 2009 sind Verkauf und Anbau von MON810 in Deutschland verboten. Im Mai 2007 hatte die Leitung des BVL schon einmal den Verkauf des Monsanto-Maises gestoppt und von dem Konzern einen verbesserten Monitoringplan verlangt. Detailliert schrieb das BVL damals neun Punkte vor, in denen das Monitoring entscheidend verbessert werden sollte, etwa zum Verbleib des Gifts im Boden oder zu Effekten auf Insekten in der Nahrungskette und außerhalb des Feldes. Hans-Jörg Buhk war mit der Entscheidung keineswegs einverstanden. Das geht aus E-Mails hervor, die ihren Weg zu Monsanto-Rechtsanwälten fanden und von diesen genutzt wurden. „In meiner Zuständigkeit als Leiter der Abteilung Gentechnik kann ich die ergangene Weisung zur Einschränkung der Inverkehrbringensgenehmigung zu MON810 aus fachlichen Gründen nicht als richtig erachten“, schrieb Buhk im April 2007. Als Begründung gab er an, es lägen „keine neuen, wissenschaftlich begründeten Erkenntnisse vor“. Dass die BVL-Verfügung erst kurz nach der Aussaat erging und dadurch folgenlos blieb, dürfte kein Zufall sein. Im Dezember 2007, rechtzeitig vor der nächsten Aussaat, akzeptierte das BVL dann einen Monitoringplan, der viele der aufgelisteten Kriterien noch immer nicht berücksichtigte.

Während MON810 in Deutschland wieder verboten ist, liegt auf EU-Ebene schon seit Jahren der Antrag auf Weiterzulassung vor. Die erste Zulassung von 1996 war zwar nur für zehn Jahre erteilt worden, aber solange über den Antrag noch nicht entschieden ist, bleibt MON810 EU-weit zugelassen. Den Antrag bearbeitet das EFSA-Gremium, in dem auch Detlef Bartsch vom BVL sitzt.

Die Liste der Verquickungen und möglichen Interessenkonflikte von Wissenschaftlern in Zulassungsbehörden und staatlichen Forschungseinrichtungen ist noch viel länger. Sie zeigt, dass es sich nicht um einzelne schwarze Schafe handelt, sondern um ein grundsätzliches Problem. Gentechnik ist keine „wertfreie“ Technik mit akzeptierten Messstandards, an denen sich Sicherheit und Gefahren ablesen ließen. Schon die Frage, was eigentlich zu einer Umweltrisikoaanalyse gehört, ist noch offen. Ganz zu schweigen davon, dass die Abschätzung von möglichen Umwelteffekten zwar auf Fakten beruhen kann, aber selbst kein wissenschaftliches Ergebnis ist, weil eben doch eine Abschätzung in die Frage einfließt, was eigentlich schützenswert ist. Sicher ist im Augenblick nur eines: Viele der WissenschaftlerInnen in Behörden und Zulassungseinrichtungen tragen so viele Hüte, das man von Interessenkonflikten ausgehen muss.

### Anmerkungen

- ▶ (1) Vgl. [www.gmo-compass.org/eng/imprint](http://www.gmo-compass.org/eng/imprint)
- ▶ (2) Lorch, A.; Then, C. (2008): Kontrolle oder Kollaboration? Agro-Gentechnik und die Rolle der Behörden. Berlin, 59 S. [www.ifrik.org/node/217](http://www.ifrik.org/node/217)
- ▶ (3) Romeis, J. et al. (2008): Assessment of risk of insect-resistant transgenic crops to nontarget arthropods. *Nature Biotechnology* 26, 203–208. [www.tinyurl.com/romeis](http://www.tinyurl.com/romeis)

Die Biologin Antje Lorch ist von Amsterdam aus als freiberufliche wissenschaftliche Beraterin vor allem für Umweltorganisationen in Europa tätig. Sie befasst sich insbesondere mit Agrotechnik und Risikobewertung von Gentech-Pflanzen.



Kontakt:  
E-Mail: [lorch@ifrik.org](mailto:lorch@ifrik.org),  
[www.ifrik.org](http://www.ifrik.org)

## EU-Parlament

# Etwas grüner und deutlich rechter

Nationalisten profitieren von geringer Wahlbeteiligung und Zersplitterung der Bürgerlichen

**Viele EU-kritische Parteien haben den Einzug ins Europäische Parlament geschafft. Insgesamt diagnostizieren Beobachter einen Rechtsruck. Nettogewinner waren ansonsten die Grünen. Stärkste Kraft bleiben mit großem Abstand die Konservativen. Die europäischen Sozialdemokraten verlieren deutlich. ■ VON JULIANE GRÜNING, DNR**

Europa hat gewählt. Und seine BürgerInnen waren damit nach Meinung von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso verantwortlich für den „größten transnationalen Demokratietest auf diesem Planeten“. An der Wahl konnten sich rund 375 Millionen Wahlberechtigte in 27 Mitgliedstaaten beteiligen. Es kamen aber nur 161 Millionen – das ist mit knapp 43 Prozent die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1979.

Dabei hatte sich das EU-Parlament jede Menge einfallen lassen. Man konnte sich per SMS an die Wahl erinnern lassen, es gab Plakatwettbewerbe, Internet- und Livedebatten, jede Menge Informationsmaterial in Fernsehen, Rundfunk und Presse. Sogar aus dem Weltall wurde zum Wählen aufgerufen. Der Belgier Frank de Winne, der im Oktober als erster Astronaut der Europäischen Raumfahrtbehörde ESA das Kommando auf der Internationalen Raumstation ISS übernimmt, funkte: „Ich hoffe, Sie alle werden auch wählen, wo immer Sie auch sind und was auch immer Ihre politischen Präferenzen sein mögen.“ Die Wahlbeteiligung in Belgien liegt dank Wahlpflicht immer um die 90 Prozent. Die

## Ergebnisse in Deutschland

Partei	Ergebnis (%)	Sitze	
CDU	30,7	34	(-6)
SPD	20,8	23	(±0)
Grüne	12,1	14	(+1)
FDP	11,0	12	(+5)
Linke	7,5	8	(+1)
CSU	7,2	8	(-1)
Sonstige	10,8	0	

## Zusammensetzung des neuen EU-Parlaments

Fraktion	Wahlergebnis (%)		Gewinne/ Verluste	Sitze 2009
	2009	2004		
EPP-ED – Konservative	35,9	(36,7)	-0,8	264
PES – Sozialdemokraten	21,9	(27,6)	-5,7	161
ALDE – Liberale	10,9	(12,7)	-1,8	80
GREENS/EFA – Grüne	7,2	(5,5)	+1,7	53
UEN – Nationalkonservative	4,8	(5,6)	-1,2	35
GUE/NGL – Linke	4,3	(5,2)	-0,9	32
IND/DEM – Europakritiker	2,4	(2,8)	-0,4	18
NI – Fraktionslose	12,6	(3,8)	+8,8	93

Slowakei konnte ihre Wahlbeteiligung zwar erhöhen, insgesamt beteiligte sich aber nur ein Fünftel der WählerInnen – damit ist das Land in punkto Wahlbeteiligung das EU-Schlusslicht. In Deutschland hielt sich die Beteiligung auf dem niedrigen Niveau der letzten Wahl.

### Deutschland: CDU schwächer, FDP stärker

Die CDU bleibt in Deutschland stärkste Partei, trotz des Verlustes von sechs Sitzen, die CSU hat ebenfalls einen Platz verloren. Die SPD behält die gleiche Anzahl von Sitzen. FDP, Grüne und Linke haben mehr Sitze als vorher. Am erfolgreichsten war die FDP, die fünf Sitze hinzugewinnen konnte. Hinzugewonnen haben auch die „Anderen“, die kleineren Parteien, von denen allerdings keine über die Fünf-Prozent-Hürde gekommen ist und die deshalb auch keine Abgeordneten nach Straßburg und Brüssel schicken werden. Unter den kleinen Parteien waren die Freien Wähler mit 1,7 Prozent am erfolgreichsten, gefolgt von den Republikanern (1,3 %), der Tier-

schutzpartei (1,1 %) und den Piraten, die sich für das Recht auf Privatkopien einsetzen (0,9 %).

Brandenburg ist das wahlmüdeste Bundesland mit einer Beteiligung von unter 34 Prozent. Rheinland-Pfalz und das Saarland landeten immerhin bei über 54 Prozent.

### Europa: Sieg für Mitte-Rechts, Plus für Grüne und Andere

Stärkste Fraktion im EU-Parlament mit seinen jetzt 736 Sitzen bleibt die konservative Volkspartei. Und das mit größerem Abstand als zuvor, da die Sozialdemokraten rund ein Fünftel ihrer Sitze verloren. Insgesamt gesehen konnten die Grünen und die Gruppe der sonstigen, bisher zu keiner Fraktion gehörenden Abgeordneten bei den Wahlen 2009 zulegen. Alle anderen Fraktionen, ob konservativ, sozialdemokratisch oder liberal, mussten unterschiedlich große Verluste in Kauf nehmen. Die Kräfte weit rechts außen und die Europakritiker wurden gestärkt. Beispielsweise gewann in Ungarn die Rechte über die

Hälfte der Stimmen, auch die ItalienerInnen votierten eher rechts. In Rumänien, den Niederlanden, Belgien, Österreich und Dänemark bekamen ebenfalls die Rechten viele Stimmen. Dafür verlor die traditionell EU-kritisch eingestellte skandinavische Rechte etwas an Zuspruch. Aus Schweden kommt zukünftig ein Abgeordneter der Piratenpartei. In Großbritannien erlebte die Labourparty von Premier Gordon Brown ein echtes Wahldesaster, dafür legten die europakritischen und rechtsextremen Kräfte deutlich zu. Griechenland und die Slowakei unterstützten dagegen die sozialdemokratischen Kräfte. In Frankreich liegt die konservative Regierungspartei von Nicolas Sarkozy klar an der Spitze – überraschend wurde aber die ökologische Allianz mit dem Grünen Daniel Cohn-Bendit, dem Bauerngewerkschafter José Bové und der Richterin Eva Joly drittstärkste Kraft.

### Die Wahl ist nur ein Puzzleteil

Bei der konstituierenden Sitzung am 14. Juli werden PräsidentIn, VizepräsidentInnen und QuästorInnen (Präsidiumsmitglieder mit beratender Stimme) gewählt. Auch die Neugründung oder Auflösung von Fraktionen und die Zugehörigkeit zu Parlamentsausschüssen werden im Plenum verkündet. Ab Juli müssen alle Frak-

tionen aus Abgeordneten aus mindestens sieben Mitgliedstaaten und insgesamt aus mindestens 25 statt bisher 19 Abgeordneten bestehen – ein Punkt, der besonders die bisher aus 22 Mitgliedern bestehende Fraktion der Europakritiker betrifft.

Man darf gespannt sein, wie sich die neue konservative Machtlage in der EU auf die Umweltpolitik auswirkt und inwieweit die Abgeordneten bereit sind, auf Forderungen von Umweltverbänden einzugehen. Umweltpolitik dürfte nicht gerade das Topthema der nächsten fünf Jahre sein und vor allem durch die wirtschaftlich-technokratische Brille betrachtet werden. Dabei gibt es angesichts von ökologischer Krise und Klimawandel doch weit mehr zu schützen als Arbeitsplätze in der Autoindustrie. Konservative und Liberale haben zusammen noch keine Mehrheit, es müssen sich also für Entscheidungen immer noch andere Abgeordnete finden. Das entstehende Bündnis unabhängiger britischer Konservativer mit Polen und Tschechen rechts der Mitte könnte da eine Rolle spielen. Traditionell bilden sich die Mehrheiten im Europaparlament aber nicht immer entlang der Fraktionsgrenzen. Auf jeden Fall gilt es, inner- und außerparlamentarisch kreativ zu werden, um umweltfreundliche Entscheidungen durchzusetzen.

Diejenigen, die zur Wahl gegangen sind, haben die Machtverhältnisse mitbestimmt. Doch was ist mit den NichtwählerInnen? Ex-Tagesthemensprecher Ulrich Wickert meint: „Wer nicht wählen geht, darf auch nicht meckern.“ Mag sein, aber die Wahlen sind nur ein kleiner Schritt im großen Politikmonopoly. Demokratie lebt von der aktiven und passiven Beteiligung aller.

Wer umweltpolitisch fundiert meckern will, darf sich gern für Hintergrundinformationen an die EU-Koordination wenden. Viele Abgeordnete sind neu in Straßburg und Brüssel und dankbar für eine professionelle umweltpolitische Zuarbeit.

### Weitere Informationen

- Mehr zu den Wahlergebnissen in Deutschland und EU-weit: [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de), [www.elections2009-results.eu](http://www.elections2009-results.eu)
- Forderungen der Umweltverbände: [www.eu-koordination.de/PDF/memorandum-europawahl.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/memorandum-europawahl.pdf)

Die Umwelt-, Kultur- und Kommunikationswissenschaftlerin Juliane Grüning arbeitet seit 2003 für die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR) in Berlin.

### Kontakt:

Tel. +49 (0)30 / 6781775-81, E-Mail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de), [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)



## politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen



### Ressourcen – Kampf um knappe Schätze

Unübersehbar ist der globale Kampf um Ressourcen und Rohstoffe ausgebrochen. Und er wird sich verschärfen, je weniger Wasser verfügbar ist, je mehr Stahl aufstrebende Länder verbauen und je weniger Anbauflächen für Nahrungsmittel übrigbleiben.

Die Autor(innen) der *politische ökologie*<sup>115-116</sup> erklären, wie Rohstoffe, Wirtschaft und geopolitische Strategien zusammenhängen, und was zu tun ist, um den verbliebenen natürlichen Reichtum der Erde zu schonen.

- \_ Wie sieht eine globale Öl-Entziehungskurve aus?
- \_ Welche Folgen hat der Abbau seltener Metalle in Afrika?
- \_ Was muss eine nachhaltige globale Ressourcenpolitik tun?

Mit Beiträgen von M. Müller, F. Uekötter, S. Müller-Kraenner, S. Bringezu, K. Kristof u.v.m.

\_Stillen Sie Ihre Neugier!\_ Fordern Sie Heft 115-116 an\_19,90 EUR (zzgl. Versand)/31,80 CHF!  
\_ISBN 978-3-86581-176-9\_oekom verlag\_Fax 089/54 41 84-49\_neugier@oekom.de\_www.oekom.de



## Agrarpolitik

# Milchbauern in Bewegung

Das Aufbegehren der Milchbäuerinnen und -bauern ist auch eine Chance für Umwelt und Entwicklung

**In Deutschland tobt ein Richtungskampf um die Milcherzeugung. Während die Exportindustrie die Quoten hochschrauben will, demonstrieren die Milchbäuerinnen und -bauern für faire Produktionsbedingungen. Ihre Aktionen sind populär, auch weil es um mehr geht als Milchpreis und Quote. Ihr Widerstand bietet viele Anknüpfungspunkte für entwicklungs- politische Organisationen und Aktive, aber auch für Umwelt- und TierschützerInnen. ■ VON ULRICH JASPER, ABL**

Im Juni sind sie bis nach Brüssel gefahren und wieder zurück, mit 1.000 Traktoren. Einige von ihnen waren samstags in Mecklenburg gestartet und kamen erst über eine Woche später sonntags zurück. In Brüssel stand die Milch auf der Neben-Tagesordnung der 27 Staats- und Regierungschefs der EU. Bundeskanzlerin Angela Merkel machte die Milch zum Thema des Gipfels, nachdem Ende Mai 200 bis 300 Bäuerinnen eine Woche lang vor dem Kanzleramt ausgeharrt hatten, auch nachts, und sechs von ihnen sogar in den Hungerstreik getreten waren.

Hier wie da fordern die Milchbäuerinnen und Milchbauern, die vor allem im noch jungen Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) organisiert sind: Die Milchmenge muss runter, weil mehr produziert wird als der Markt aufnimmt. Das Überangebot drückt den Milchpreis, vor allem den Erzeugerpreis, den die Molkereien den Bauern auszahlen. Im Bundesdurchschnitt liegt er derzeit bei 22,4 Cent je Liter, Tendenz weiter fallend. Im Norden zahlen einige Molkereien nur noch 18 Cent. Innerhalb von anderthalb Jahren hat sich das Milchgeld damit halbiert.

## Nachfrage geht zurück

Es gibt keinen Milchviehbetrieb, der zu solchen Preisen Milch kostendeckend erzeugen kann. Doch die, die weiter produzieren, erzeugen oftmals nicht weniger, sondern steigern die Menge noch. Sie versuchen, die sinkenden Erlöse pro Liter durch mehr Liter auszugleichen. Sie müssen liquide bleiben. Die meisten von ihnen haben in den letzten Jahren in Ställe, Melk- oder Fütterungstechnik und in Flä-

chen und Milchquoten investiert. Die Kredite müssen abgezahlt werden, Monat für Monat. Deshalb ist die Milcherzeugung in den letzten Monaten in der Summe nicht unter das Vorjahresniveau gefallen, sondern lag noch darüber.

Was für den Einzelnen eine rationale Entscheidung ist, ist insgesamt eher Harakiri. Denn die Nachfrage nach Milch und Milchprodukten steigt nicht, weder international noch bei uns, trotz Rekord-Tiefstpreisen. Und so drückt die Übermenge die Preise weiter nach unten, und damit weiter weg von Bereichen um die 40 Cent je Liter. Die wurden im Herbst 2007 gezahlt, und die bräuchten die Betriebe etwa, um die Kosten und die Arbeit bezahlen zu können.

## Agrarminister fördern Überschüsse

Mercedes, BMW und all die anderen Unternehmen würden wohl nur mit dem Kopf schütteln. Niemand von ihnen käme derzeit auf die Idee, die Produktion einfach weiterrollen zu lassen oder sogar noch anzukurbeln. Alle haben schon vor Monaten Kurzarbeit angemeldet, damit die Halden nicht anwachsen.

Bei der Milch geht es andersherum. Obwohl die Nachfrage nach Milchprodukten schon Anfang 2008 zurückging, beschlossen die EU-Agrarminister im März desselben Jahres auf Vorschlag der EU-Kommission eine weitere Erhöhung der Milchquoten um EU-weit zwei Prozent, gültig ab April 2008. Die Absatzlage verschlechterte sich weiter, aber im November legten die Minister weitere Erhöhungen fest, beginnend mit faktisch über 2,5 Prozent im April 2009.

Die Milchquote gibt jedem einzelnen Milchviehhalter das Recht, eine bestimmte Menge Milch für den Markt zu erzeugen. Wer seine individuellen Milchquoten überschreitet, der muss – in Deutschland nur unter Umständen – für die zu viel gelieferte Menge Strafgebühren von bis zu 28 Cent je Liter an die EU zahlen. Nun wurden die erhöhten Milchquoten zwar – bezogen auf die einzelnen Länder – bisher nur in einem Teil der EU-Staaten voll ausgemolken. Aber insgesamt liegt die Erzeugung eben über dem Angebot.

## Bauernverband gegen Milchbauern

Die Milchbauern und Bäuerinnen fordern deshalb, die Quotenerhöhungen wenigstens befristet zurückzunehmen. Fünf Prozent der Quoten sollen kurzfristig in Reserven eingezogen werden, damit Angebot und Nachfrage wieder eine Balance finden können.

Die Milchindustrie und auch der Deutsche Bauernverband lehnen das ab, unterstützt von der EU-Kommission und einigen Agrarministern der EU. Statt einer Anpassung der Erzeugung an den Bedarf setzt diese Allianz auf die alten Instrumente des staatlichen Aufkaufens und Einlagerns und der Exportsubventionen. Beides kostet Steuergelder. Vor allem aber dehnen die Exportsubventionen unsere Krise auch noch in andere Kontinente, Staaten und Regionen aus.

Der Zweck der Exportsubventionen ist gerade, dass die europäische Milchindustrie ihr Milchpulver dort billiger anbieten kann als die örtlichen Erzeuger. Das ist Dumping. Der Staatssekretär im Bundesagrarministerium Gerd Müller

## Milchbäuerinnen haben keine Zeit zu warten

Die Lage für die Milchbauern scheint fast hoffnungslos. Seit Jahren sind die Milchpreise auf Talfahrt, nur 2007 war eine Ausnahme. Unsere Höfe sind oft seit vielen Generationen in Familienbesitz. Wir haben in uns den vergangenen Jahrzehnten immer wieder angepasst, um die sinkenden Erzeugerpreise auszugleichen. Sei es mit Betriebswachstum, Rationalisierung, Erhöhung unserer Arbeitszeiten oder Zuerwerb aller Art. Inzwischen ist aufgrund der jüngsten politischen Beschlüsse der Auszahlungspreis für unsere Milch so niedrig, dass selbst die „Besten“ nicht mehr kostendeckend wirtschaften können.

Wir Bäuerinnen können und wollen nicht zusehen, wie trotz harter Arbeit unsere Höfe mehr und mehr in die Verschuldung geraten. So beschlossen wir, Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich um Hilfe zu bitten. Nachdem die Kanzlerin keinerlei Bereitschaft zeigte, sich unser Problem auch nur anzuhören, entschlossen wir uns spontan zu dem Hungerstreik, um auf unsere ausweglose Situation aufmerksam zu machen. Das Ergebnis unserer Aktion war eine Einladung ins Kanzleramt am 29. Mai.

Aber wer war denn da eingeladen? Die Milchbäuerinnen, die unter größten Strapazen eine Woche vergeblich auf einen Termin gewartet hatten, waren in der Minderheit. Mehrheitlich waren die Landfrauen des Deutschen Bauernverbandes anwesend, obwohl die Aktion laut Präsident Gerd Sonnleitner „nicht Stil des Bauernverbandes“ war. Noch dazu setzte sich diese

„Opposition“ bei der Kanzlerin dafür ein, den eingeschlagenen Weg zum Ausstieg aus der Milchquote beizubehalten. „Wir sind bereit zum Strukturwandel“, war ihre Aussage.

Die campierenden Milchbäuerinnen wollen aber genau das Gegenteil. Möglichst viele Betriebe sollen erhalten bleiben. Es soll ein Milchkrise ngipfel stattfinden mit dem Ziel, die zu produzierende Milchmenge dem Bedarf anzupassen, damit der Preis so bald wie möglich wieder die Produktionskosten deckt. Das würde die Steuerzahler keinen zusätzlichen Cent kosten.

Die Kanzlerin will erst beim nächsten Treffen mit den europäischen Regierungschefs beim Kamin gespräch die Situation des Milchmarktes ansprechen. Die Milchbauern in Not sind anscheinend nicht einmal einen außerordentlichen Tagesordnungspunkt wert. Es müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer wesentlichen Verbesserung der Lage führen. Zeit zu warten haben wir nicht mehr.

[Kommentar: Lucia Egner]

Lucia Egner ist Milchbäuerin im oberbayerischen Egenried. Im Juni hat sie mit einem Hungerstreik vor dem Bundeskanzleramt in Berlin für einen Milchgipfel zur Rettung der existenzbedrohten Höfe protestiert.

► Kontakt: Tel. +49 (0)8847 / 701,  
E-Mail: x.egner@gmx.de

(CSU) bestreitet das und argumentiert, das subventionierte Pulver würde nur in Länder verkauft, die das auch bestellt hätten. Gleichzeitig verweist er darauf, dass ja ein Ende der Exportsubventionen bis zum Jahr 2013 angestrebt sei – womit er den Dumpingcharakter doch einräumt, denn warum sollte man sonst damit aufhören. Was bei der Quote als ein Widerspruch erscheint, nämlich dass sie heute angewendet wird, auch wenn sie (vielleicht) 2015 ausläuft, das soll beim Export-Dumping ein planvolles Handeln sein.

Die Milchbäuerinnen und Milchbauern wollen die Exportsubventionen nicht. Denn die Ausrichtung der europäischen Milchindustrie und damit der EU-Milchpolitik auf die Exportmärkte für Billigprodukte wie Pulver und Butter bedeutet letztlich auch in Europa niedrige Milcherzeugerpreise. Die Milchindustrie mag sich davon etwas versprechen, für die meisten Milchbauern rechnet es sich nicht. Dabei hat niemand etwas gegen Exporte, aber eben nur zu Preisen, die für die Bauern hier wie dort kostendeckend sind.

Die EU-Kommission spricht immerzu davon, dass die Nachfrage auf der Welt bald wieder steigen müsse, denn besonders in Asien wachse eine wohlhabende Schicht, die mehr Milch trinke und Käse esse. An diesen Wachstumspotenzialen will die europäische Milchindustrie teilhaben.

### Neue Bündnisse sind möglich

Das bedeutet, dass die Milcherzeugung in der EU nicht zurückgefahren werden soll, sie soll im Gegenteil noch weiter steigen. Doch jeder Liter mehr beruht nicht nur auf einer noch intensiveren und örtlich konzentrierten Milcherzeugung, bei der die Kühe keine Weide mehr zu sehen bekommen, sondern auch auf steigenden Einfuhren von Eiweißfuttermitteln: Soja vor allem aus Südamerika, mit allen bekannten Folgen für Regenwald, Klima und Agrarstruktur dort. Was die europäische Milchindustrie auf diese Weise zur „Welternährung“ beitragen soll, holt sie sich vorher in anderen Kontinenten.

Neben den developmentpolitischen Organisationen sind es vor allem die Milchbäuerinnen und Milchbauern, die derzeit gegen diese Strategie aufbegehren. Sie tun das aus berechtigtem Eigeninteresse. Aber ihr Widerstand bietet auch für Verbände und Aktive im Umwelt- und Tierschutz viele Anknüpfungspunkte, vielleicht mehr als vermutet.

### Weitere Informationen

► Jasper, U.: Milchstreik 2008. Starke Bewegung, selbstbewusste Bauern und Bäuerinnen, solidarisches Handeln. In: Der Kritische Agrarbericht 2009. ABL-Verlag, Hamm. [www.kritischer-agrarbericht.de](http://www.kritischer-agrarbericht.de)

Ulrich Jasper ist Redakteur der Unabhängigen Bauernstimme und stellvertretender Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Hamm. Zu seinen Aufgaben gehört die Koordination von Verbänden aus Landwirtschaft, Umwelt-, Natur-, Tier- und Verbraucherschutz zur EU-Agrarpolitik.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)2381 / 9053171,  
E-Mail: [jasper@abl-ev.de](mailto:jasper@abl-ev.de),  
[www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de)



## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

EU-Abfallpolitik**Neue Abfallkriterien in Arbeit**

■ Die EU-Kommission entwickelt für fünf Abfallarten Kriterien, ab wann die Stoffe juristisch gesehen als Abfall oder als Produkt gelten. Für Eisenmetall-, Aluminium- und Kupferschrott sowie Papier und Glas sollen in den nächsten zehn Monaten jeweils Arbeitsgruppen ihre Tätigkeit aufnehmen. Dazu gehören eine Definition von Recyclingqualitätsnormen sowie die Formulierung von Bestimmungen über die Abfallverbringung und die Recyclingziele. Die erste Gruppe soll Anfang Juli in der andalusischen Stadt Sevilla mit der Arbeit beginnen. [jg]

- ▶ Europäisches Umweltbüro, Abfallreferentin Nathalie Cliquot, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891097, E-Mail: nathalie.cliquot@eeb.org, www.eeb.org

EU-Verpackungspolitik**Leitlinien für Einwegdosen**

■ Die EU-Kommission hat unverbindliche Leitlinien zu den Themen Getränkeverpackungen, Pfandsysteme und freier Warenverkehr veröffentlicht. Die Kommission versucht darin, die Konfliktfelder Umweltschutz und Binnenmarkt bei Getränkeverpackungen zu entschärfen. Darum hatte es in den vergangenen Monaten immer wieder rechtliche Streitigkeiten gegeben. Unternehmen hatten geklagt, dass sie ihre Produkte in bestimmten Ländern mit obligatorischen Rücknahme- und Pfandsystemen nicht ohne Handelshemmnisse vertreiben können. Die EU-Kommission stellt nun aber fest, dass es im Ermessen der Mitgliedstaaten liegt, aus Umweltschutzgründen derlei Regelungen zu erlassen und durchzusetzen. Allerdings dürften Wettbewerbsverzerrungen nicht geduldet werden. Zwischen Umwelt und Wettbewerb müsse es eine faire Balance geben.

Deutschland will mit einer neuen Verordnung den Unterschied zwischen Einweg- und Mehrweggetränkeverpackungen deutlicher machen. Der Entwurf der Verordnung zur Kennzeichnung von Getränkeverpackungen aus dem Bundesumweltministerium (BMU) muss aber noch von Bundestag und -rat bestätigt werden. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisierte im Bündnis mit der Allianz für Mehrweg den Vorschlag als halbherzig und forderte darüber hinaus einen Aufschlag für Einwegverpackungen. [jg]

- ▶ Leitlinien: [www.kurzlink.de/kom-09725-09](http://www.kurzlink.de/kom-09725-09)
- ▶ BMU: [www.bmu.de/abfallwirtschaft](http://www.bmu.de/abfallwirtschaft) (Downloads)
- ▶ DUH, Abfallexpertin Maria Elander, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-12, E-Mail: [elandar@duh.de](mailto:elandar@duh.de), [www.duh.de/abfall\\_mehrweg\\_recyc.html](http://www.duh.de/abfall_mehrweg_recyc.html)

EU-Deponierichtlinie**Müllüberflüsse**

■ Viele EU-Mitgliedstaaten werden es nicht schaffen, alle ungenehmigten Mülldeponien bis zum 16. Juli schließen, wie das die Deponierichtlinie von 1999 vorsieht. Nach Informationen der EU-Kommission gibt es immer noch Tausende illegale Abfalldeponien. Am Europäischen Gerichtshof seien noch zahlreiche Prozesse anhängig, weil Mitgliedstaaten die Richtlinie nur unvollständig oder gar nicht umgesetzt hätten, teilte die Kommission mit. Die Europäische Föderation der Entsorgungswirtschaft Fead forderte bei einer Konferenz Mitte Mai in Estland mehr Hilfestellungen für die Mitgliedstaaten, statt diese gerichtlich zu belangen.

Die EU-Kommission will eine neue Agentur für die Umsetzung der EU-Abfallpolitik schaffen. Dort sollen die Mitgliedstaaten bei Fragen zu Abfallgesetzen, Deponien und Mülltransporten eine Anlaufstelle finden. Die Agentur wiederum soll Kontrollen durchführen. Zurzeit laufen allerdings erst Machbarkeitsstudien. [jg]

- ▶ EU-Kommission, Themenseite: [www.ec.europa.eu/environment/waste](http://www.ec.europa.eu/environment/waste) (landfill of waste)
- ▶ [www.fead.be](http://www.fead.be)

Schiffsabwrackung**Lahme IMO-Konvention**

■ Seit Mitte Mai gibt es erstmals weltweit gültige Regeln für das Abwracken alter Schiffe. Die unter dem Dach der Internationalen Schifffahrtsorganisation IMO in Hongkong beschlossene Konvention zum sicheren und umweltgerechten Recycling von Schiffen soll 2013 in Kraft treten und schreibt für 50.000 Schiffe weltweit eine zertifizierte Schadstoffliste (Inventory of Hazardous Materials, IHM) vor. Die IHM soll von Gefahrstoffspezialisten erstellt werden, die nach einer Prüfung ein Zertifikat ausstellen. Neue Schiffe dürfen nur mit IHM-Liste in Betrieb gehen. Auch Recyclingwerften müssen Anforderungen an Sicherheit und Umweltschutz erfüllen.

Umwelt-, Menschenrechts- und Gewerkschaftsverbände nannten die neue IMO-Konvention jedoch einen „großen Schritt rückwärts“. Sie fördere die Verlagerung gefährlicher Tätigkeiten in arme Länder und verhindere Alternativen. Die Konvention verstoße zudem gegen die Basler Konvention, weil sie reiche Industriestaaten nicht verpflichte, die alten Schiffe selbst von Giftstoffen zu befreien. Sie legitimiere sogar die Abwrackung direkt an empfindlichen Meeresstränden („beaching“) – eine Praxis, die in Industriestaaten niemals erlaubt würde. Auch vorsorgende Maßnahmen wie die Verpflichtung, auf giftige Stoffe schon beim Schiffsbau zu verzichten, wurden von den 700 Delegierten nicht angenommen. Zudem gibt es keinen verbindlichen Fonds, der Schiffskonzerne verpflichten würde, das Verursacherprinzip auch finanziell umzusetzen.

Die Goldman-Preisträgerin Rizwana Hasan aus Bangladesch forderte, der IMO das Mandat für die Regelung dieser Angelegenheit zu entziehen. Sie habe beim globalen Abfallmanagement versagt. Die Nichtregierungsorganisationen hoffen nun auf die EU, die in ihrer Strategie zum Schiffsrecycling vom November 2008 weitgehende Schritte gefordert hatte. [jg]

- ▶ NGO-Bündnis: [www.shipbreakingplatform.com](http://www.shipbreakingplatform.com)
- ▶ EU-Strategie zum Schiffsabwracken: [www.kurzlink.de/EUsschiffabwrackung08](http://www.kurzlink.de/EUsschiffabwrackung08)

## Pestizide

### Osteuropäische Altlasten

■ Die EU-Kommission soll sich auf internationaler Ebene für die professionelle Entsorgung von alten Pestiziden einsetzen. Das empfiehlt das in Brüssel ansässige wissenschaftliche Zentrum für Europäische Politikstudien CEPS in einer Studie, die Ende Mai veröffentlicht wurde. Besonders die osteuropäischen Mitgliedstaaten, aber auch die EU-Nachbarn und Beitrittskandidaten hätten noch viele Lager mit abgelaufenen oder inzwischen verbotenen Pestiziden. Dies führe zu großen Umwelt- und Gesundheitsrisiken, da es in den meisten dieser Staaten keine adäquaten Entsorgungssysteme gebe. Die EU sollte sowohl technische als auch finanzielle Hilfestellung leisten. Dafür sollte die EU-Kommission zusammen mit den betroffenen Ländern einen Aktionsplan entwickeln. Gleichzeitig empfiehlt CEPS den zuständigen Industriezweigen, freiwillige Rückholaktionen und Entsorgungsmaßnahmen zu starten. Der 26-seitige Report kann aus dem Internet heruntergeladen werden. [jg]

► [www.kurzlink.de/ceps-report](http://www.kurzlink.de/ceps-report), [www.ceps.be](http://www.ceps.be)

## EU-Chemikalienpolitik

### Magere REACH-Liste

■ Die EU-Mitgliedstaaten entscheiden in Kürze über sieben „sehr besorgniserregende“ Stoffe, die nach der EU-Chemikalienverordnung REACH spezielle Zulassungsverfahren durchlaufen müssen. Der zuständige Ausschuss der Europäischen Chemikalienagentur ECHA führte dazu eine Vordebatte, konnte sich aber nicht einigen. ExpertInnen aus mehreren Mitgliedstaaten äußerten Bedenken, dass die Reglementierung der giftigen Stoffe kleinere Firmen wirtschaftlich beeinträchtigen könnte oder es keine Alternativen zu den Stoffen gebe. Nun muss im sogenannten Komitologieverfahren entschieden werden. Dabei setzen sich VertreterInnen der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission in technischen Ausschüssen zusammen.

Die eigentliche „Kandidatenliste“ im REACH-Anhang XV enthält zurzeit 15 gefährliche Substanzen. Umwelt- und Gesundheitsorganisationen kritisierten die zögerliche Auswahl und veröffentlichten eine Alternativliste mit über 260 Giftstoffen, die aus ihrer Sicht ersetzt werden müssten. Die Stoffe sind krebserregend, schwer abbaubar oder lagern sich im Gewebe an. [jg]

► [www.echa.eu](http://www.echa.eu)  
 ► [www.sinlist.org](http://www.sinlist.org)

## Konsultationen

### Keine bleifreien Alternativen?

■ Die Europäische Kommission hat Anfang Juni zwei Konsultationen zum Gebrauch von Schwermetallen gestartet.

Die erste betrifft zehn existierende und zwei mögliche neue Ausnahmen vom Verbot für Schwermetalle im Rahmen der Autorichtlinie. Es geht um eine Verschiebung von Fristen und eine von europäischen und asiatischen Autobauern beantragte Ausnahme für den Einsatz von Blei.

Die zweite Konsultation betrifft eine neue Ausnahmeregelung zu der Richtlinie zur Beschränkung der Verwendung gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS). Zur Verwendung von Blei und Cadmium gebe es für bestimmte Anwendungen in der Glas-Keramik-Industrie keine Alternativen – sagen die Unternehmen.

Beide Konsultationen laufen bis zum 3. August und werden vom Öko- und vom Fraunhofer-Institut koordiniert. [jg]

► <http://rohs-elv.exemptions.oeko.info>

## Nanotechnologie

### Kurz dossiers

■ Das österreichische NanoTrust-Projekt vom Institut für Technikfolgenabschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften hat kurze Informations-

dossiers über Nanotechnologie und den aktuellen Forschungsstand veröffentlicht. Behandelt werden unter anderem Nanosilber, Kosmetika und Gesundheitsauswirkungen von Nanopartikeln. [jg]

► [www.nanotrust.ac.at/dossiers.html](http://www.nanotrust.ac.at/dossiers.html)

## Internationale Chemikalienpolitik

### Ergebnisse im Nanoformat

■ Im Mai haben sich ExpertInnen in Genf zur zweiten internationalen Konferenz zum globalen Chemikalienmanagement getroffen. Der 2006 gestartete Strategic Approach to International Chemicals Management, kurz SAICM-Prozess, wurde erstmals überprüft. Er soll helfen, bis 2020 die negativen Einflüsse von Chemikalien auf Gesundheit und Umwelt einzudämmen. Das hatten die Staaten 2002 auf dem UN-Gipfel in Johannesburg beschlossen.

Doch Umweltverbände sind nicht zufrieden mit dem Ergebnis der Konferenz. Besonders die unverbindlichen Maßnahmen für Nanotechnologien seien enttäuschend, sagte Sonja Haider von der Umwelt- und Frauenorganisation Women in Europe for a Common Future (WECF). „Obwohl 2006 ein globaler Aktionsplan mit 273 Aktivitäten beschlossen wurde, spielten diese in Genf kaum eine Rolle“, so Haider. Während ein Informationssystem zu Chemikalien in Produkten und die Eliminierung von Blei aus Farben beschlossen worden sei, hätten die Abfallbehandlung von Elektronikgeräten und vor allem die Nanotechnologie einen schweren Stand gehabt. Dass für die Nanotechnologie nur „Informationsbedarf“ festgestellt wurde, sei ein Armutszeugnis.

Die KonferenzteilnehmerInnen beschlossen außerdem die Einrichtung eines eigenen Sekretariats und planten das weitere Vorgehen, um die SAICM-Ziele zu erreichen. [jg]

► [www.saicm.org](http://www.saicm.org)  
 ► WECF, Sonja Haider, München, Tel. +49 (0)89 / 2323938-19, E-Mail: [sonja.haider@wecf.eu](mailto:sonja.haider@wecf.eu), [www.wecf.eu](http://www.wecf.eu)

Kleinf Feuerungsverordnung**Gegen Feinstaub aus Kaminen**

■ Das Bundeskabinett hat Mitte Mai eine Novelle der Bundesimmissionsschutzverordnung beschlossen. Darin werden Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von Kaminöfen und Holzheizungen festgelegt. Feinstaub und Kohlenmonoxid sollen durch Filtersysteme und verbesserte Brennwerte reduziert werden. Für die meisten bestehenden Feuerungsanlagen verlangt die Verordnung eine Nachrüstung – allerdings erst 2014 oder 2024 und auch nicht für bereits eingebaute Kochherde, Grund-, Back- und Badeöfen und offene Kamine sowie für Öfen, die vor 1950 errichtet wurden. Bundestag und Bundesrat müssen der Novelle noch zustimmen. [jg]

► [www.bmu.de/luftreinhaltung/downloads/doc/39616.php](http://www.bmu.de/luftreinhaltung/downloads/doc/39616.php)

Gesundheitsforschung**Feinstaub schädigt DNA sofort**

■ Im Blut von Gießereiarbeitern sind nach dem Einatmen von Luftschadstoffen bereits nach drei Tagen Zellveränderungen entdeckt worden. Eine neue Studie der Universität Mailand unter Leitung des Biotechnologen Andrea Baccarelli wies chemische Änderungen der Grundbausteine der Erbsubstanz in der Zelle (DNA-Methylierung) nach. Das deutet darauf hin, dass Umweltfaktoren in sehr kurzer Zeit die genetische Programmierung verändern können, meinten die Forscher. Die Gießereiluftschadstoffe kämen auch in der Luft von Großstädten vor.

Feinstaubpartikel sind an sich schon gesundheitsschädigend, weil sie Atemwegsprobleme und Herz-Kreislauf-Krankheiten verursachen. Die neue Studie zeigt, dass sich durch Feinstaub auch die Zellen so verändern können, dass eine Krebserkrankung wahrscheinlicher wird. Denn ausgerechnet die Gene, die Tumoren hemmen, verändern sich durch die Schadstoffe. [jg]

► [www.thoracic.org](http://www.thoracic.org)

Lärmschutz**Leiser fliegen statt weniger**

■ Das Bundeskabinett hat Ende Mai auf Vorschlag des Umweltministeriums eine zweite Verordnung zur Umsetzung des novellierten Fluglärmsgesetzes von 2007 beschlossen. Die Flugplatz-Schallschutzmaßnahmenverordnung (2. FlugLSV) regelt, welche Schutzmaßnahmen Flugplatzbetreiber für bereits bestehende Wohnungen bezahlen müssen, und schreibt für Neubauten in bestimmten Bereichen um den Flugplatz Schallschutzstandards vor.

Das Fluglärmsgesetz fordert für rund 50 größere zivile und militärische Flugplätze in Deutschland die Einrichtung von Lärmschutzbereichen. In diesen soll nun die 2. FlugLSV greifen, die ältere Verordnungen ersetzen soll. Über die Verordnung muss noch der Bundesrat abstimmen. [jg]

► [www.bmu.de/laermschutz](http://www.bmu.de/laermschutz) (Rechtsvorschriften)

## GLOBALISIERUNG &amp; EINE WELT

Olympische Spiele 2008**Peking erfüllt Umweltzusagen**

■ China hat seine umweltpolitischen Versprechen für die Olympischen Sommerspiele 2008 gehalten und in einigen Fällen sogar übererfüllt. Das ergab eine Studie des UN-Umweltprogramms UNEP. In seiner Bewerbung im Jahr 2000 hatte China versprochen, vor allem in Abwasserreinigung, Energieeffizienz und umweltfreundliche Gebäude zu investieren.

Die UNEP-Untersuchung bestätigt nun, dass China tatsächlich 12,6 Milliarden Euro investiert hat und damit große Erfolge erreichen konnte. So würden heute 90 Prozent der Abwässer in Peking gereinigt, 200 Fabriken seinen auf umweltfreundliche Produktion umgestellt sowie 50.000 alte Taxis und 10.000 Busse ausgetauscht worden. [ms]

► Studie: [www.unep.org/publications](http://www.unep.org/publications)

Ressourcenkonflikte I**Nigeria: Shell zahlt Millionen**

■ Der niederländisch-britische Ölkonzern Shell hat sich bereit erklärt, 15,5 Millionen US-Dollar Schadensersatz an die Hinterbliebenen von hingerichteten Aktivisten in Nigeria zu zahlen. Damit endet ein Prozess in New York mit einem Vergleich.

Neun Familien aus dem Volk der Ogoni hatten gegen Shell geklagt und dem Konzern vorgeworfen, indirekt für die Ermordung ihrer Angehörigen verantwortlich zu sein. In den 1990er-Jahren hatte das nigerianische Regime eine Reihe von Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten hingerichten lassen. Das bekannteste Opfer war 1995 der Schriftsteller Ken Saro-Wiwa. Die Männer, vorwiegend Ogoni, hatten gegen die Ausbeutung und Zerstörung ihrer Heimat durch die Ölförderung durch Shell im Nigerdelta protestiert.

Shell betonte, dass es sich bei den Zahlungen nicht um ein Schuldeingeständnis, sondern um ein Versöhnungsangebot handele. Das Geld fließt größtenteils in einen Fonds für lokale Bildungs- und Entwicklungsprojekte. [ms]

Ressourcenkonflikte II**Tote bei Protesten in Peru**

■ Das peruanische Militär hat Mitte Juni Proteste der indigenen Bevölkerung gewaltsam niedergeschlagen. Die Regierung sprach von neun toten Zivilisten und 22 getöteten Polizisten. Lokale Medien schätzen die Zahl der toten Demonstranten auf bis zu 40.

Hintergrund der Auseinandersetzungen ist ein Konflikt um die Ressourcen des Amazonasregenwaldes. Die Regierung hatte ein Gesetz vorgeschlagen, das Teile des ursprünglich geschützten Waldes für die Erdölförderung freigibt. Die Ausbeutung der Ölfelder würde aber die Lebensgrundlagen indigener Regenwaldbewohner akut bedrohen oder sogar vollständig zerstören. Daher hatten diese seit April gegen die Pläne mit Blockaden wichtiger Verkehrswege protestiert. Mitte Juni

durchbrachen Militärs die Blockaden und lösten die Proteste auf.

Die Schuld an der Eskalation schoben sich Regierung und Protestierende gegenseitig zu. Die Regierung sprach von „subversiver Aggression“ und hielt den Demonstranten den Mord an mehreren Polizisten vor. Die Organisatoren der Proteste betonten, dass diese wochenlang friedlich verlaufen seien und sie keine Gewalt angewendet hätten. Internationale Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen solidarisierten sich mit den Indigenen.

Ende Juni entspannte sich der Konflikt zunächst, nachdem das Parlament in Lima zwei umstrittene Dekrete zurücknahm, die die Erschließung von Urwaldgebieten für die Holzwirtschaft oder die Biotreibstoffproduktion forciert hätten. Unterstützer der Indigenen warnten jedoch, es handle sich lediglich um „eine Rückkehr zum sehr schlechten Status quo“. [ms]

► [www.foei.org](http://www.foei.org)

## KLIMA & ENERGIE

### Internationale Klimaverhandlungen

#### Kaum Fortschritte in Bonn

■ Eine weitere Runde der internationalen Klimaverhandlungen ist in Bonn ohne nennenswerte Ergebnisse zu Ende gegangen. Die Regierungen von 182 Staaten konnten sich zwar auf einige Textentwürfe für die weiteren Verhandlungen festlegen, konkrete Einigungen gab es aber weder bei den Emissionsreduktionszielen noch bei der Finanzierung des Klimaschutzes oder bei der Frage, wie der Erhalt von Wäldern einbezogen werden kann.

Nach Berichten von Beobachtern zeigten sich vor allem die Industriestaaten unbeweglich. So empörte etwa Japan mit einem Vorschlag, der kaum über die längst vereinbarten Ziele des Kyoto-Protokolls hinausging. Die USA und die EU konnten sich noch immer nicht zu finanziellen Zusagen für Anpassungsmaßnahmen durch-

ringen, was bei vielen Entwicklungsländern Enttäuschung hervorrief.

Der Chef des UN-Klimasekretariats Yvo de Boer zeigte sich hingegen zufrieden. Seiner Ansicht nach bewiesen die Verhandlungen, dass die Staaten ein erfolgreiches Abkommen in Kopenhagen ernsthaft anstrebten. Die nächste Gelegenheit für die Industrieländer dies unter Beweis zu stellen, so de Boer, sei der G8-Gipfel der acht wichtigsten Industriestaaten im Juli in Italien.

Bei den Verhandlungen in Bonn handelte es sich um das zweite von fünf Vorbereitungstreffen für die UN Klimarahmenkonferenz in Kopenhagen im Dezember, bei dem ein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll gefunden werden soll. [ms]

► UN-Klimasekretariat: [www.unfccc.int](http://www.unfccc.int)

### Ressourcengewinnung

#### Arktiseis braucht Schonung

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat ein internationales Schutzabkommen gegen Ressourcenausbeutung in der Arktis gefordert. Damit die globale Erwärmung nicht noch schneller voranschreite als prognostiziert, müsse die Eisschmelze in der Nordpolregion gebremst werden. Die dort vermuteten Öl- und Gasreserven haben unter den Anrainerstaaten Begehrlichkeiten geweckt (umwelt aktuell 06.2009, S. 12).

Die Arktis sei für das Weltklima „quasi eine Klimaanlage“, sagte Cornelia Ziehm, Klimaexpertin der DUH, im Juni in Berlin. Der Eisverlust verstärkte daher die globale Erwärmung. In der Arktis werden 20 bis 25 Prozent der weltweit verbleibenden Erdöl- und Erdgasressourcen vermutet. Eine Studie unter Leitung des Geologischen Dienstes der USA geht von rund 30 Prozent der Erdgas- und vier Prozent der Erdölreserven aus. „Für die Ausbeutung dieser Ressourcen ist es umso besser, je mehr Eis schmilzt“, sagte Ziehm.

Dabei erheben nicht nur die Anrainerstaaten Russland, Kanada, Norwegen

und Dänemark Ansprüche. Laut DUH will auch die Europäische Union von dem Rohstoffreichtum profitieren. Die EU suche nach Möglichkeiten, ihre Energieversorgungssicherheit zu verbessern, ohne unmittelbar Anrainer zu sein. [mbu]

► DUH, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-0, Fax -19, E-Mail: [berlin@duh.de](mailto:berlin@duh.de), [www.duh.de](http://www.duh.de)

### Emissionshandel I

#### Klima-Gutachter versagen

■ Eine Studie des Öko-Instituts hat fast allen Gutachtern, die Klimaprojekte für den Clean Development Mechanism (CDM) bewerten, schlechte Noten erteilt. Bei über 900 Projekten prüfte das Institut, wie oft begutachtete Anträge vom CDM-Exekutivrat zurückgewiesen wurden.

Auf einer Skala von A bis F erreichten der TÜV Süd und der TÜV Nord die vorderen Plätze, allerdings nur mit einem D. Auch jeder zweite Projektantrag vom TÜV muss korrigiert, überprüft oder verworfen werden.

„Viele Gutachter reichen bei der UN Projektanträge ein, die gravierende Mängel aufweisen“, erklärte Regine Günther, Klimaexpertin beim WWF. Die richtige Beurteilung der CDM-Projekte sei jedoch eine zentrale Voraussetzung dafür, dass der Mechanismus global gesehen tatsächlich zu Emissionsminderungen führe. Der WWF sprach sich dafür aus, Klimazertifikate von Gutachterorganisationen mit besonders schlechten Noten aus dem Emissionshandelssystem auszuschließen.

CDM-Projekte ermöglichen es Industrieländern, Teile ihrer Emissionsminderungen in Entwicklungsländern zu erfüllen, beispielsweise über Investitionen in den Bau von Windparks oder die Errichtung von Biomassekraftwerken. Für jede in einem solchen Projekt eingesparte Tonne CO<sub>2</sub> erhalten die Investoren ein Zertifikat, das sie auf die Erfüllung ihrer Reduktionsverpflichtung anrechnen dürfen. [sl]

► WWF: A Rating of Designated Operational Entities. [www.wwf.de](http://www.wwf.de) (Themen – Klima & Energie)

Emissionshandel II**Viele kostenlose Zertifikate**

■ Deutlich mehr als die Hälfte aller Industriesektoren dürfte Anspruch auf eine kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten haben, weil sie den Kriterien des „carbon leakage“ genügt. Zu diesem Ergebnis kommt die EU-Kommission in einer Studie über die Auswirkungen der Beschlüsse zur Fortsetzung des Europäischen Emissionshandels (ETS) nach 2012.

Vom ETS werden insgesamt 258 Sektoren der europäischen Wirtschaft erfasst. Die EU sieht für die Phase ab 2012 vor, dass die meisten Unternehmen die benötigten Emissionszertifikate ersteigern müssen: Energieversorger zu 100 Prozent, andere zunächst nur zu 20, ab 2020 zu 70 Prozent. Es gibt aber Ausnahmen für besonders energieintensive Sektoren, da diese möglicherweise ihre Produktion in Nicht-EU-Länder verlagern könnten, wodurch die Kohlendioxidemissionen „abfließen“ (carbon leakage). Die EU-Kommission sollte ermitteln, um welche Sektoren es sich dabei handelt. In einem Zwischenbericht kommt sie nun zu dem Schluss, dass 143 der bisher untersuchten 231 Sektoren Anspruch auf freie Zuteilung von Zertifikaten hätten. [ms]

► Ergebnisse der Analyse: [www.kurzlink.de/nace4](http://www.kurzlink.de/nace4)

EU-Fördergelder**EU-Kommission mag Kohle**

■ Die Europäische Kommission will mehrere Milliarden Euro Fördergelder für Kohlekraftwerke ausgeben. Ein Entwurf der Kommission sieht vor, dass ein Großteil der Gelder aus dem Treibhausgasemissionshandel in die Erprobung der Technologie für die Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub> (CCS) fließen soll.

Nach der neuen Emissionshandelsrichtlinie für den Zeitraum von 2013 bis 2020 sollen bis Ende 2015 bis zu 300 Millionen Euro für die Finanzierung von innovativen Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien und für CCS-Demonstrationsprojekte bereitgestellt werden. Nach den jetzigen Kommissionsplänen sollen davon drei Viertel an CCS-Projekte gehen.

„Wenn die EU weiter veraltete, dreckige, fossile Energien fördert, wird sie ihr CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel bis 2020 nie erreichen“, kommentierte Claude Turmes von den Europäischen Grünen den Vorschlag. Ziel des Emissionshandelssystems müsse die Reduzierung von Emissionen sein. Deshalb müsse der Schwerpunkt auf erneuerbaren Energien liegen, so Turmes. [mv]

► Kurzübersicht zum Emissionshandel: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (Publikationen – Factsheets)

Konsultationsverfahren**Regeln für die Versteigerung**

■ Bis zum 3. August können InteressenvertreterInnen bei der EU-Kommission ihr Urteil zur Ausgestaltung der Versteigerung in der dritten Phase des Emissionshandels abgeben. Die Ergebnisse der Stakeholderbefragung will die Kommission dafür nutzen, ein Regelwerk für die Versteigerung zu entwerfen. Die Regeln müssen bis zum 30. Juni 2010 stehen. Sie ergänzen die im April beschlossene Richtlinie zum Emissionshandel und sollen am 24. Juni in Brüssel diskutiert werden. Nach der neuen Richtlinie soll mindestens die Hälfte der Emissionsrechte versteigert werden. [sl]

► Konsultation: [www.kurzlink.de/konsultation-ets](http://www.kurzlink.de/konsultation-ets)

Klimaschutz**Europaweite CO<sub>2</sub>-Steuer**

■ Schweden will sich während seiner EU-Präsidentschaft, die Anfang Juli begonnen hat, für eine europaweite CO<sub>2</sub>-Steuer für die Sektoren einsetzen, die nicht zum Emissionshandel verpflichtet sind. Das Emissionshandelssystem der EU erfasst lediglich die Treibhausgase aus der Industrie und damit nur etwa 40 Prozent des

**Nachhaltigkeit****A-Z****U wie Umweltforschung**

Der Blick über den fachlichen Tellerrand und der Austausch mit Praktikern gewinnen immer größere Bedeutung für die Lösung komplexer Umweltprobleme. Die Autor(inn)en liefern für das fachübergreifende Arbeiten das nötige Rüstzeug: Aus ihren Erfahrungen und der ausgewerteten Literatur entstand eine einzigartige Übersicht zur Methodologie transdisziplinärer Projekte – ein unentbehrliches Kompendium für Forscher(innen) und Berater(innen).

V. Hoffmann, A. Thomas, A. Gerber (Hrsg.)

**Transdisziplinäre Umweltforschung**

Methodenhandbuch

oekom verlag, München 2009, 272 Seiten, 29,90 EUR, ISBN 978-3-928244-84-8

Erhältlich bei

[www.oekom.de](http://www.oekom.de)

[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)

Fax +49/(0)89/54 41 84-49

Die guten Seiten der Zukunft

**oekom**  
verlag

Gesamtausstoßes. Der schwedische Umweltminister Andreas Carlgren sagte, die EU müsse sich auch um die verbleibenden 60 Prozent kümmern. Dies gehe am besten mit einer Klimasteuer. Auf nationaler Ebene haben Schweden, Finnland und Dänemark bereits eine CO<sub>2</sub>-Steuer eingeführt. [mv]

- Schwedisches Umweltministerium:  
[www.sweden.gov.se/sb/d/2066](http://www.sweden.gov.se/sb/d/2066)

### Treibhausgasemissionen

## EU meldet CO<sub>2</sub>-Minderung

■ 2007 sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen der 27 EU-Staaten im dritten Jahr in Folge gesunken. Das geht aus einem Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) hervor. Mit 1,2 Prozent Rückgang liegt der europäische Treibhausgasausstoß damit rund neun Prozent unter dem Niveau von 1990. Die 15 alten EU-Staaten reduzierten ihre Emissionen allerdings nur um fünf Prozent gegenüber 1990. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas gab sich zuversichtlich, dass die EU-15 damit ihr Kyoto-Ziel erreichen wird, die Emissionen bis 2012 um acht Prozent zu senken.

Die EU-Kommission veröffentlichte auch Daten zum Emissionshandel. Danach haben die erfassten Industrien und Energieerzeuger 2008 drei Prozent weniger CO<sub>2</sub> als im Vorjahr ausgestoßen. Die Entwicklung verlief aber in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich. Während die Niederlande 4,5 und Großbritannien drei Prozent mehr CO<sub>2</sub> emittierten, senkten Spanien und Deutschland ihren Ausstoß um 13 beziehungsweise drei Prozent.

99 Prozent der Anlagenbetreiber gaben pünktlich zum 1. Mai ihre Zertifikate ab. Davon stammten weniger als vier Prozent aus Projekten in Entwicklungsländern (CDM), weitere vier Prozent wurden zugekauft oder durch Vorgriff auf 2009 ausgeglichen. 92 Prozent der Emissionsrechte wurden den Firmen umsonst zugeteilt. [sl]

- Bericht: [www.eea.europa.eu/pressroom/newsreleases/2009-greenhouse-inventory-report](http://www.eea.europa.eu/pressroom/newsreleases/2009-greenhouse-inventory-report)

### Klimaanpassung

## Zustimmung für EU-Pläne

■ Die EU-Mitgliedstaaten haben die Pläne der Europäischen Kommission für eine EU-weite Strategie zur Anpassung an den Klimawandel befürwortet.

Anfang April hatte die Kommission ein Weißbuch über die Anpassung der EU an die unausweichlichen Konsequenzen des Klimawandels vorgelegt (umwelt aktuell 05.2009, S. 12). Darin wird eine sektorübergreifende Gesamtstrategie zur Klimaanpassung entworfen. Das Weißbuch – traditionell ein Dokument mit Vorschlägen für ein abgestimmtes Vorgehen in einem bestimmten Bereich – enthält außerdem Diskussionspapiere zu den Themen Gesundheit, Landwirtschaft sowie Wasser, Küsten und Meere. Die EU-Strategie soll einen koordinierenden Rahmen für die nationalen und regionalen Maßnahmen schaffen. Dabei sollen bis Ende 2012 mögliche Maßnahmen zur Anpassung erforscht und vor allem die zu erwartenden Kosten abgeschätzt werden. Auf dieser Grundlage will die Kommission dann eine EU-Anpassungsstrategie entwickeln, um diese ab 2013 umzusetzen.

Für jeden der voraussichtlich vom Klimawandel besonders betroffenen Bereiche Gesundheit, Sozialpolitik, Land- und Forstwirtschaft, Biodiversität, Ökosysteme und Gewässer sowie Küstenregionen und Meere sollen die Anpassungskosten kalkuliert werden. Zudem muss die Klimaanpassung in die existierende und zukünftige Gesetzgebung als Querschnittsthema integriert werden. Eine Steuerungsgruppe aus VertreterInnen der Mitgliedstaaten soll den gesamten Prozess koordinieren. [mv]

- Weißbuch zur Anpassung an den Klimawandel:  
[www.kurzlink.de/adaptation](http://www.kurzlink.de/adaptation)

### Kohlekraft I

## Schweden droht Vattenfall

■ Die schwedische Regierung hat Vattenfall für das Betreiben von Kohlekraftwerken scharf kritisiert und will dagegen vor-

gehen. Schwedens Wirtschaftsministerin Maud Olofsson kündigte Weisungen zur Umstellung auf erneuerbare Energien an.

Der schwedische Staat ist alleiniger Eigentümer des Konzerns. Vattenfall setzt in Schweden auf Atom-, Wasser- und Windkraft, betreibt aber in Deutschland fünf Kohlekraftwerke. Klimaschützer fordern, dass Vattenfall seine Pläne für den Bau neuer Kohlekraftwerke in Hamburg und im sächsischen Boxberg aufgibt. [mv]

- Klima-Allianz, Christina Hering, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177572, [www.die-klima-allianz.de](http://www.die-klima-allianz.de)

### Kohlekraft II

## SPD setzt weiter auf Kohle

■ Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) ist mit einem Vorstoß gegen neue Kohlekraftwerke an der eigenen Partei gescheitert. Gabriel hatte den erstaunten und erfreuten Umweltverbänden bei einem Treffen im Juni in Berlin erklärt, Neubauprojekte müssten eine funktionierende CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung nachweisen. Dies hätte die meisten Kohlekraftwerksbauten unrentabel gemacht. Die SPD-Programmkommission lehnte jedoch eine entsprechende Änderung des Wahlprogramms ab. Vorerst bleibt die SPD damit auf Pro-Kohle-Kurs. [sl]

- Klima-Allianz, Elias Perabo, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177571, [www.die-klima-allianz.de](http://www.die-klima-allianz.de)

### Biokraftstoffe

## Beimischungsquote gesenkt

■ Der Bundestag in Berlin hat Mitte Juni mit absoluter Mehrheit beschlossen, den Anteil von Biosprit am Treibstoff zu senken. Er überstimmte damit den Einspruch des Bundesrates, der versucht hatte, die angeschlagene heimische Biospritbranche zu retten. Die Beimischungsquote verbleibt danach bei 5,25 Prozent, statt um einen Prozentpunkt zu steigen. Erst 2010 soll die Quote auf 6,25 Prozent erhöht und auf die-

sem Stand eingefroren werden. Umwelt- und entwicklungspolitische Verbände begrüßten die Entscheidung. Die Produktion von Palm- und Sojaöl verursache erhebliche ökologische und soziale Schäden, hieß es etwa beim Naturschutzbund. Auch die Klimabilanzen seien vielfach deutlich schlechter als erwartet. [mv]

- NABU, Agrarreferent Florian Schöne, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2849841615, E-Mail: florian.schoene@nabu.de, www.nabu.de/landwirtschaft

#### Atomenergie

### Umweltverbände verlassen Nuklearforum

■ Die Umweltorganisationen Greenpeace, Friends of the Earth und Sortir du nucléaire haben am 29. Mai unter Protest ihre Mitarbeit beim Europäischen Nuklearforum (ENEF) beendet. Ihre atomkritischen Positionen zu den Risiken der Atomenergienutzung seien in den Diskussionen gar nicht erst beachtet worden, hieß es zur Begründung. Vielmehr würde das Forum sogar genutzt, um feierlich Verträge für den Bau neuer Atomkraftwerke zu unterzeichnen, so etwa bei dem Neubau des slowakischen AKW Bohunice. Beim ENEF-Treffen im letzten Jahr nutzte Italien die Gelegenheit zu verkünden, dass das Land aus dem Ausstieg aus der Atomenergie aussteigen will.

Das Europäische Nuklearforum war 2007 von der EU-Kommission initiiert worden, um einen offenen Dialog und eine transparente, „tabulose“ Debatte über Atomenergie anzuregen und dafür zu sorgen, dass die Öffentlichkeit sachdienliche und verlässliche Informationen über Chancen und Risiken der Atomenergienutzung erhält. Im Forum kommen jährlich Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, VertreterInnen von Behörden sowie Elektrizitätsversorgungsunternehmen, der Nuklearindustrie, der Verbraucher, der Finanzwelt und der Zivilgesellschaft zusammen.

Im Juni trafen sich VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen aus 13 Ländern und atomkritische PolitikerInnen im oberösterreichischen Linz zum „Ersten Europäischen Anti-Nuklearforum“ (ANEF). Die TeilnehmerInnen forderten einen möglichst raschen Ausstieg Europas aus der Atomkraft. [jg]

- ANEF, Radko Pavlovec, Land Oberösterreich, Linz, Tel. +41 (0)664 / 4217491, E-Mail: tem.post@ooe.gv.at, www.anef.info

#### Energieeffizienz

### Deutschland im Verzug

■ Die deutsche Bundesregierung hat es auch ein Jahr nach Ablauf der offiziellen Frist am 17. Mai 2008 nicht geschafft, die EU-Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen umzusetzen. Deutschland riskiert damit ein Vertragsverletzungsverfahren. Hintergrund der Verzögerung ist offenbar ein Streit zwischen dem federführenden Wirtschaftsministerium (BMWi) und dem Umweltministerium (BMU). Das BMU wollte über die EU-Vorgaben hinausgehen und verbindliche anstelle von unverbindlichen Zielen vorschreiben. Auch sollte Deutschland seine Energieeffizienz um mehr als das von der Richtlinie geforderte eine Prozent steigern. Das BMWi lehnt dies ab.

Umweltorganisationen kritisierten die Regierung scharf für die versäumte Umsetzungsfrist. Sie machen Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg dafür verantwortlich. Deutschland „vergeige“ seinen eigenen Anspruch, Weltmeister im Energiesparen zu werden, meinte der BUND. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) sieht zudem ein „Deutschland der zwei Geschwindigkeiten“. Während die Regierung bei der Energieeffizienz stehenbleibe, treibe sie das Gesetz zur CO<sub>2</sub>-Speicherung mit aller Vehemenz voran. [ms]

- EU-Richtlinie über Endenergieeffizienz (2006/32/EG): [www.kurzlink.de/energiedl.pdf](http://www.kurzlink.de/energiedl.pdf)
- DUH, Rainer Baake, Tel. +49 (0)30 / 24008670, E-Mail: baake@duh.de, www.duh.de

#### KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

#### Nährwertkennzeichnung

### Erste Ampel in Deutschland

■ Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV), Foodwatch und die Krankenkasse AOK haben die verbindliche Einführung einer Nährwertampel auf Lebensmittelverpackungen gefordert. Unterstützung bekamen sie von der Firma Frosta, die als erster Lebensmittelhersteller in Deutschland auf einige Produkte die Ampelfarben drucken will. Damit entspreche man dem Wunsch der Kundschaft, sagte Frosta-Vorstand Felix Ahlers im Juni. Im Supermarkt, wo es schnell gehen müsse, sei es wichtig, gleich zu erkennen, was man kaufe.

Bei der sogenannten Nährwertampel wird der Gehalt an Fett, gesättigten Fettsäuren, Zucker und Salz in Gramm pro 100 Gramm angegeben und zusätzlich mit den Signalfarben aus dem Straßenverkehr unterteilt. Rot verweist auf einen hohen Gehalt, Gelb auf einen mittleren und Grün auf einen niedrigen Gehalt. Verschiedene Umfragen belegen, dass die Mehrheit der deutschen Kundinnen und Kunden ein solches Kennzeichnungssystem möchte. In Großbritannien, wo die Nährwertampel bereits auf Verpackungen sichtbar ist, zeigten Studien, dass die VerbraucherInnen das „traffic light labelling“ verstehen und nutzen.

Als erster Anbieter will der Tiefkühlspezialist Frosta im August Verpackungen mit der Ampel auf den Markt bringen und hofft auf Nachahmer. Denn sollte es dieses Jahr in der EU keine verpflichtende Regelung geben oder sollten in Deutschland zu wenig Lebensmittelunternehmen freiwillig dem Beispiel folgen, will Frosta den Versuch wieder beenden. Bisher sträubt sich die Lebensmittelindustrie in Deutschland gegen die Ampelkennzeichnung. Der Gesetzentwurf der EU-Kommission zur Nährwertkennzeichnung sieht keine obligatorische Regelung vor. Daher plädieren VZBV, Foodwatch und die AOK für eine nationale, gesetzlich verpflichtende Regelung.

VerbraucherInnen können die Ampel für zahlreiche weitere Lebensmittel auf einer Internetseite der Verbraucherzentralen finden. [mbu]

- ▶ Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240476-19, E-Mail: info@foodwatch.de, www.foodwatch.de
- ▶ www.eatwell.gov.uk/foodlabels/trafficlights
- ▶ Gesetzesentwurf der EU-Kommission: www.kurzlink.de/vorschlag-naehwert
- ▶ www.verbraucherzentrale-ampelcheck.de

#### Verbraucherinformation

### Schnellere Skandalmeldung

■ Bund und Länder haben sich im Vermittlungsausschuss auf eine Änderung im Lebensmittel- und Futtermittelrecht geeinigt. Der Bundestag stimmte Ende Mai dem Kompromiss zu, der eine verbesserte Auskunft bei Lebensmittelskandalen vorsieht. In Zukunft dürfen Behörden die Öffentlichkeit schneller informieren und dabei auch Namen von Unternehmen nennen, die verdorbene Lebensmittel anbieten. Das hatte zuvor der Bundestag gefordert und das Gesetz an den Vermittlungsausschuss verwiesen. Nun muss auch die Länderkammer noch formal zustimmen.

Laut dem Vermittlungsausschuss muss vor der Veröffentlichung von Namen zwischen den Belangen der Betroffenen und der Öffentlichkeit abgewogen werden. Außerdem schlagen die Vermittler Änderungen vor, um die Datenweitergabe von Länderbehörden an den Bund zu vereinfachen. Mit diesen Daten soll ein sogenanntes Lagebild bei länderübergreifenden Lebensmittelskandalen erstellt werden. Die Länder hatten kritisiert, die ursprünglich geplante Regelung belaste ihre Behörden unnötig.

Die Gesetzesänderungen sehen Maßnahmen vor, die verhindern sollen, dass verdorbene Produkte auf den Markt gelangen. Firmen, die solche Lebensmittel verbreiten, müssen künftig mit Bußgeldern bis zu 50.000 Euro rechnen. Bisher lag die Strafe bei 20.000 Euro. [mbu]

- ▶ www.bundestag.de

#### LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

#### EU-Agrarsubventionen I

### Schweden will EU-Agrarbeihilfen kappen

■ Einen Monat vor Beginn der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft im Juli hat Landwirtschaftsminister Eskil Erlandsson angekündigt, die EU-Agrarsubventionen begrenzen zu wollen. Der Anteil der Gelder für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) am EU-Haushalt müsse sinken, sagte Erlandsson. Zugleich müssten die direkt an die Agrarbetriebe gezahlten Beihilfen vermehrt in die ländliche Entwicklung umgelenkt werden.

Bis 2012 muss der Finanzrahmen für die GAP neu gestaltet werden. Erlandsson sprach sich auch für eine neue Verteilung der Agrargelder innerhalb der EU aus. Ende Mai hatten die EU-AgrarministerInnen den Agrarteil des EU-Konjunkturpakets verabschiedet. In die ländliche Entwicklung sollen danach 2009 und 2010 eine Milliarde Euro zusätzlich fließen. Statt wie geplant für schnelle Internetanschlüsse soll das Geld in Deutschland nun aber für Umstrukturierungen im Milchsektor verwendet werden. Umweltverbände kritisierten, solche Stützungen müssten nach EU-Vorgaben aus den Direktbeihilfen finanziert werden.

Gegen die Pläne Schwedens werden wohl Deutschland und Frankreich protestieren, aber auch das Agrarland Spanien. Die drei Länder erhalten den Löwenanteil der EU-Agrargelder. Das Landwirtschaftsbudget bildet mit 43 Prozent den größten Posten im EU-Haushalt. Jedes Jahr werden 55 Milliarden Euro unter den Mitgliedstaaten verteilt. Davon erhalten Frankreich mehr als neun Milliarden Euro, Spanien 5,9 und Deutschland 5,4 Milliarden. [mbu]

- ▶ Schwedisches Landwirtschaftsministerium: www.sweden.gov.se/sb/d/7542
- ▶ Agrarministerrat: www.kurzlink.de/agrarrat05.09
- ▶ BUND, Agrarexpertin Reinhild Benning, Tel. +49 (0)176 / 65098341, www.bund.net/agrarwende

#### EU-Agrarsubventionen II

### Exportsubventionen erfreuen Südzucker und Nordmilch

■ Zwei Listen des Hauptzollamtes Hamburg-Jonas brachten es ans Tageslicht: Nicht die Bäuerinnen und Bauern profitierten von den EU-Subventionen für den Export landwirtschaftlicher Produkte, sondern vor allem große lebensmittelverarbeitende Konzerne. Spitzenreiter bei den begünstigten Unternehmen war im Haushaltsjahr 2004/2005 die Südzucker AG in Mannheim. Südzucker kassierte 82 Millionen Euro Steuergelder, wie Greenpeace berichtete.

Die Umweltorganisation hatte nach einem jahrelangen Rechtsstreit Anfang Juni die Listen vom Hauptzollamt ausgehändigt bekommen. Ende Mai gab das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Greenpeace recht. Unter den Top Ten der Beihilfempfänger sind vor allem Zuckerunternehmen und Molkereien. So steht unter anderem Deutschlands größte Molkerei Nordmilch mit 22 Millionen Euro auf der Empfängerliste, aber auch der Süßwarenhersteller Storck mit 5,6 Millionen Euro.

Umwelt- und Entwicklungsverbände fordern seit Langem die Umverteilung der EU-Agrargelder. Es könne nicht sein, dass Steuergelder an Unternehmen gingen, die nichts für Umwelt und Verbraucher täten, und – wie im Fall Nordmilch – keine Arbeitsplätze erhielten, sagte die Agrarexpertin des BUND Reinhild Benning. Auch Greenpeace kritisierte die niedersächsische Molkerei, die die niedrigsten Preise an die Bauern zahle, aber die höchsten Subventionen bekomme.

Die Exportzuschüsse sind lediglich ein Teil der gesamten EU-Agrarsubventionen. Wer den größten Teil aus diesem Topf, die sogenannten Direktzahlungen, erhält, erfuhr die Öffentlichkeit Mitte Juni (siehe den folgenden Text). [mbu]

- ▶ Listen für 2003/2004 und 2004/2005: www.kurzlink.de/exporthilfen03/04 www.kurzlink.de/exporthilfen04/05
- ▶ www.bund.net/agrar
- ▶ www.wer-profitiert.de

# ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für  
ökologische Landwirtschaft

## Schwerpunkt in Heft 150

### Öko-Landbau gestern, heute & morgen

- **Ausblick: Bio-Richtlinien für die Zukunft**
- **Rückblick: 150 Hefte ÖKOLOGIE & LANDBAU**
- **Standpunkt: Sind Ideale nur Ballast?**

## Themen in Heft 150 aus Forschung, Praxis und Beratung

### Auf dem Prüfstand: ■ Öko-Geflügelhaltung

### Low-Input – eine Konkurrenz für Öko? ■

### Gentechnik: der Preis der Koexistenz ■

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |  
Erscheinungsweise: vier Ausgaben pro Jahr |  
Einzelhefte: 9,90 EUR (zzgl. Porto) |  
Abo (zzgl. Versand): Privatbezieher 31,- EUR |  
Firmen/Organisationen 48,80 EUR | ermäßig 22,- EUR

**Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo\***  
**(zwei Ausgaben für nur 8,50 Euro) bei:**  
oekolandbau@oekom.de oder oekom verlag |  
Waltherstraße 29 | D-80337 München |  
Fax +49 / (0)89 / 5441 84-49 | www.oekom.de

\* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



Foto: Schweisfurth-Stiftung

## Agrarsubventionen III

### Deutsche Empfänger mit Lücken im Internet

■ Mit sechswöchiger Verspätung hat Deutschland am 16. Juni die Empfänger von EU-Agrarsubventionen veröffentlicht. Alle anderen EU-Länder hatten dies bereits bis zum 30. April getan, wie es die EU-Kommission vorgegeben hatte. Die deutsche Liste ist außerdem unvollständig, weil Bayern die heimischen Nutznießer weiter geheim hält. Die Landesregierung in München begründete dies mit datenschutzrechtlichen Bedenken und noch laufenden Klageverfahren.

Wegen der Geheimniskrämerei hat die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Da Bayern die Veröffentlichung der Empfänger verweigere, werde europäisches Recht gebrochen, hieß es in der Begründung der Kommission. Ein solches Verfahren kann zu einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) und zu hohen Strafen für Deutschland führen. Diese Strafen werden ebenso wie die Subventionen selbst aus der Steuerkasse gezahlt. Es gehe um Steuergelder, daher sei es sehr wichtig, dass alle Leute wüssten, wo die Gelder hinfließen, betonte EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel.

Zu den Top Ten der Beihilfeempfänger gehören wie schon bei den Exportsubventionen (siehe vorhergehende Meldung) zahlreiche Großkonzerne. Rechnet man die sonstigen Beihilfen mit ein, rangiert auch hier an der Spitze die Südzucker AG mit insgesamt mehr als 34 Millionen Euro im Jahr 2008. Weitere Großempfänger aus der Lebensmittelwirtschaft sind Doux Geflügel, Gausepohl, Tönnies, Campina und Ferrero. Sie zählen zu den Firmen, die im vergangenen Jahr mehr als eine Million Euro an Subventionen aus Brüssel erhalten haben. Aber auch BASF, Bayer, Merck, RWE, Salzgitter AG und ThyssenKrupp stehen auf der Empfängerliste für EU-Hilfen. Betrachtet man die Direktzahlungen allein, steht auf Platz eins der Empfängerliste der Rindermastbetrieb Osterhuber Agrar GmbH. Das Unternehmen erhielt

im vergangenen Jahr 3,7 Millionen Euro Direkthilfen.

Die Transparenzinitiative, zu der unter anderem die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die Umweltorganisationen BUND, DNR, NABU und WWF sowie die developmentpolitischen Organisationen Oxfam und Germanwatch gehören, kritisiert seit Langem die Subventionspraxis der Europäischen Union. Das Bündnis fordert eine gerechtere Verteilung der Agrargelder. [mbu]

- ▶ Liste: [www.agrar-fischerei-zahlungen.de/Suche](http://www.agrar-fischerei-zahlungen.de/Suche)
- ▶ Transparenzinitiative, Tobias Reichert, Germanwatch, Berlin, Tel. +49 (0)178 / 2125803, E-Mail: [reichert@germanwatch.de](mailto:reichert@germanwatch.de), [www.wer-profitiert.de](http://www.wer-profitiert.de)

## Lebensmittelkennzeichnung

### Kunden erfahren nichts von Gentechnik-Spuren im Essen

■ Untersuchungen der Zeitschrift Öko-Test haben ergeben, dass immer mehr Nahrungsmittel unbeabsichtigt Spuren von gentechnisch veränderten Organismen aufweisen, ohne dass dies auf der Verpackung steht.

Vor allem in Nuss-Nougat-Cremes und Senf wurden die Prüfer fündig. Aber auch Honig, Soja- und Diätprodukte, Babynahrung und Mais-Chips enthielten geringe mengen genmanipulierter Bestandteile.

Die Verunreinigung kann schon auf dem Feld passieren. Raps und Senf sind beispielsweise botanisch so eng verwandt, dass sie sich kreuzen und vermischen. Eine gentechnisch veränderte Rapspflanze, die zufällig in einem Senffeld wächst, ist kaum zu erkennen. So kann Gentechnik in den Senf geraten. Laut Gentechnikgesetz darf ein Produkt bis zu 0,9 Prozent Gentechnikbestandteile enthalten. Nur was darüber hinausgeht, muss deklariert werden.

Orientierung bietet Verbraucherinnen und Verbrauchern auch in diesem Jahr der Ratgeber „Essen ohne Gentechnik“ von Greenpeace. Wegen der anhaltenden Nachfrage ist jetzt die zehnte Auflage er-

schiene. Auf der sogenannten Grünen Liste stehen hier Produkte, die ohne Genpflanzen auch im Tierfutter hergestellt wurden. Die Rote Liste des Einkaufsratgebers führt Unternehmen auf, die sich weigern, auf Gentechnik zu verzichten. [mbu]

- ▶ Ratgeber „Essen ohne Gentechnik“ (PDF, 24 S., 820 kB): [www.kurzlink.de/einkaufsratgeber](http://www.kurzlink.de/einkaufsratgeber)
- ▶ Öko-Test 06/2009. [www.oekotest.de](http://www.oekotest.de)

#### Genmais-Anbauverbot

### MON810 bleibt Umweltgefahr

■ In Deutschland ist es weiterhin verboten, die genmanipulierte Maissorte MON 810 anzubauen. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg lehnte Ende Mai einen Eilantrag des US-Saatgutkonzerns Monsanto gegen das Verbot des Bundeslandwirtschaftsministeriums ab. Es bestehe berechtigter Grund zur Annahme einer Gefährdung für die Umwelt, hieß es in der Begründung der Richter. Mit der Entscheidung bestätigte das Gericht den Beschluss des Verwaltungsgerichts Braunschweig von Anfang Mai. Die Eilentscheidung des Senats ist unanfechtbar.

Das Hauptsacheverfahren vor dem Verwaltungsgericht Braunschweig bleibt davon unberührt. Bis dort eine Entscheidung fällt, gilt: MON810 darf nicht kommerziell angebaut werden. Neben Deutschland ist dieser Genmais in fünf weiteren EU-Ländern verboten. [mbu]

- ▶ [www.kurzlink.de/ovg-lueneburg](http://www.kurzlink.de/ovg-lueneburg)

#### Genforschung im Obstbau

### Gen-Apfelbäume abgesägt

■ Im Juni sind 274 gentechnisch veränderte Apfelbäume auf dem Gelände des Julius-Kühn-Instituts (JKI) in Dresden-Pillnitz zerstört worden. Unbekannte durchtrennten in dem Versuchszelt die Stämme der Bäume. Das JKI betreibt Kulturpflanzenforschung für das Bundeslandwirtschaftsministerium.

Das sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft schätzte den Schaden auf rund 700.000 Euro. Minister Frank Kupfer (CDU) sprach von einem fortschrittsfeindlichen Anschlag. Auch der in Dresden ansässige ökologische Anbauverband Gää missbilligte die Zerstörung, kritisierte aber gleichzeitig Äußerungen Kupfers gegenüber den Kritikern der Agrogentechnik. Der Minister dürfe die gentechnikkritische Mehrheit der mündigen Bürgerinnen und Bürger nicht als fortschrittsfeindlich an den Pranger stellen, sagte die Gää-Vorsitzende Kornelie Blumenschein.

Bereits im vergangenen Jahr hatte es vor einer Biotechnikkonferenz Streit über Versuche mit gentechnisch veränderten Apfelbäumen in Pillnitz gegeben (umwelt aktuell 11.2008, S. 3). Der Pomologen-Verein warnte öffentlich vor unkontrollierter Ausbreitung durch „Zufallssämlinge“. Das Bündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft in Sachsen kritisierte in einer „Pillnitzer Erklärung“, dass trotz größter Sicherheitsrisiken weitergeforscht und nach Standorten für gentechnische Freisetzungen gesucht werde, während andere Möglichkeiten ungenutzt blieben. So sollten die Wissenschaftler ihr Augenmerk wieder stärker auf alte Obstsorten richten, die teilweise viel resistenter gegen Krankheiten und Schädlinge seien als die derzeit am häufigsten angebauten. [mbu]

- ▶ [www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de)
- ▶ [www.kurzlink.de/pillnitz-erklaerung](http://www.kurzlink.de/pillnitz-erklaerung)

#### Biopatente

### Gegen Patente auf Leben

Mitte Juni ist ein Antrag der hessischen Landesregierung, die Biopatentrichtlinie zu ändern, an die Ausschüsse verwiesen worden. Im Bundesrat fand die Initiative aus Wiesbaden keine Mehrheit. Der Antrag sieht vor, dass die Patentierung von Erfindungen, deren Gegenstand Pflanzen und Tiere sind, ausgeschlossen sein soll, wenn sie auf klassischen Züchtungsverfahren wie Kreuzung und Selektion beruhen.

Die geltende EU-Biopatentrichtlinie bietet Züchtern derzeit keinen Schutz vor patentgestützten Verboten und Lizenzgebühren. Deshalb hatte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner zuvor die Änderung des europäischen Biopatentrechts gefordert. Auch die Initiative „Kein Patent auf Leben“ unterstützt den hessischen Vorstoß. Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) fordert darüber hinaus auch ein Verbot von Patenten auf gentechnisch veränderte Pflanzen sowie Änderungen am Patentrecht. [mbu]

- ▶ Bundesrat, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 189100-0, [www.bundesrat.de](http://www.bundesrat.de)
- ▶ BÖLW, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482-300, Fax- 309, E-Mail: [info@boelw.de](mailto:info@boelw.de), [www.boelw.de](http://www.boelw.de)
- ▶ [www.keinpatent.de](http://www.keinpatent.de)

#### NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

#### Internationaler Artenschutz

### Mit Agrarfördermitteln den Artenschwund stoppen

■ Am internationalen Tag der Artenvielfalt im Mai haben Umweltverbände gegen die Untätigkeit beim Artenschutz auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene protestiert. Weder die Vereinten Nationen noch die EU würden das gemeinsame Ziel erreichen, den Artenschwund bis zum Jahr 2010 zu stoppen oder auch nur spürbar zu verringern, so die Kritik.

Eine aktuelle Studie der Weltnaturschutzunion IUCN im Auftrag der EU-Kommission zeigt, dass in Europa ein Fünftel der Reptilien und fast ein Viertel der Amphibien vom Aussterben bedroht sind. Die Studie enthält die ersten europäischen Roten Listen für die beiden Wirbeltierklassen. Sie zeigt alarmierende Trends bei den europäischen Populationszahlen. Bei 59 Prozent der Amphibien- und 42 Prozent der Reptilienarten gehen die Bestände zurück. Damit sind diese noch stärker gefährdet als Säugetiere und Vögel in Europa. ▶

Der größte Druck auf Amphibien und Reptilien wird laut der IUCN-Studie durch die Zerstörung ihrer natürlichen Lebensräume von Menschenhand hervorgerufen. Hinzu kämen Klimawandel, Umweltverschmutzung und invasive Arten, so die Studie. In Europa sind 151 Reptilien- und 85 Amphibienarten beheimatet. Sechs Reptilienarten sind als stark bedroht eingestuft.

Nach Angaben des WWF ist die durch Menschen verursachte Aussterberate von Tieren und Pflanzen zwischen hundert- und tausendmal höher als der natürliche Artenschwund. Hauptschuld daran tragen die ungebremste Lebensraumzerstörung, der Klimawandel und der Raubbau an den Meeren. Der WWF fordert die Einrichtung eines UN-Rats zum Schutz der biologischen Vielfalt. Das wissenschaftliche Gremium soll ähnlich wie der Weltklimarat IPCC die Regierungen im Kampf gegen den Artenschwund beraten und ihnen die Dringlichkeit des Handelns verdeutlichen.

Auch der Deutsche Tierschutzbund forderte eine konsequente Umsetzung der deutschen und europäischen Biodiversitätsstrategie. Besonders die industrielle Landwirtschaft mit ihrem hohen Pestizideinsatz und dem sofortigen Umbruch abgeernteter Felder sowie die Bodenverdichtung durch schwere Maschinen tragen zum Artenschwund bei. Die hohen EU-Fördersummen für die Landwirtschaft müssten auch dem Tier- und Naturschutz zugute kommen, so der Dachverband. Mehr Ökolandbau und Biotopschutz, eine artgerechte Nutztierhaltung und der Verzicht auf Gentechnik seien Voraussetzungen, um die biologische Vielfalt und ökologisch intakte Landschaften zu erhalten. Fast jede achte heimische Vogelart droht nach Angaben des Tierschutzbundes aus Deutschland zu verschwinden, angefangen vom seltenen Kiebitz bis hin zu einstigen „Allerweltsarten“ wie dem Feldsperling.

Auch in Deutschland werde das Ziel, den Artenverlust bis zum Jahr 2010 zu stoppen, nicht erreicht, warnte der Naturschutzbund. Drei Viertel der heimischen Lebensräume, ein Drittel der Tierarten und über ein Viertel der Pflanzen seien akut gefährdet, so der NABU. Der Ver-

band fordert ein Bundesprogramm Biologische Vielfalt, um die von der Regierung im Herbst 2007 beschlossene Strategie zur biologischen Vielfalt gemeinsam mit den Ländern, Kommunen, Eigentümern und Landnutzern durchzusetzen. Bis 2012 müssten dazu jährlich mindestens 300 Millionen Euro bereitgestellt werden. [jg]

- ▶ Rote Liste: [www.kurzlink.de/europeanredlist](http://www.kurzlink.de/europeanredlist)
- ▶ EU-Bericht: [www.kurzlink.de/eeareport-2009](http://www.kurzlink.de/eeareport-2009)
- ▶ [www.wwf.de](http://www.wwf.de), [www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de), [www.nabu.de](http://www.nabu.de),

### Walfang

## Gefahr für Wale wächst

■ Die internationale Wal- und Delfinschutzorganisation WDCCS hat heftige Kritik an den diesjährigen isländischen Walfangzielen geübt. Dies sei die höchste selbst auferlegte Walfangquote Islands seit Inkrafttreten des kommerziellen Walfangverbots 1986, sagte WDCCS-Sprecher Nicolas Entrup. Die neue Linkskoalition in Reykjavik hatte sich mehrmals kritisch gegenüber dem Walfang geäußert, hielt aber dann doch an der Entscheidung fest, 100 Nördliche Zwergwale und 150 stark gefährdete Finnwale zur Jagd freizugeben. Der heimische Markt für Walfleisch ist sehr klein und so können Walprodukte nur durch Exporte abgesetzt werden. Die Hälfte des Fangs wird als „Schlachtabfall“ auf Deponien entsorgt.

Ende Juni (nach Redaktionsschluss) fand auf der Atlantikinsel Madeira die Tagung der Internationalen Walfangkommission (IWC) statt. Der IWC-Vorsitz plante mit Unterstützung einiger Staaten, Japan den Walfang an der Küste zu erlauben, wenn es dafür die Jagd in der Antarktis verringert und ein Walschutzgebiet im Südatlantik akzeptiert. Dieser Kompromiss könnte nach Ansicht des WDCCS auch den Walfang in Südkorea, China und Russland anheizen. Es gehe um nichts weniger als die Aufhebung des Walfangmoratoriums. [ans]

- ▶ WDCCS, München, Tel. +49 (0)89 / 61002393, E-Mail: [kontakt@wdcs.org](mailto:kontakt@wdcs.org), [www.wdcs-de.org](http://www.wdcs-de.org)

### Schutzgebiete

## Kongress fordert mehr Wildnis für Europa

■ Die Teilnehmer der „Conference on Wilderness and Large Natural Habitat Areas“ Ende Mai in Prag haben zum schnellstmöglichen Schutz der letzten echten Wildnisgebiete in Europa und zur Ergänzung des bestehenden Natura-2000-Netzes durch weitere, großräumige Schutzgebiete aufgerufen. Die Konferenz wurde von der Europäischen Kommission und der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft gemeinsam mit einem breiten Bündnis von Naturschutzorganisationen durchgeführt. Gut 240 Experten aus 33 Ländern Europas und Nordamerikas nahmen teil.

2008 hatten WWF, IUCN, BirdLife International und weitere Natur- und Artenschutzorganisationen mit einer „Wild-Europe“-Initiative den besseren Schutz der letzten Wildnisgebiete Europas gefordert. Im Februar dieses Jahres unterstützte auch das Europäische Parlament diese Forderung. Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten eine „Message from Prague“, in der sie die Rolle von Wildnisgebieten aufgrund ihres Eigenwertes und ihrer indirekten und direkten ökonomischen Bedeutung für den Menschen, für Gesundheit und Wohlbefinden, Wissenschaft und Kultur betonen. Die Schutzgebiete sollen in Anlehnung an die Kriterien der IUCN für Nationalparke mindestens 10.000 Hektar groß sein. Weltweit tätige Organisationen wie Conservation International fordern mindestens 100.000 Hektar. Im Gegensatz zu den Natura-2000-Gebieten der EU, die überwiegend vom Menschen beeinflusste Kulturlandschaften bewahren, sollten die Wildnisgebiete frei von menschlichen Nutzungen sein, so die Konferenzteilnehmer.

BirdLife veröffentlichte zur Konferenz eine Übersicht der biologisch bedeutendsten Wälder Osteuropas. Diese in einem weitestgehend natürlichen Zustand befindlichen Wälder sind für typische Waldarten wie Auerhuhn, Braunbär, Wolf und Luchs überlebenswichtig.

Die Erhaltung und Verbesserung der Widerstands- und Anpassungsfähigkeit

## „Es ist unverantwortlich, Bleimunition zu benutzen, wenn man sieht, wie ein vergifteter Adler leidet“

Der Ökologische Jagdverband (ÖJV) hat gemeinsam mit Naturschutzverbänden, anderen Jagdverbänden und Vertretern der Munitionswirtschaft die Politik aufgefordert, die Risiken von bleihaltigen Geschossen erneut zu untersuchen. Anlass waren Seeadler, die durch Bleimunition in Beutetieren vergiftet wurden. Aus Gründen des Tierschutzes, des Artenschutzes und des Verbraucherschutzes muss sofort Schluss sein mit dieser Munition, fordert die Bundesvorsitzende des ÖJV, Elisabeth Emmert.

**umwelt aktuell: Die Risiken von Bleimunition sind nach Ansicht von Naturschützern schon genügend erforscht. Trotzdem haben Sie auf einer Fachtagung im Frühjahr der Forderung nach neuen Studien zugestimmt. Warum?**

Es war eine Kompromissformulierung, weil die Munitionsindustrie, vor allem die deutsche, bis jetzt noch nicht auf dem Stand der Technik ist. Die deutschen Munitionshersteller fürchten, Marktanteile an kleine und ausländische Hersteller zu verlieren, weil die bei der Produktion von bleifreien Alternativen wesentlich weiter sind. Die Munitionsindustrie will das noch blockieren, aber die Naturschützer und die Wissenschaftler, die diese Untersuchungen gemacht haben, wissen: Die Alternativen sind mindestens genauso gut wie die bleihaltige Munition. Doch es war schon schwierig, die Funktionäre der traditionellen Jägerschaft und die Industrie überhaupt mit ins Boot zu bekommen, wo sie öffentlich anerkennen, dass die Todesfälle bei den Seeadlern durch Vergiftungen mit Bleimunition verursacht sind und sie umsteigen wollen auf bleifreie Munition.

**Sind andere Länder da schon weiter?**

In den USA gibt es einige Bundesstaaten, die bleifreie Munition vorgeschrieben haben. Zum Beispiel Kalifornien, weil der Kalifornische Kondor aufgrund der Todesfälle durch Bleivergiftungen vom Aussterben bedroht ist. Dort gibt es aufwendige Aussetzungsprogramme – und dann sterben die Tiere durch Bleimunition. Auf der japanischen Insel Hokkaido ist Bleimunition aufgrund von Todesfällen bei Riesenseeadlern verboten.

**Und in Europa?**

In England gibt es zum Teil Empfehlungen oder Verbote. Es ist aber ein allgemeiner Trend, dass der Umstieg auf bleifreie Munition kommt. Und der wird die Zukunft gehören. Ich habe früher auch mit bleihaltiger Munition geschossen, weil mir das nicht bewusst war. Aber jetzt, wo es diese Forschungsergebnisse gibt und auch die Alternativen, sind wir aus Gründen des Tierschutzes, des Artenschutzes und auch des Verbraucherschutzes verpflichtet sie zu benutzen. Es ist

unverantwortlich, das nicht zu tun, wenn man sieht, wie ein vergifteter Adler leidet.

**Naturschützer sagen, die Deutsche Versuchs- und Prüfanstalt für Jagd- und Sportwaffen (DEVA) würde aus wirtschafts- und jagdpolitischen Gründen den Ausstieg aus der bleihaltigen Munition ausbremsen. Sehen Sie das auch so?**

Ich würde nicht sagen, dass die DEVA das ausbremst. Die sind natürlich auch Spielball verschiedener Interessen der Industrie, die alle bei der DEVA ihre Vertreter haben, und der herkömmlichen Jägerschaft. Die DEVA hat nur eben diese Bedenken, die an sie herangetragen wurden, weitergegeben.

**Wer bremst denn dann?**

Die Industrie und die Funktionäre der herkömmlichen Jägerschaft. Sie haben immer wieder neue Gegenargumente aufs Tapet gebracht und immer neue Untersuchungen verlangt. Als alle Bedenken hinsichtlich tierschutzgerechten Tötens, Treffgenauigkeit oder geringerer Toxizität bleifreier Alternativen ausgeräumt schienen, wurden Unfälle, die zum Teil 20 Jahre her sind, angeführt. Das dabei kritisierte Abprallverhalten der Geschosse wurde vorher noch kaum untersucht, auch nicht bei bleihaltiger Munition.

**Blei aus der Jagdbüchse hat den Bestand der Seeadler in Deutschland dezimiert, weil diese mit Blei vergiftetes Wild gefressen haben. Welche Auswirkungen hat denn der Verzehr von solchem Fleisch auf den Menschen?**

Es gibt Ergebnisse, vor allem aus den USA, dass zumindest die Wildbretproben, die man dort untersucht hat, übermäßig mit Blei belastet waren. Es ist nur dann ein deutliches Problem für den Menschen, wenn er sehr viel Wild verzehrt. Aber das Argument, dass es nur für die gefährlich ist, die zweimal in der Woche Wildbret essen, ist uns zu wenig. Durch einen vorsorgenden Verbraucherschutz muss man Blei aus dem Lebensmittelkreislauf einfach fernhalten, ob da nun Schwellen überschritten werden oder nicht. Und es gibt immer mehr Hinweise, dass jegliche Bleibelastung zu Problemen führt, die subtiler sind und sich

auch auf Nerven, Intelligenz und das Verhalten auswirken. Das weiß man ja auch von früher, als es noch Bleileitungen gab, dass es nicht sofort tödliche oder ganz schwerwiegende Symptome sind, sondern ganz subtile Symptome. Wir wollen Blei in jeder Weise aus diesen Kreisläufen entfernen.

**Sie wollen keine Grenzwerte, sondern das Blei komplett verbieten?**

Auch in Untersuchungen aus dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit von 2007 hieß es, dass der Verzicht auf Bleinutzung aus Sicht des gesundheitlichen Verbraucherschutzes dringend notwendig ist.

**Was soll das Bundesverbraucherministerium tun?**

Bei einer Studie zur Bleibelastung durch Wildbret kam heraus, dass diese für den durchschnittlichen Verzehr kein Problem ist. Aber die Risikogruppen wie Schwangere und Kinder wurden in dieser Studie überhaupt nicht berücksichtigt. Also müsste man das entweder noch einmal intensiv untersuchen oder die Erkenntnisse, die es schon gibt, zum Beispiel durch das Bundesamt umsetzen und sich für ein Verbot der Bleimunition mit einer gewissen Übergangsfrist entscheiden. Die geplanten Tests zum Abprallverhalten sollten noch durchgeführt werden. Aber es müssen jetzt ganz konkrete Schritte unternommen werden, damit bleihaltige Munition eliminiert wird.

[Interview: Marion Busch]

**Die Biologin Elisabeth Emmert ist Bundesvorsitzende des Ökologischen Jagdverbandes (ÖJV) und Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings. Seit 1985 ist sie aktive Jägerin.**

**Kontakt:**  
Tel. +49 (0)2742 /  
910626, E-Mail:  
e.emmert@oejv.de,  
www.oejv.de



# Reichtum vor der Haustür

Dieses Buch stellt 33 heimische Tiere und Pflanzen vor. Renommierte Autor(inn)en wie Claus-Peter Lieckfeld, Beate Jessel und Josef H. Reichholf präsentieren liebevolle Details und überraschende Fakten. Dazu stellt die Münchener Künstlerin Rita Mühlbauer alle Arten in stimmungsvollen Bildern in ihrem natürlichen Umfeld dar – anschaulich und lebensnah. Ein Buch zum Schmökern für die ganze Familie mit praktischen Hinweisen und Tipps für bleibende Naturerlebnisse.

Museum Mensch und Natur & Hopfisterei München (Hrsg.)

## Schatzkammer Natur

Von der Vielfalt heimischer Arten  
224 Seiten, Hardcover mit zahlreichen  
Illustrationen, 14,90 EUR  
ISBN 978-3-86581-134-9



Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)  
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



der natürlichen Ökosysteme ist nicht zuletzt der effektivste und kostengünstigste Weg zur Anpassung an den Klimawandel und zur Minderung seiner Folgen. So weisen natürliche Wälder nicht nur die höchste biologische Vielfalt auf, sie speichern auch erhebliche Mengen Kohlendioxid. Nach einem Bericht der EU vom Dezember 2008 sind in den Mooren Nord- und Westeuropas über 15 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> gespeichert.

Auf der Tagung wurden am Beispiel der PANParks-Stiftung auch neue Möglichkeiten zum Schutz von Wildnisgebieten vorgestellt. PANParks vereint einige der „Premium-Nationalparke“ in Europa, die diese anspruchsvollen Kriterien erfüllen. Polen kündigte an, jetzt endlich wie von Umweltverbänden seit Jahren gefordert den Białowieża-Nationalpark zu erweitern. **[Claus Mayr]**

- ▶ NABU/BirdLife, Claus Mayr, Direktor Europapolitik, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2800830, E-Mail: [claus.mayr@nabu.de](mailto:claus.mayr@nabu.de), [www.nabu.de/europa](http://www.nabu.de/europa)
- ▶ Tagungsdokumentation: [www.wildeurope.org](http://www.wildeurope.org)
- ▶ Biologisch bedeutendste Wälder Osteuropas: [www.birdlife.org/news/extra/europe/bif](http://www.birdlife.org/news/extra/europe/bif)
- ▶ [www.panparks.org](http://www.panparks.org)

## Menschenaffen

### Erklärung im Jahr des Gorillas

■ Bei einer Tagung im Juni haben Experten in einer „Frankfurter Erklärung“ zu einem besseren Schutz der Gorillas aufgerufen. Die Zahl der frei lebenden Menschenaffen ist in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückgegangen. Gorillas seien an vielen Fronten bedroht, sagte der Geschäftsführer der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF), Christof Schenck. Dazu gehörten die Wilderei, die Abholzung der Wälder, der illegale Handel sowie Seuchen und Kriege. Die Forscher setzen auf internationale Zusammenarbeit, um die Menschenaffen zu retten. Die UN hat 2009 zum „Jahr des Gorillas“ erklärt.

Das Bundesumweltministerium (BMU) hält den Ökotourismus für eine Möglichkeit, den Gorillas zu helfen. Dschungeltou-

ren könnten Geld für Schutzmaßnahmen vor illegaler Jagd einbringen, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin im BMU Astrid Klug. **[mbu]**

- ▶ BMU, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 305-2010, E-Mail: [presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de), [www.bmu.de](http://www.bmu.de)
- ▶ ZGF, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 9434460, E-Mail: [info@zgf.de](mailto:info@zgf.de), [www.zgf.de](http://www.zgf.de)

## Ökologie und Ökonomie

### Artenschwund wird Unternehmensrisiko

■ Die Zukunft ganzer Branchen ist abhängig vom Erhalt der Artenvielfalt. Das ist das Ergebnis des „Theme Report Biodiversity“, das der Europäische Fachverband für nachhaltiges Investment (Eurosif) gemeinsam mit der Nachhaltigkeitsratingagentur Oekom Research im Juni veröffentlicht hat. Demnach sind vor allem die Land- und Forstwirtschaft, die Papierindustrie und der Tourismus auf den Erhalt der Artenvielfalt, intakte Böden und Landschaften angewiesen. Neben Bau- und Bergbauunternehmen sind es aber genau diese Branchen, die besonders stark in das System eingreifen.

Biodiversität ist laut dem Hintergrundpapier eine risikorelevante Größe für Unternehmen und Branchen. Der Bericht unterscheidet verschiedene Risikokategorien, beispielsweise regulatorische und physische Risiken, aber auch Marktpreis- und Reputationsrisiken. Die Autoren zeigen für die genannten Branchen, wo die konkreten Bedrohungen, aber auch die Chancen von Unternehmen liegen.

So eröffne das aktive Management der Risiken auch neue Marktchancen. Für den Finanzsektor zählten dazu unter anderem neue Finanzprodukte mit Bezug zum CO<sub>2</sub>-Management und -Handel, spezifische Bankleistungen oder Nachhaltigkeitsfonds mit den Schwerpunkten Biodiversität und Umwelttechnologien. **[mbu]**

- ▶ Theme Report Biodiversity: [www.eurosif.org/publications/sector\\_theme\\_reports/biodiversity](http://www.eurosif.org/publications/sector_theme_reports/biodiversity)

Artenschutz**Lob für demokratischen Wolfsmanagementplan**

■ Ein möglichst konfliktfreies Nebeneinander von Menschen und Wölfen ist das Ziel des sogenannten Managementplans für den Wolf, den das sächsische Umweltministerium Ende Mai vorgelegt hat. Fachliche Grundlage dafür war das 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz erstellte Konzept „Leben mit Wölfen: Leitfaden für den Umgang mit einer konfliktträchtigen Tierart in Deutschland“. An dem Rahmenplan für die deutsch-westpolnische Wolfspopulation haben Behörden, Wissenschaftler, Jagdverbände, Schafzüchter, Umweltverbände und Bürgerinitiativen aus Deutschland und Polen mitgearbeitet.

Diese breite öffentliche Beteiligung von gut 50 Organisationen erntete Lob. So würdigte der NABU Sachsen die „demokratische Verfahrensweise bei der Entstehung des Managementplans als auch das Resultat“. Ein großer Teil der Verantwortung für die Umsetzung des Plans vor Ort sei bei den unteren Naturschutzbehörden angesiedelt worden, sagte der sächsische NABU-Vorsitzende Bernd Heinitz.

So soll es beispielsweise in allen Landkreisen speziell geschulte Ansprechpartner geben. Diese sind laut Plan zuständig für die Bewertung von Hinweisen, Öffentlichkeitsarbeit, Beratung von Nutztierhaltern und Begutachtung von Schäden. Zudem regelt der Plan, wann ein Wolf als auffällig und besonders aggressiv gilt und abgeschossen werden muss. Dafür wären dann die Polizei oder der Wolfsbeauftragte des Freistaates zuständig, sagte Umweltminister Frank Kupfer.

Die Möglichkeit zum Abschuss in Ausnahmefällen bot aber auch Konfliktstoff: Die Bürgerinitiative „Leben mit dem Wolf“ lehnte den Plan wegen dieser Option ab. Aber auch vier Jagdverbände haben dem Wolfsmanagement nur unter Vorbehalt zugestimmt. Der sächsische Jagdverband wollte die Übernahme des Wolfes in das Jagdrecht. Der NABU lehnte diese Forderung ab. Sie widerspreche dem sächsi-

schen, dem deutschen sowie dem europäischen und internationalen Jagdrecht. Der Wolf ist das seltenste Säugetier Deutschlands und vom Aussterben bedroht. Derzeit leben in der sächsischen Lausitz etwa 45 Tiere. [mbu]

- ▶ Rahmenplan für deutsch-polnische Wolfspopulation: [www.kurzlink.de/wolfsmanagementplan](http://www.kurzlink.de/wolfsmanagementplan)
- ▶ NABU Sachsen, Bernd Heinitz, Tel. +49 (0)341 / 2411999, E-Mail: [heinitz@nabu-sachsen.de](mailto:heinitz@nabu-sachsen.de), [www.nabu-sachsen.de](http://www.nabu-sachsen.de)

Waldbericht**Deutscher Wald wird dichter, aber nicht gesünder**

■ Der deutsche Wald wächst, ist aber erheblichen Belastungen ausgesetzt. Das geht aus dem Waldbericht der Bundesregierung hervor, den Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) im Juni vorlegte. Laut Bundesregierung ist die Waldfläche in den vergangenen 40 Jahren um eine Million Hektar gewachsen. Pro Jahr sind das im Schnitt zehn Quadratmeter pro Hektar. Mit einem Anteil von etwa einem Drittel Forstfläche sei Deutschland eines der waldreichsten EU-Länder.

Laut Bericht machen den heimischen Wäldern extreme Witterung, Klimawandel, Schädlinge und Waldbrände zu schaffen. So war es beispielsweise zwischen 2001 und 2008 für den Wald zu warm. Die Folge waren ausgedünnte Baumkronen. Auch Stürme wie Kyrill im Jahr 2007 richteten langfristige Schäden an, heißt es im Bericht. Zudem bringen Insekten und andere wärmeliebende Schädlinge den Wald aus seinem natürlichen Gleichgewicht.

Auch die Holzproduktion und der Holzeinschlag sind dem Bericht zufolge von etwa 40 Millionen Quadratmetern im Jahr 2001 auf 62 Millionen 2006 gestiegen. Dennoch wachse mehr Holz nach als geschlagen werde, teilte die Bundesregierung mit. [mbu]

- ▶ Waldbericht (PDF, 119 S., 1,2 MB): [www.kurzlink.de/waldbericht2009](http://www.kurzlink.de/waldbericht2009)

Bundesnaturschutzgesetz**Kein Freikauf vom Ausgleich**

■ Im Juni hat der Bundestag vier Umweltgesetze, darunter auch eines zu Naturschutz und Landschaftspflege, verabschiedet. Ursprünglich sollte für Deutschland ein einheitliches Umweltgesetzbuch geschaffen und damit das Umwelt- und Naturschutzrecht entbürokratisiert werden. Dies scheiterte jedoch im Februar am Veto Bayerns (umwelt aktuell 03.2009, S.22). Um konkurrierende Ländergesetzgebungen zu vermeiden, wurden stattdessen Einzelgesetze beschlossen.

Bis zur Föderalismusreform 2006 hatte der Bund nur eine Rahmengesetzgebungskompetenz. Der Gesetzentwurf sieht nun vor, dass der Bund Vollregelungen treffen kann. Das Gesetz muss allerdings noch durch den Bundesrat. Einige Länder wollen flexiblere Regelungen erreichen. So fordert Niedersachsen, Eingriffe in die Natur mit Geld auszugleichen. Derzeit gilt, dass verlorene Naturflächen möglichst in der Nähe durch Ausgleichsmaßnahmen ersetzt werden müssen.

Die Umweltverbände BUND, NABU und DNR warnten vor solchen Forderungen, die die Naturschutzstandards in Deutschland aufweichen würden. Angesichts des dramatischen Verlustes an Arten und Lebensräumen sei schon der erste Entwurf des Bundesnaturschutzgesetzes ein Minimalkompromiss mit deutlichen Defiziten gewesen. Die Änderungswünsche der Länder bedeuteten noch weiter gehende Verschlechterungen im Naturschutz.

Die Neuregelung sieht auch sogenannte Nationale Naturmonumente vor, wie sie in anderen Staaten bereits existieren. Das sind Naturschutzgebiete, die Menschen aber betreten dürfen. Magnus Herrmann vom NABU findet diese zwar „nett“, sie reichten aber nicht aus, um den Naturschutz zu verbessern. [mbu]

- ▶ Entwurf: [www.kurzlink.de/naturschutzgesetz-09](http://www.kurzlink.de/naturschutzgesetz-09)
- ▶ BUND, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864-0, Fax -40, E-Mail: [info@bund.net](mailto:info@bund.net), [www.bund.net](http://www.bund.net)
- ▶ NABU, Naturschutzexperte Magnus Herrmann, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-0, E-Mail: [magnus.herrmann@nabu.de](mailto:magnus.herrmann@nabu.de), [www.nabu.de](http://www.nabu.de)

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## R wie Regionalentwicklung

Wie viele ländliche Regionen steht das Kärntner Lavanttal vor großen Herausforderungen. Wie lässt sich die Identität einer Region zwischen Tradition und Moderne gestalten? Wie kann eine nachhaltige Wirtschaftsförderung erreicht werden? Eine Gruppe engagierter Menschen aus der Wirtschaft hat sich zum Ziel gesetzt, das Lavanttal zu einer Vorzeigeregion Europas zu machen. Das Buch zeigt auf, wie eine nachhaltige Entwicklung als struktureller Prozess begonnen werden kann.

H. P. Groß, G. Strohmeier, M. Ukowitz (Hrsg.)  
**Zukunftsgestaltung als Prozess**  
 Kulturell nachhaltige Wirtschafts- und Lebensraumentwicklung am Beispiel des Kärntner Lavanttales  
 oekom verlag, München 2009, 253 Seiten,  
 29,90 EUR, ISBN 978-3-86581-138-7

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)  
 Fax +49/(0)89/54 41 84-49

**oekom**  
 verlag

Die guten Seiten der Zukunft

### Vogeljagd

## Montenegro verkürzt Jagdzeit

■ Nach Angaben der Naturschutzstiftung Euronatur hat Montenegro durch eine Änderung des Jagdgesetzes die Vogeljadg um zwei Monate verkürzt. Vögel dürfen nur noch bis zum 15. Januar gejagt werden. Damit setzte der seit 2006 von Serbien unabhängige Adriastaat eine Forderung der EU-Vogelschutzrichtlinie um. Laut Euronatur ist dies ein wichtiger Schritt in Richtung EU-Beitritt.

Das neue montenegrinische Gesetz verbietet die Jagd in der empfindlichen Phase des Heimzuges in die Brutgebiete. Damit sollen Störungen in Rastgebieten vermieden und rastende oder durchziehende Zugvögel geschützt werden.

Nach Schätzungen der Stiftung werden an der östlichen Adria jährlich mehr als zwei Millionen Zugvögel von Vogeljägern getötet. So bleibe trotz des Fortschritts noch viel zu tun. Euronatur fordert einen konsequenten Jagdstopp während des Heimzuges der Vögel und während der Brutzeit, mindestens bis zum 1. Oktober. Notwendig seien auch Kontrollen der Einhaltung der Jagdgesetze. [mbu]

► [www.euronatur.org/vogeljagd](http://www.euronatur.org/vogeljagd)

### Artenschutzkampagne

## Störche ohne Kopf

■ Unter dem Motto „Fast weg ...“ hat der NABU im Juni eine bundesweite Kampagne gegen das Artensterben gestartet. Mit Großplakaten, einem Fernsehspot, Flyern und Postkarten macht der Verband auf den Artenverlust aufmerksam. Die Plakatmotive sollen veranschaulichen, was passiert, wenn bedrohte Arten keine Hilfe bekommen: Die abgebildeten Tiere wie Weißstorch, Laubfrosch, Wolf oder Kabeljau sind nur noch zur Hälfte da, also schon „fast weg“. Die Plakate hängen unter anderem auf Bahnhöfen und in Zügen der Deutschen Bahn. [mbu]

► [www.nabu.de/naturschutzmacher](http://www.nabu.de/naturschutzmacher)

### STADT & REGION

### Städtetag

## Effizient durch die Krise

■ Der Deutsche Städtetag hat Mitte Mai in Bochum ein Thesenpapier zum „städtischen Handeln in Zeiten der Krise“ verabschiedet. Die TeilnehmerInnen betonten, wie wichtig zuverlässige kommunale Leistungen bei der Daseinsvorsorge in schwierigen Zeiten seien. Die Sicherung dieser Leistungen müsse krisenfest gemacht werden – gerade ärmere Städte bräuchten eine „aufgabengerechte Finanzausstattung“. Hierzu müssten Bund, Länder und Kommunen besser kooperieren. Der europäische und der nationale Rechtsrahmen müssten besser aufeinander abgestimmt werden. Zu den „vorrangig zu verfolgenden Zielen“ zählt das Papier auch die Energiepolitik. Energie- und Umwelttechnik seien „wichtige Säulen für die Entwicklung des Wirtschafts- und Technologiestandortes Deutschland und gerade angesichts des Klimawandels auch von unbedingter Notwendigkeit“. Die Steigerung der Energieeffizienz biete ein enormes Potenzial für neue Arbeitsplätze. In den Städten gebe es vielfältige Anwendungen für erneuerbare und dezentrale Energieträger, effiziente Gas- und Dampfkraftwerke sowie effiziente Gebäudetechnik. [jg]

► [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

### TIERSCHUTZ & ETHIK

### Tierversuche

## Maus ist nicht gleich Mensch

■ Eine genaue Genomanalyse von Mäusen hat erneut Zweifel am Sinn von Tierversuchen aufkommen lassen. US-amerikanische, schwedische und britische Forscher fanden heraus, dass Gene von Menschen und Mäusen zwar funktional

verwandt sind und vom gleichen Entwicklungszweig stammen, die Unterschiede bei der Anzahl und Funktionsweise der Gene jedoch größer sind als gedacht. Mäuse sind die wichtigsten Versuchstiere für die Erforschung menschlicher Krankheiten.

Die Organisation Ärzte gegen Tierversuche sieht sich durch die Studie in ihrer grundsätzlichen Kritik an Tierversuchen bestätigt. Verschiedene Arten reagierten so unterschiedlich auf Medikamente oder Chemikalien, dass sich die Ergebnisse aus den Tests nicht übertragen ließen. Einen viel größeren Einfluss hätten die Lebensumstände und Faktoren wie fleischreiche Ernährung, Stress oder Rauchen, so die Ärzteorganisation. Der Behauptung, dass mithilfe von Tierversuchen menschliche Krankheiten geheilt werden könnten, müsse entgegengetreten werden. [sl]

► Ärzte gegen Tierversuche, Silke Bitz, München, Tel. +49 (0)89 / 3599349, Fax 35652127, [www.kurzlink.de/mausgenomstudie](http://www.kurzlink.de/mausgenomstudie)

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### EU-Ratspräsidentschaft

#### Schweden hat viel vor

■ Am 1. Juli hat Schweden den Vorsitz über die Europäische Union von Tschechien übernommen. Die Regierung in Stockholm hat nun die EU-Ratspräsidentschaft bis zum Ende des Jahres inne.

Die Finanzkrise und der Klimawandel stehen ganz oben auf der schwedischen Agenda, insbesondere die internationalen Klimaverhandlungen und deren Finanzierung. Im Umweltbereich sollen – neben dem Schutz der Artenvielfalt und einer ökoeffizienten Wirtschaft – der Ostseeraum, die Fischerereipolitik und der Meeresumweltschutz Priorität haben. Außerdem stehen die Neuaufstellung der EU-Kommission, der Start des neuen EU-Parlaments und der Umgang mit der ungewissen Zukunft des Lissabon-Vertrags an. Im Dezember soll die EU-Strategie für

nachhaltige Entwicklung überprüft werden. Auch die Vorbereitungen für einen Zehnjahresplan für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sollen im zweiten Halbjahr 2009 stattfinden. Schweden will zudem die Debatte um gefährliche Substanzen in neuen und das Recycling von alten Elektrogeräten (RoHS- und WEEE-Richtlinie) abschließen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat traditionell „zehn grüne Prüfsteine“ erarbeitet. In zehn Umweltbereichen will der Umweltdachverband dem schwedischen Vorsitz auf die Finger schauen und am Ende der Amtszeit eine Bilanz veröffentlichen. Die Auswertung der Prüfsteine für den tschechischen Vorsitz (umwelt aktuell 02.2009, S. 21) soll Anfang Juli veröffentlicht werden. [jg]

► Schwedische Präsidentschaft: [www.se2009.eu](http://www.se2009.eu)

► EEB: [www.eeb.org](http://www.eeb.org) (Publications – Memoranda)

### Wirtschaftsministerrat

#### Umweltgesetze als Luxus

■ Die EU-Wirtschaftsminister haben auf ihrem Treffen Ende Mai in Brüssel beschlossen, mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise neue Umweltgesetze nochmals auf ihre Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen zu überprüfen. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit solle nicht durch „übermäßige Kosten“ gefährdet werden, da dies zur Produktionsverlagerung ins Ausland führen könne. In einer Fußnote nennt der Wettbewerbsminister „Sozialschutz-, Verwaltungs- oder Umweltschutzanforderungen, unter Einbeziehung der damit verbundenen speziellen Folgen wie beispielsweise die Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen“ belastend und investitionsgefährdend.

Unter Berufung auf eine hochrangige diplomatische Quelle berichtet der Informationsdienst EurActiv, dass „besonders Deutschland findet, dass alle zusätzlichen Umweltgesetze auf Eis gelegt werden sollten, bis sich die wirtschaftlichen Bedingungen wieder auf einem normalen Niveau befinden“. Bei der Chemikalienverordnung

REACH und den CO<sub>2</sub>-Grenzwerten für leichte Lkw müssten die betroffenen Industrien einen Sonderstatus erhalten.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) nutzte die Steilvorlage aus dem Wettbewerbsrat, um die EU-Kommission aufzufordern, „ihre Gesetzgebung kompromisslos auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auszurichten“. BDI-Geschäftsführer Werner Schnappauf forderte, auf die Regulierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen leichter Nutzfahrzeuge gleich ganz zu verzichten. [jg]

► [www.kurzlink.de/euractiv-182690](http://www.kurzlink.de/euractiv-182690)

### Barroso-Kommission

#### Bescheidene Umweltbilanz

■ „Ziel verfehlt“ – unter dieser Überschrift haben die zehn größten europäischen Umweltorganisationen der scheidenden EU-Kommission unter Präsident José Manuel Barroso eine bescheidene Bilanz für ihre Umweltpolitik ausgestellt. Auf einer zehnstufigen Skala habe die Kommission nur eine 4,4 erreicht, teilten die als „Green 10“ bekannten Verbände Mitte Juni mit.

Vor allem in den Politikfeldern Biodiversität, natürliche Ressourcen und Agrarreform hätten die KommissarInnen versagt. Relativ positiv werteten die Umweltverbände die Klima- und Energiepolitik sowie die Verkehrspolitik. Ein besonderes Lob erhielt Umweltkommissar Stavros Dimas, der stets auch gegen seine Kollegen für mehr Umweltschutz gekämpft habe.

Dem Kommissionspräsidenten trugen die Green 10 besonders seine eigenwillige Definition von Nachhaltigkeit aus dem Jahr 2005 nach: Auf das Dreisäulenmodell anspielend hatte Barroso gesagt, wenn er drei Kinder habe und eines davon krank sei, würde er sich doch am ehesten um dieses kümmern. Mit dem kranken Kind meinte er die Wirtschaft – gesund seien demnach Umwelt und Soziales.

Ergänzt wird die Bilanz mit Aufgabenlisten für die nächste Kommission. [ms]

► [www.kurzlink.de/g10assessment2004-9](http://www.kurzlink.de/g10assessment2004-9)

## Umweltinformationsrecht

### Ombudsmann für Transparenz

■ Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat zugesichert, in Zukunft Informationen darüber zu veröffentlichen, wie sie Umweltaspekte bei der Projektfinanzierung berücksichtigt. Sie reagierte damit auf eine Beschwerde des Europäischen Bürgerbeauftragten (Ombudsmann), der wiederum den Fall eines spanischen Bürgers aufgegriffen hatte.

Der Spanier hatte aus Umwelt- und Lärmschutzgründen Klage gegen den Bau der Schnellbahntrasse von Madrid nach Montpellier (Frankreich) eingereicht. Da das Projekt zu 27 Prozent von der EIB finanziert wird, hatte sich der Ombudsmann Nikiforos Diamandouros deren Unterlagen angesehen, aber keine Informationen über eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gefunden. Die EIB versicherte, dass sie jede Projektförderung einer UVP unterziehe, diese aber in der Regel nicht veröffentliche. Auf die Beschwerde des Ombudsmanns hin versprach die Bank nun, die Prüfungsergebnisse künftig öffentlich zugänglich zu machen.

Aufgabe des Ombudsmanns ist es, Beschwerden von EU-BürgerInnen und Missstände in der EU zu untersuchen. Er hat das Recht, Beschwerdeverfahren gegen EU-Institutionen zu lancieren. Die EIB ist die „Hausbank“ der Europäischen Union und für die langfristige Finanzierung von Projekten zuständig. [ms]

► [www.kurzlink.de/ombudsman-eib](http://www.kurzlink.de/ombudsman-eib)

## EU-Ombudsmann

### Umweltschützer nerven

■ Die EU-Kommission ist in den Verdacht geraten, bei Verstößen gegen europäisches Umweltrecht Beschwerden von Umweltorganisationen zu ignorieren. Der spanische Umweltverband Ecologistas en Acción hatte beim Europäischen Bürgerbeauftragten moniert, dass die Kommission zwei seiner Beschwerden nicht verfolgt habe. Der Bürgerbeauftragte (siehe

vorhergehender Beitrag) veranlasste eine Untersuchung. Eine Stellungnahme der Kommission wird im Sommer erwartet.

Neuerdings will die Kommission nur noch Beschwerden annehmen, die einem von sechs Schwerpunktbereichen zuzuordnen sind: Naturschutz, Wasser, Luft, Klimawandel, Abfall oder Folgenabschätzung. Außerdem müssen mögliche nationale Beschwerdemöglichkeiten vollständig ausgeschöpft worden sein. Der zuständige Beamte Julio Garcia Burgues rechtfertigte das Vorgehen mit Personalmangel. 30 MitarbeiterInnen könnten nicht die Beschwerden aus 27 Staaten bewältigen. [ms]

► Anfrage des Bürgerbeauftragten an die EU-Kommission: [www.kurzlink.de/ombud-ngo-sp](http://www.kurzlink.de/ombud-ngo-sp)

## Transparenzinitiative

### Ein Jahr EU-Lobbyregister

■ Die im Bündnis Alter-EU zusammengeschlossenen Nichtregierungsorganisationen haben eine kritische Bilanz zum freiwilligen Lobbyregister der EU gezogen. Die im vergangenen Jahr eingerichtete Datenbank der EU-Kommission war von Anfang an umstritten. Nur ein Fünftel der geschätzten 2.600 in Brüssel ansässigen Lobbyorganisationen habe sich dort eintragen lassen, so Alter-EU. Bis zum 25. Mai hätten sich 1.488 Organisationen registriert, nur 593 von ihnen mit Sitz in Brüssel. Die meisten großen Unternehmen und Thinktanks fehlten bisher völlig. Ganze Interessengruppen wie große Rechtsanwaltsfirmen boykottierten das Register aus unterschiedlichen Gründen, eine namentliche Nennung der LobbyistInnen sei nicht vorgesehen. Außerdem machten die Unternehmen laut Alter-EU verwirrende Angaben über die für Lobbyarbeit ausgegebenen Gelder. So habe der Europäische Chemieverband Cefic zwar 140 MitarbeiterInnen in Brüssel, was jährlich 37 Millionen Euro koste, wende aber für Lobbyarbeit wende nach eigenen Angaben nur 50.000 Euro auf.

Alter-EU fordert ein verbindliches Register mit präzisen Angaben der für Lobby-

tätigkeiten eingesetzten Finanzmittel und ihrer Quellen. Auch müsse namentlich kenntlich gemacht werden, welche Personen für welche Zwecke lobbyieren. Darüber hinaus müsse es möglich sein, Sanktionen gegen Straftäter zu erheben. [jg]

► [www.alter-eu.org](http://www.alter-eu.org)  
 ► [www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)

## Rechtsstatistik

### Umweltrecht ist EU-Recht

■ Im Durchschnitt 40 Prozent aller Gesetze, die zwischen 2002 und 2005 in Deutschland verabschiedet wurden, waren von EU-Recht beeinflusst. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung der Fernuniversität Hagen. In der Umweltpolitik waren es sogar 81 Prozent, im Bereich Wirtschaft 40, bei der Innenpolitik nur 13 Prozent. [jg]

► [www.fernuni-hagen.de/polwiss/lg3](http://www.fernuni-hagen.de/polwiss/lg3)

## Ausschreibung

### LIFE+ und Öko-Innovationen

■ Die EU-Kommission hat die Ausschreibung für zwei umweltbezogene Förderprogramme veröffentlicht.

Das Programm Öko-Innovationen fördert im Rahmen des Wettbewerbs- und Innovationsprogramms CIP innovative Produkte und Dienstleistungen, die zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen sowie zur Reduzierung von Umweltbelastungen beitragen. In diesem Jahr stehen dafür 30 Millionen Euro zur Verfügung. Die Frist zur Einreichung von Projektvorschlägen endet am 10. September.

Mit dem Programm LIFE+ unterstützt die EU innovative Umwelt- und Naturschutzvorhaben. Für 2009 stehen in Deutschland 29 Millionen Euro zur Verfügung. Projektvorschläge müssen bis zum 15. September eingereicht sein. [jg]

► Ausschreibungsdokumente: [www.kurzlink.de/eco-innovation09](http://www.kurzlink.de/eco-innovation09), [www.kurzlink.de/life-plus09](http://www.kurzlink.de/life-plus09)

## VERKEHR &amp; TOURISMUS

## EU-Verkehrswende I

**Schiene fördern statt Straße**

■ Ein Bündnis aus 20 internationalen Verkehrs- und Umweltverbänden sowie Gewerkschaften und Politiker haben ein Konjunkturprogramm für den europäischen Schienenverkehr in Milliardenhöhe gefordert. Gleichzeitig müssten der Straßenverkehr reduziert, die Autoindustrie umgerüstet und die Leistung des öffentlichen Nahverkehrs verdreifacht werden, heißt es in der Kölner Erklärung vom Mai.

Wenn bis zum Jahr 2025 500 Milliarden Euro in den europäischen Bahnverkehr investiert würden, könnte die Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene vorangebracht werden. Die Initiative Bürgerbahn statt Börsenbahn errechnet auf dieser Grundlage unter anderem den Neubau von 10.000 Streckenkilometern im Fernverkehr und die Wiederherstellung von 25.000 Kilometern bestehender Strecken. Außerdem könnten mit den Mitteln bessere Züge angeschafft und bis zu 25.000 Bahnhöfe erneuert werden. Für den Klimaschutz bedeute ein Schienenkonjunkturprogramm, dass der verkehrsbedingte CO<sub>2</sub>-Ausstoß europaweit um die Hälfte reduziert werden könnte, rechnete die Initiative vor. Nur so könne die EU ihren Beitrag zur Senkung des Treibhausgasausstoßes noch leisten. [mbu]

► [www.kurzlink.de/koelner-erklaerung](http://www.kurzlink.de/koelner-erklaerung)

## EU-Verkehrswende II

**Vorfahrt für Güterzüge**

■ In der EU sollen neun grenzüberschreitende Trassen für den Frachtverkehr mit der Bahn geschaffen werden. Das beschloss der Verkehrsministerrat im Juni in Luxemburg. Nach dem Willen der 27 Minister soll damit mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Auf bestimmten

Strecken hätten dann Güterzüge Vorfahrt vor Personenzügen. Bei diesem Punkt setzte Deutschland, das als Transitland besonders betroffen ist, allerdings durch, dass der Personenverkehr nicht benachteiligt werden soll.

Drei der geplanten neun Schienengüterverkehrskorridore führen durch Deutschland: die Strecken Rotterdam-Duisburg-Genua, Stockholm-Hamburg-Palermo und Bremerhaven-Rotterdam-Berlin. Die EU will die Wettbewerbsfähigkeit des Schienengüterverkehrs stärken. Das EU-Parlament muss noch zustimmen.

Auch die Errichtung einer Schienengüterverkehrsachse, die mit dem Europäischen Eisenbahnverkehrsmanagementsystem ERMTS ausgerüstet wird, ist einen Schritt weiter. Die Verkehrsminister von Dänemark, Deutschland, Italien, Österreich und Schweden unterschrieben eine entsprechende Absichtserklärung.

Nach offiziellen Angaben hat der Schienenverkehr bisher einen Anteil von rund zehn Prozent am EU-weiten Gütertransport. 27 Prozent der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen in der EU verursacht der Güterverkehr, davon entfallen fast drei Viertel auf den Straßentransport. [mbu]

► [www.ec.europa.eu/transport/infrastructure](http://www.ec.europa.eu/transport/infrastructure)

Grenzverkehr**Anhaltender Protest gegen Fehmarnbeltquerung**

■ Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) hat im Mai bei der Europäischen Kommission Beschwerde gegen den Bau einer Straßen- und Eisenbahnverbindung zwischen Dänemark und Deutschland über den Fehmarnbelt eingereicht. Der dazu geschlossene Staatsvertrag über die Fehmarnbeltquerung verletze unter anderem europäisches Naturschutzrecht, hieß es in der Begründung. Zudem habe für den Vertrag keine strategische Umweltprüfung stattgefunden, kritisierte der BUND-Landesverband Schleswig-Holstein und forderte die EU auf, ihre finan-

zielle Beteiligung an dem Verkehrsprojekt zu stoppen.

Auch der NABU protestiert seit Langem gegen das aus seiner Sicht übereilte Gesetzgebungsverfahren und die mangelnde Berücksichtigung von Naturschutzbelangen. Eine öffentliche Diskussion über den geplanten Brückenbau sei verhindert worden. Die Naturschützer befürchten unter anderem, dass eine 19 Kilometer lange Brücke durch den Fehmarnbelt den Vogelzug auf der sogenannten Vogelfluglinie beeinträchtigt.

Das deutsch-dänische Vorhaben ist nicht nur ökologisch umstritten, sondern auch wegen der erwarteten hohen Kosten. So prognostizierte vor Kurzem der Bundesrechnungshof rund 1,7 Milliarden Euro für die deutsche Hinterlandanbindung und riet dem Parlament ab, den Staatsvertrag zu ratifizieren. Der Bundestag wollte Ende Mai darüber abstimmen, hat dies aber verschoben. [mbu]

► BUND Schleswig-Holstein, Kiel, Tel. +49 (0)431 / 66060-0, [www.bund-sh.de](http://www.bund-sh.de)

► NABU Schleswig-Holstein, Neumünster, Tel. +49 (0)173 / 9373241, [www.nabu-sh.de](http://www.nabu-sh.de)

Umweltschutz und Arbeitsplätze**Öffentlicher Nahverkehr braucht öffentliches Geld**

■ Wenn die Fahrgastzahlen in Bussen und Bahnen wieder steigen sollen, darf sich der Staat nicht aus der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs zurückziehen. Das ergab eine Studie im Auftrag des Deutschen Städtetages, des Verbandes deutscher Verkehrsunternehmen und von 13 Bundesländern. Ohne den öffentlichen Verkehr wären die Städte von Autos verstopft, so das Gutachten. Die öffentlichen Verkehrsmittel schonten die Umwelt und sicherten Arbeitsplätze.

Laut der Studie sind Gelder in Milliardenhöhe notwendig, um die bestehende Infrastruktur am Laufen zu halten und weiterzuentwickeln. Bis zum Jahr 2019 seien diese Finanzen durch das Gemein-

definanzierungsgesetz sowie das Entflechtungsgesetz teilweise gesichert. Was danach bis 2025 an Mitteln erforderlich ist, loteten die Verfasser der Studie aus.

Demnach steigt der Finanzierungsbedarf für den öffentlichen Nahverkehr von 2007 bis 2025 um real 6,8 Prozent auf 9,2 Milliarden Euro. Der Bedarf für neue Fahrwege und Bahnhöfe der U-Bahnen, Stadt- und Straßenbahnen liegt bei knapp 2,4 Milliarden Euro. Die Summe der Neuinvestitionen steigt in diesem Zeitraum auf gut zwei Milliarden Euro pro Jahr. [mbu]

- Studie zum ÖPNV (PDF, 76 S., 760 kB): [www.kurzlink.de/studie-staedtag09](http://www.kurzlink.de/studie-staedtag09)

#### Luftfahrt

## Frankfurter Flughafenausbau kontra Klimaschutz

■ Im Juni hat am Verwaltungsgerichtshof Kassel die Verhandlung über den Bau einer vierten Landebahn des Flughafens Frankfurt am Main und über die geplante Nachtflugregelung begonnen. Geklagt haben Kommunen, Verbände, Unternehmen und Privatleute. Die Verhandlung gilt als eine der größten in der hessischen Justizgeschichte. Die Richter befassen sich mit zwölf Musterverfahren. Ein Urteil wird frühestens im Juli erwartet.

Der Arbeitskreis Flugverkehr kritisierte die Ausbaupläne. Sie förderten ein unbegrenztes Wachstum des Flugverkehrs und konterkarierten damit die Klimaschutzziele der Bundesregierung. Außerdem sei der zusätzliche Fluglärm den Menschen im schon jetzt stark belasteten Rhein-Main-Gebiet nicht zuzumuten. Zum Arbeitskreis Flugverkehr gehören die Umweltverbände BUND, Robin Wood und DNR, die Bundesvereinigung gegen Fluglärm, das Forum Umwelt und Entwicklung, Germanwatch und der VCD.

Der Frankfurter Flughafen ist mit knapp 500.000 Flugbewegungen jährlich der größte deutsche Flughafen. Seine Kapazität soll durch die vierte Bahn bis 2011 auf über 700.000 Flugbewegungen im Jahr

steigen. Nach Berechnungen des Arbeitskreises bedeutet der Ausbau eine jährliche Zunahme der Treibhausgasemissionen von 53 auf fast 80 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent. Die sogenannten Meseberger Beschlüsse der Bundesregierung zur Treibhausgasreduktion sehen im Verkehrssektor eine Minderung von 33 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr vor. [mbu]

- VCD, Ulrich Kohnen, Projektleitung Flugverkehr, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, [www.vcd.org](http://www.vcd.org)
- BUND, Verkehrsexperte Werner Reh, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864-35, [www.bund.net/verkehr](http://www.bund.net/verkehr)

#### Dresdner Elbtal

## Beton statt Welterbe

■ Das zuständige Unesco-Komitee hat Ende Juni dem Dresdner Elbtal den Welt-erbestatus aberkannt. Der Bau der 635 Meter langen Waldschlösschenbrücke über das Flusstal zerstöre die Kulturlandschaft, hieß es zur Begründung. „Deutschland ist in der Welt blamiert“, kommentierte der Deutsche Kulturrat den einmaligen Vorgang. Bisher hat die Unesco den Titel in 35 Jahren erst einmal wieder aberkannt – für ein Antilopenschutzgebiet in Oman.

Der NABU kritisierte, den Stadtbereinen sei als Antwort auf den anwachsenden Straßenverkehr nur Beton eingefallen. Während andere Kommunen den öffentlichen Nah- und Radverkehr förderten, gehe Dresden nun den rückständigen Weg. Umweltverbände fürchten, dass ohne den Welterbetitel das attraktive Elbtal kaum vor weiteren Bauinvestitionen zu schützen ist. Sie hatten seit 2003 vor den Umweltfolgen und dem Imageschaden gewarnt. „Alle Argumente und Vorschläge wurden von Anfang an mit beispielloser Ignoranz behandelt“, sagte der Vorsitzende des NABU Sachsen, Bernd Heinitz. Dagegen warf der sächsische CDU-Chef Michael Kretschmer der Unesco mangelnden Respekt vor. Seine Partei hatte sich in Dresden und Sachsen stets für die Brücke stark gemacht. [mb]

- NABU, Dresden, Tel. +49 (0)341 / 2411999
- [www.welterbe-erhalten.de](http://www.welterbe-erhalten.de)

#### WASSER & MEERE

#### EU-Küstenregionen

## Neue Ostseestrategie

■ Die EU will die Milliardenhilfen für den Ostseeraum künftig wirksamer ausgeben. Dies sieht eine neue Strategie vor, die EU-Regionalkommissarin Danuta Hübner im Juni in Brüssel vorstellte. Zwischen 2007 und 2013 fließen insgesamt 50 Milliarden Euro aus Brüssel für die Entwicklung der Küstenregionen in den acht Ostseerainern der EU. Vor allem Maßnahmen gegen die Meeresverschmutzung durch Abwässer, zur Förderung von Wirtschaft und Handel sowie zum Ausbau der Verkehrsverbindungen sollen damit unterstützt werden.

Mangelnde Koordinierung der Anrainer verstärkt aus Sicht der Kommissarin die bestehenden Missstände: die Verschlechterung des Zustands der Ostsee, schlechte Verkehrsanbindungen und Probleme bei der Energieversorgung. Die neue Ostseestrategie sehe keine zusätzlichen Maßnahmen vor, sondern unterstütze die Mitgliedstaaten und deren Zusammenarbeit, sagte Hübner.

Zu der Strategie gehört ein Aktionsplan, der 80 beispielhafte Projekte aufführt, die zum Teil bereits angelaufen sind. Mit ihnen soll das Ostseegebiet nachhaltig entwickelt werden. Unter anderem sollen alle EU-Staaten auf Phosphate in Waschmitteln verzichten.

Deutschland soll unter anderem eine Führungsrolle bei der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben übernehmen. Zu den Verkehrsprojekten, die die EU fördert, gehört auch der Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Rostock.

Der WWF bezeichnete die Pläne der Strategie als große Chance, die Ostsee länderübergreifend und nachhaltig zu schützen. Allerdings müsse sie schnell umgesetzt und beim Meeresnaturschutz nachgebessert werden. [mbu]

- [www.kurzlink.de/baltic-sea-strategy](http://www.kurzlink.de/baltic-sea-strategy)
- [www.wwf.de/ostsee](http://www.wwf.de/ostsee)

## OSPAR-Konvention

### CO<sub>2</sub>-Speicherung im Atlantik

■ Die Europäische Kommission hat dem EU-Parlament und dem Ministerrat eine Änderung der OSPAR-Konvention zum Schutz der Meeresumwelt des Nordatlantiks vorgelegt, um CO<sub>2</sub> unter dem Meeresboden speichern zu können.

2007 hatten sich die 15 alten EU-Staaten mit Norwegen und Island darauf geeinigt, die CO<sub>2</sub>-Speicherung im Atlantik zu ermöglichen. Nun soll die Vereinbarung ratifiziert werden. Bislang gab es in der OSPAR-Konvention keine Regelung zur unterirdischen Lagerung von CO<sub>2</sub>.

Obwohl einige Mitgliedstaaten ernste Sorgen äußern, wird erwartet, dass die EU die Vereinbarung wie vorgesehen ratifiziert. Damit könnte Kohlendioxid in den Meeresboden eingeleitet werden, solange es dauerhaft in der Lagerstätte verbleibt und keine Schäden für das marine Ökosystem oder die menschliche Gesundheit entstehen. Das Einbringen von CO<sub>2</sub> in die Wassersäule und auf dem Meeresboden wird in der Konvention untersagt. [sl]

- ▶ Gesetzesentwurf der EU-Kommission:  
[www.kurzlink.de/ospar-convention-09](http://www.kurzlink.de/ospar-convention-09)
- ▶ [www.ospar.org](http://www.ospar.org)

## Meeresverschmutzung

### Plastiktüten vermüllen Meere

■ Nach einem neuen Bericht des UN-Umweltprogramms UNEP werden jedes Jahr 6,4 Millionen Tonnen Müll in die Ozeane gekippt. Auf einem Quadratkilometer Meeresoberfläche treiben im Durchschnitt 46.000 Stück Kunststoffabfälle, am häufigsten Plastiktüten und PET-Flaschen. Diese machen laut UNEP in manchen Meeren bis zu 80 Prozent aller Abfälle aus. Der sehr langlebige Müll gefährdet das maritime Ökosystem, heißt es in der Studie. So würden Meeresschildkröten Plastiktüten oft mit Quallen verwechseln, einer ihrer Hauptnahrungsquellen.

Nach Angaben von Greenpeace wurden bei 95 Prozent der Eissturmvögel in

der Nordsee Plastik im Magen gefunden. Das entspreche beim Menschen einem Brotbehälter voll mit scharfkantigen Plastikresten.

Der meiste Müll stammt von Schiffen. Statt für die Entsorgung in den Häfen zu bezahlen, werfen die Kapitäne den Abfall auf hoher See über Bord. Dazu kommen Haus- und Industrieabfälle, die über die Flüsse in die Ozeane gelangen und durch Meeresströmungen und Winde verteilt werden. Jedes Jahr sterben dadurch mehr als eine Million Seevögel und über 100.000 Meeressäuger. Sie ersticken an Sixpackträgern, strangulieren sich mit Netzresten oder verhungern, weil ihre Mägen mit Plastikteilen verstopft sind. [mbu]

- ▶ Bericht Marine Litter: A Global Challenge:  
[www.kurzlink.de/marine-litter-2009](http://www.kurzlink.de/marine-litter-2009)

## Wasserqualität

### EU erklärt Baden für sicher

■ Gute Nachrichten für EuropäerInnen, die gern schwimmen gehen, hat die EU in Brüssel verkündet: In der Badesaison 2008 hätten 96 Prozent der Badegewässer an der Küste und 92 Prozent in Flüssen und Seen den EU-Mindestanforderungen an die Hygiene entsprochen. Der im Juni veröffentlichte Bericht wurde dieses Jahr von der Europäischen Umweltagentur EEA erstellt. Diese stellt auf ihrer Webseite Karten und Tabellen mit genauen Daten zu den einzelnen Badegewässern bereit. Mit dem Bericht und den Internetsuchfunktionen könnten die BürgerInnen nicht nur die Qualität der Badegewässer in ihrer Gemeinde oder an ihrem Ferienziel feststellen, sondern auch selbst stärker in den Schutz ihrer Umwelt einbezogen werden, sagte EEA-Direktorin Jacqueline McGlade.

2008 wurden laut EEA 75 Badeorte mehr als im Vorjahr überwacht. Von den mehr als 21.000 EU-weit kontrollierten Gebieten lagen zwei Drittel an der Küste und der Rest an Flüssen und Seen. Die größte Zahl der Küstengewässer befindet sich in Italien, Griechenland, Frankreich, Spanien und Dänemark. In Frankreich und

Deutschland liegen die meisten Binnen-Badegewässer.

Seit 1990 hat sich die Badegewässerqualität der EEA zufolge deutlich verbessert. Zwischen 1990 und 2008 sei die Zahl der Badegewässer, bei denen die Mindestqualitätsanforderungen eingehalten wurden, von 80 auf 96 Prozent bei den Küstengewässern und von 52 auf 92 Prozent bei den Binnengewässern gestiegen. [mbu]

- ▶ Bericht: [www.kurzlink.de/badegewaesser2008](http://www.kurzlink.de/badegewaesser2008)
- ▶ Karten aller europäischen Badegebiete:  
[www.kurzlink.de/gewaesserkarten2009](http://www.kurzlink.de/gewaesserkarten2009)

## EU-Wasserrahmenrichtlinie

### Flüsse und Seen bleiben trüb

■ Europas Gewässer könnten sauberer sein, wenn die Wasserrahmenrichtlinie besser umgesetzt würde. Das zeigt eine Studie des Europäischen Umweltbüros (EEB) und des WWF, die Ende Mai veröffentlicht wurde. Demnach kommen die Pläne der EU, bis 2015 europaweit die Wasserqualität und die Artenvielfalt an und in Bächen, Flüssen und Seen zu verbessern, nur schleppend voran. Schuld daran sind nach Einschätzung des NABU vor allem mangelhafte Bewirtschaftungspläne der Gewässer. ExpertInnen aus Deutschland und anderen EU-Ländern hatten exemplarisch die vorliegenden Entwürfe für die Bewirtschaftung der Gewässer geprüft. In Deutschland wurden Elbe, Rhein und Weser in die Untersuchung einbezogen.

Die Analyse zeigt nach Angaben des NABU, dass bislang in keinem der untersuchten europäischen Flusseinzugsgebiete die Entwürfe für die Bewirtschaftungsplanung so ausgestaltet sind, dass Gewässerschutz, Naturschutz und Wassersicherheit auf den richtigen Weg gebracht würden. Insbesondere der Klimawandel werde in den meisten Entwürfen nur unzureichend berücksichtigt. [mbu]

- ▶ Gewässerstudie von EEB und WWF: (PDF, 48 S., 3,4 MB): [www.kurzlink.de/eeb-wasserstudie09](http://www.kurzlink.de/eeb-wasserstudie09)
- ▶ NABU, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-0, Fax -2000, E-Mail: [nabu@nabu.de](mailto:nabu@nabu.de), [www.nabu.de](http://www.nabu.de)

## WIRTSCHAFT &amp; UNTERNEHMEN

## Erneuerbare Energien

**1,4 Millionen neue Arbeitsplätze**

■ Nach einer Studie der EU-Kommission werden in Europa bis zum Jahr 2020 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien entstehen. Voraussetzung dafür ist, dass die Richtlinie zur Förderung der erneuerbaren Energien vollständig umgesetzt wird und der Anteil der Erneuerbaren bis 2020 somit auf 20 Prozent der Gesamtenergiebereitstellung steigt. Ingesamt sind dann laut der Studie 2,8 Millionen Menschen in diesem Sektor beschäftigt, die meisten in den Bereichen Biomasse, Wind und Wasserkraft. Die erneuerbaren Energien würden dann 1,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften. Die Studie zeige, dass „Energiesicherheit und der Kampf gegen den Klimawandel Hand in Hand mit wirtschaftlichen Profiten gehen“, sagte Energiekommissar Andris Piebalgs. [ms]

## ► Studie:

[www.ec.europa.eu/energy/renewables/studies](http://www.ec.europa.eu/energy/renewables/studies)

## Greenwashing I

**Nachhaltigkeitspreis für Deutsche Bank**

■ Umweltorganisationen haben die Auszeichnung der Deutschen Bank mit dem Nachhaltigkeitspreis der Financial Times und der Weltbank als Skandal bezeichnet. Die Bank habe den Preis erhalten, weil sie Sozial- und Umweltaspekte auf innovative Weise in ihre Geschäftspraktiken integriere, hieß es dagegen zur Begründung vonseiten der Verleiher.

Genau das sei aber weder in den Geschäftsrichtlinien noch in der Praxis der Bank der Fall, kritisierte Markus Dufner vom Dachverband der Kritischen Aktionäre. Es gebe sogar starke Anzeichen dafür, dass die Deutsche Bank vergleichsweise wenig Wert auf eine nachhaltige Geschäftspolitik lege. So beteilige sie sich an extrem umweltschädlichen Projekten der Bergbauunternehmen Vedanta und Freeport. Auch finanziere sie den Bau eines Kohlekraftwerks in Mainz, das 750-mal mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen werde als die Bank durch die energetische Sanierung ihrer Geschäftstürme einspare, rechnete Elias Perabo von der Klima-Allianz vor. [ms]

► [www.kurzlink.de/deutschebank](http://www.kurzlink.de/deutschebank)

## Greenwashing II

**Vattenfall ausgezeichnet**

■ Der schwedische Energiekonzern Vattenfall hat den diesjährigen „Climate Greenwash Award“ erhalten. Mit dem Preis zeichnet die Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) Unternehmen aus, die sich besonders viel Mühe geben, in der Öffentlichkeit als umwelt- und klimafreundlich darzustellen, während sie hinter den Kulissen weiterhin die Umwelt verschmutzen. Diese Strategie wird von Umweltschützern als Greenwashing bezeichnet (siehe auch S. 32).

Vattenfall konnte sich mit knapp 39 Prozent der Stimmen gegen fünf Mitkonkurrenten durchsetzen. In der Laudatio sagte Kenneth Haar von CEO, dass der Konzern es meisterhaft verstehe, sich selbst als aktiven Klimaschützer darzustellen, während er weiterhin Kohle und Atomkraft nutze sowie Pseudolösungen wie Agrarkraftstoffe und CO<sub>2</sub>-Speicherung propagiere.

Auf Platz zwei landete Shell mit knapp 20 Prozent der Stimmen vor den Konzernen Dong, ArcelorMittal, BP und Repsol. Die Abstimmung im Internet war öffentlich. [ms]

► [www.climategreenwash.org](http://www.climategreenwash.org)

**newsletter**  
Nachhaltigkeitsnews

## Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... „druckfrisch“ über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:  
[www.oekom.de/aktuelles/newsletter.html](http://www.oekom.de/aktuelles/newsletter.html)

Die guten Seiten der Zukunft

**oekom**  
verlag

## Mobilisieren wie Obama

Die Umweltbewegung hat in den letzten Jahren erfolgreich das Freiwilligenmanagement professionalisiert. Nun geht es darum, auch die politische Mobilisierung auf eine neue Stufe zu heben. Ungeahnte Erfolge wurden vor allem in den USA, aber auch bei deutschen Initiativen gegen Atomkraft oder Gentechnik mit dem sogenannten Organizing erreicht. Umweltverbände könnten so auch ihre Mitgliederzahlen steigern.

■ Spät, aber letztlich doch hat die Umweltbewegung in den letzten Jahren Anschluss gefunden an die in Deutschland vor allem im sozialen Bereich weit fortgeschrittene Ehrenamtsdebatte und die damit verbundenen Konzepte des Freiwilligenmanagements. Das ist gut und wichtig, denn damit ist auch bei den Umweltverbänden das Bewusstsein gewachsen, dass Ehrenamtliche eine zentrale Ressource sind, die gepflegt werden will. Und auch weitere Erkenntnisse finden mehr und mehr Eingang in die Praxis der kleinen und großen Verbände: dass das „neue Ehrenamt“ einer besonderen Ansprache bedarf, dass Interessen und Bedürfnisse von Freiwilligen möglichst individuell berücksichtigt werden sollten und dass projektorientiertes Arbeiten den heutzutage nur noch begrenzt Bindungswilligen entgegenkommt. DNR, NABU und BUND initiierten mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt sogar ein Programm zur Ausbildung von Freiwilligenmanagern.

### Grenzen des Freiwilligenmanagements

Doch das Konzept des Freiwilligenmanagements hat aus Sicht der umweltpolitischen Verbands- und Bewegungsarbeit zwei Schwächen: Es geht dabei kaum um Mobilisierung, sondern um klug zugeschnittene Angebote für die reale oder vermutete Nachfrage nach sinnvollen Engagementmöglichkeiten. Und es ist ein politisch neutrales Konzept, das zunächst nicht das Ziel hat, politische Wirkung zu entfalten.

Es könnte sich also lohnen, ein anderes Konzept in den Blick zu nehmen, dem es ausdrücklich um die politische Mobilisierung geht: „Organizing“. Dieser amerikanische Begriff wird wegen fehlender adäquater Übersetzung auch in der deutschen Diskussion so benutzt. Organizing hat spätestens durch die Wahlkampagne

von Barack Obama auch bei uns größere Beachtung gefunden – der US-Präsident ist selbst ein ausgebildeter Organizer.

### Organizing – was ist das?

Der Begriff des „Organizing“ und die davon abgeleitete Rolle des „Organizers“ gehen vor allem auf den Bürgerrechtler Saul Alinsky zurück, der in den USA in den 1930er- bis 60er-Jahren in verschiedenen Kontexten Bürgerorganisationen gründete und durch die politische Organisierung von BürgerInnen – zum Teil mit Strategien des zivilen Ungehorsams – soziale Verbesserungen erreichte. Kerngedanke von Organizing ist die Aktivierung und das Organisieren von Menschen zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen. Hauptaufgabe von Organizern ist es, Menschen zum Handeln zu bringen und durch kluge Organisation Macht zur Durchsetzung von Veränderungen aufzubauen.

Neben der Bewegung des Community Organizing, die sich stark auf Alinsky bezieht, hat Organizing in den letzten Jahren in den USA auch bei Gewerkschaften stark an Bedeutung gewonnen. Angesichts dramatischer Mitgliederverluste gehen ausgebildete Organizer in Betriebe mit niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und zumeist geringem Organisationsgrad und versuchen die Beschäftigten für eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zu gewinnen. Im zweiten Schritt wird dann gemeinsam mit ihnen ein Arbeitskampf für vorher genau festgelegte Ziele organisiert, in den die Beschäftigten zumeist auch stark eingebunden sind. US-Gewerkschaften konnten so in den letzten Jahrzehnten mehrere Millionen neuer Mitglieder gewinnen und dabei die Gewerkschaftsbewegung erneuern.

Auch in Deutschland fasst Organizing langsam Fuß. Neben einer Form des Community Organizing – mit direkter Übertra-

gung der von Alinsky entwickelten Bürgerorganisationen – erfährt Organizing auch in deutschen Gewerkschaften Resonanz. Erste Pilotprojekte wurden durchgeführt.

Ein drittes Feld ist das sogenannte Social Movement Organizing in den Neuen Sozialen Bewegungen.

### Auch für die Umweltbewegung

Für das Organizing sind politisches Gespür, eine gute Analyse, kluge Strategien und Taktiken nötig – vor allem aber die Fähigkeit, Menschen zu mobilisieren, und zwar viele Menschen. In Deutschland kennen wir dies vor allem aus der Anti-Atomkraft-Bewegung. Dort, aber auch in der Anti-Gentechnik-Bewegung oder bei den neu aufkommenden Klimacamps gibt es Organizer – auch wenn sie meist ehrenamtlich arbeiten und sich selbst nicht so bezeichnen.

Bei Betrachtung der bevorstehenden umweltpolitischen Auseinandersetzungen wird klar, dass der Mobilisierungsbedarf der Umweltbewegung gewaltig ist. Kohlekraftwerke und Verkehrsgroßprojekte müssen verhindert, tragfähige Bewegungen für die Energiewende organisiert werden. Es ist also eine Überlegung wert, in die Ausbildung und Finanzierung von Organizern zu investieren. Das wäre nicht nur politisch sinnvoll. Auch die Zahl von aktiven und zahlenden Mitgliedern würde steigen.

[Rasmus Grobe]

Der Autor ist Trainer und Berater im Nonprofitbereich und promoviert nebenberuflich zu Kompetenzentwicklung in sozialen Bewegungen. Seit 2000 leitet er für den DNR und die Bewegungsakademie das Qualifizierungsprogramm Kurs Zukunftspiloten.

► Kurs Zukunftspiloten, Rasmus Grobe, Verden/Aller, Tel. +49 (0)4231 / 957595, E-Mail: grobe@zukunftspiloten.de, www.zukunftspiloten.de, www.navigation-for-change.de

## AUS DEN VERBÄNDEN

Bundestagswahl**Junge Forderungen**

■ Zu den Bundestagswahlen im September haben sechs Jugendumweltverbände ihre wichtigsten politischen Forderungen in einer Broschüre zusammengefasst. Dazu gehören ein Wandel in der Energiepolitik, ein schnellerer Atomausstieg, ein Stopp für neue Kohlekraftwerke und die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien. Außerdem soll der Ökolandbau gestärkt werden und die Biodiversität erhalten bleiben. Innovative öffentliche Verkehrsmittel und Elektrofahrzeuge wollen die Jugendlichen gefördert sehen. Umweltthemen sollen fester Bestandteil der Lehrpläne werden. Beteiligt haben sich Naturfreunde-, BUND-, und Naturschutzjugend, Deutsche Waldjugend sowie Jugendorganisationen der Kirchen.

Im Mai hatten sich VertreterInnen der Jugendverbände mit UmweltexpertInnen der Jugendorganisationen von SPD, FDP, Grünen und Linkspartei jeweils zu einem politischen Meinungsaustausch getroffen. Kai Niebert von der Naturfreundejugend, der die Jugendumweltverbände auch im DNR-Präsidium vertritt, nannte die Gespräche sehr konstruktiv und ermutigend. [mb]

- ▶ Naturfreundejugend, Kai Niebert, E-Mail: kai@naturfreundejugend.de
- ▶ Broschüre zum Download (PDF, 12 S., 2 MB): [www.naju.de/imperia/md/naju/pdfs/download.pdf](http://www.naju.de/imperia/md/naju/pdfs/download.pdf)

Neuerscheinung**Fördertöpfe für Vereine**

■ Im Juni ist die Broschüre „Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen“ mit mehr als 100 neuen Fördermöglichkeiten erschienen. Die zehnte, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage ist ein praxisorientiertes Nachschlagewerk für Gruppen und Initiativen, die nach neuen Finanzie-

rungsmöglichkeiten für ihre Projektideen suchen. Die Broschüre porträtiert mehr als 230 Stiftungen und Förderquellen und bietet umfangreiche Tipps zu Fördermöglichkeiten in Bereichen wie Bildung, Jugend, Umwelt, Arbeit, Soziales, Migration, Entwicklungspolitik, Wohnen, Kultur, Frauen und Globalisierung. Die umfassenden Hinweise auf Förder-, Beratungs- und Informationsmöglichkeiten machen die Broschüre zu einem kompetenten Wegweiser durch den Förderdschungel. [Katja Grabert]

- ▶ Netzwerk Selbsthilfe (Hrsg.): Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen. Berlin 2009, 172 S., 19,- € inkl. Versand. Bestellung: [www.netzwerk-selbsthilfe.de/beratung/foerdertopfbroschuere](http://www.netzwerk-selbsthilfe.de/beratung/foerdertopfbroschuere)

Umweltschutz ins Web 2.0 – Teil 2**Twitter – mit kleinen Schritten zum Ziel**

■ Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Twitter ist der neue Trend im Internet. Das „Gezwitscher“, so die wörtliche Übersetzung, erfreut sich großer Beliebtheit, gerade auch bei politisch Aktiven. Seit dem internetgestützten Wahlsieg von Barack Obama setzen auch Hunderte deutsche PolitikerInnen, von der Kommunalrätin bis zum Europaabgeordneten, auf das neue Medium.

Die Funktionsweise von Twitter ist denkbar einfach. Die Anmeldung auf [www.twitter.com](http://www.twitter.com) geht schnell. Die Einstellungen auf der englischsprachigen Seite sind weitgehend selbsterklärend. Gleich nach der Anmeldung kann man den ersten Text („Tweet“) veröffentlichen – mit maximal 140 Zeichen. Um miteinander zu kommunizieren, kann man andere Tweets abonnieren und selbst Abonnenten gewinnen.

Ein Tweet reicht für einen Gedanken oder eine Schlagzeile mit einem Link, nicht aber für hintergründige Diskussionen. Man mag diese verkürzte Kommunikation für unnütz halten und hat damit in vielen Fällen wahrscheinlich recht. Für Politiker wie auch für Umweltverbän-

de geht es bei Twitter aber nicht immer darum, mit einer einzelnen Zeile viel zu erreichen. Der grundsätzliche Nutzen besteht darin, überhaupt präsent zu sein und regelmäßig bei Interessenten in Erscheinung zu treten (siehe Teil 1, umwelt aktuell 06.2009, S. 28). Twitter ersetzt nicht das halbjährliche Rundschreiben oder den monatlichen Newsletter, sondern ist eine aktuelle Ergänzung dazu.

Wer twittert, erreicht damit ein gesellschaftlich interessiertes, meinungsstarkes Publikum. Viele Twitterer haben eine eigene Webseite, auf der sie ausführlicher über interessante Themen berichten. Viele sind politisch aktiv oder gewählte Abgeordnete. Um deren Interesse zu wecken, ist vor allem Authentizität gefragt. Twitter ist ein schnelles, manchmal emotionales Medium und nicht nur ein verlängerter Presseverteiler. Ein zusätzlicher Nutzen entsteht, wenn man die Tweets anderer liest. Man muss keine Privatgeschichten verfolgen, aber das Interesse an den (Umwelt-)Mitteilungen anderer Organisationen, Politiker und einzelner Engagierter gibt ein Gespür für gesellschaftliche Vorgänge und liefert zudem wertvolles Feedback über die eigenen Meldungen.

Hilfsmittel für Twitter gibt es viele, manche sind praktisch, andere Zeitverschwendung. Zum Senden und Empfangen von Nachrichten nutze ich meistens TweetDeck, ein kostenloses Programm, das es ermöglicht, die eigenen Kontakte zu sortieren und Meldungen nach Schlagwörtern zu filtern. Um lange Links zu verschicken, ist es üblich, diese auf verschiedenen Webseiten zu verkürzen, etwa [tinyurl.com](http://tinyurl.com), [tr.im](http://tr.im) oder [ow.ly](http://ow.ly) – man erhält so außerdem Analysedaten, wie häufig jeder Link angeklickt wurde. Die verschiedenen Anwendungen zur Analyse des eigenen Twitter-Erfolges findet man über Suchmaschinen oder wenn man andere Tweets verfolgt. Abgucken erlaubt! [Florian Noto] (Fortsetzung folgt.)

- ▶ [www.twitter.com](http://www.twitter.com) (Get Started)
- ▶ Information: [www.de.wikipedia.org/wiki/Twitter](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Twitter)
- ▶ DNR, Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-84, E-Mail: [florian.noto@dnr.de](mailto:florian.noto@dnr.de), [www.twitter.com/atomausstieg](http://www.twitter.com/atomausstieg)

## EHRENAMT

## Europa

## 2011 wird Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit

■ Die EU-Kommission hat im Juni das Jahr 2011 zum „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit“ ausgerufen. Sie bezeichnete die Freiwilligenarbeit als „geliebte Bürgerbeteiligung, die gemeinsame europäische Werte wie Solidarität und sozialen Zusammenhalt stärkt“. Freiwillige und ihre Organisationen aus ganz Europa sollen sich treffen und austauschen können. Auch könnten staatliche Stellen mehr über Freiwillige erfahren und freiwilliges Engagement erleichtern, so die EU-Kommission. So könnten die Freiwilligen auch mehr Anerkennung erhalten.

Die Kommission will acht Millionen Euro für das Europäische Jahr und die Vorbereitungen bereitstellen. Die Aktivitäten sollen sich auf Kommunikations- und Sensibilisierungsmaßnahmen wie Konferenzen, Seminare, Erfahrungsaustausche und Veröffentlichungen konzentrieren. [mb]

► [www.kurzlink.de/freiwillig-2010](http://www.kurzlink.de/freiwillig-2010)

## PREISE &amp; AUSSCHREIBUNGEN

## Naturschutzgroßprojekte

## Wettbewerb idee.natur entschieden

■ Die Gewinner des Bundeswettbewerbs „idee.natur“ für Naturschutzgroßprojekte stehen fest. Ende Mai wählte die Jury aus zehn Beiträgen der zweiten Wettbewerbsstufe fünf Siegerkonzepte aus. Zur bereits im Juli startenden Umsetzung ihrer Projekte können die Preisträger nun mit Bundesmitteln in Millionenhöhe rechnen. Gewonnen haben in der Kategorie Wälder die Projekte Hohe Schrecke (Sachsen-Anhalt/Thüringen), Nordvorpommersche Waldlandschaft und Schwäbisches Donautal. Weitere Preise erhielten die Allgäuer Moorallianz und das Projekt Industriekultur Nord (Saarland).

Der gemeinsam von Bundesumwelt- und -landwirtschaftsministerium durchgeführte Wettbewerb will zukunftsweisende Konzepte für Naturschutzgroßprojekte anstoßen. An der ersten Stufe des Wettbewerbs hatten 122 Projekte teilgenommen. [mb]

► [www.idee-natur.de](http://www.idee-natur.de)

## Internationaler Ethikpreis

## Blauer Planet sucht Retter

■ Die Stiftung ethecon sucht KandidatInnen für den Blue Planet Award 2009. Den undotierten Preis können Menschen erhalten, die sich „in herausragender Weise für die soziale und ökologische Einheit des Blauen Planeten einsetzen“. Daneben wird ein Negativpreis, der Black Planet Award, vergeben. Vorschläge für beide Preise müssen bis zum 31. Juli eingehen. [mb]

► Ausschreibung: [www.ethecon.de](http://www.ethecon.de)

## Nordrhein-Westfalen

## Robert-Jungk-Preis ausgelobt

■ Der mit 23.000 Euro dotierte Robert-Jungk-Preis wird auch 2009 an Projekte vergeben, die die Zukunftsfähigkeit des Zusammenlebens in Nordrhein-Westfalen behandeln. Erstmals können auch europäische Projekte den vom Generationenministerium, dem Städtenetzwerk NRW und der Robert-Jungk-Stiftung ausgelobten Preis erhalten. Bewerbungen sind bis zum 31. August erbeten. [mb]

► [www.robertjungkpreis.nrw.de](http://www.robertjungkpreis.nrw.de)

# UNDISZIPLINIERT!

FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN  
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und  
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen  
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.



Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter [www.oekom.de/gaia](http://www.oekom.de/gaia)



ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT  
ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR SCIENCE AND SOCIETY  
2 | 2009

FOCUS: COASTAL CHANGE AND MANAGEMENT  
FOCUS: SYSTEMIC RISKS, PART 2  
FINANZ- UND KLIMAKRISE

## REZENSIONEN

## Mobil bleiben in der Zeit nach dem Öl

Das Auto hat unsere Siedlungen so verändert, dass wir kaum noch von ihm loskommen. Das werden wir aber müssen, wenn bald alle Fahrzeuge regenerativ angetrieben werden sollen. Dafür bekommen wir dann endlich menschenfreundliche Städte, meint Matthias Brake.



■ Es gibt Bücher, die man mit Gewinn von hinten nach vorn liest. Die durch den Titel „Mobilität im regenerativen Zeitalter“ geweckten Erwartungen werden von Matthias Brake

nämlich im letzten Drittel seines Buches befriedigt: Im Kapitel „Bewegung“ skizziert er sehr klar die strukturellen Probleme des Transportwesens durch die rund 100-jährige Bevorzugung des privaten Kraftfahrzeugs. Brake legt dar, wie das Auto den Aufbau und die Funktion von Siedlungen so umgestaltet hat, dass ein Leben ohne Auto immer schwieriger wird. Er macht deutlich: Dieses Konzept ist im regenerativen Zeitalter nicht zukunftsfähig.

Der Autor stellt Alternativen vor, etwa die Förderung des Fahrrads oder Car Sharing, und schlägt die Mobilitätskosten als Lenkungsinstrument vor, um – etwa in Form einer City-Maut – die versteckten Kosten des städtischen Autoverkehrs zu korrigieren. Leider erreicht der Abschnitt zum Güterverkehr bei Weitem nicht die analytische Tiefe der Ausführungen über den Personenverkehr. Brakes Resümee gipfelt in der Forderung nach einem neuen gesellschaftlichen Konsens und schließt mit den Worten: „Mobilität im regenerativen Zeitalter, das bedeutet viele mögliche Optionen, zukunftsfähige Technik und eine Renaissance der menschenfreundlichen Stadt.“

Gut zwei Drittel des Buches nehmen zwei Kapitel zu den Grundlagen ein. Das Kapitel „Energie“ zeigt die Endlichkeit der fossilen Energieträger einschließlich der Atomkraft und beschreibt die verschiedenen regenerativen Energiequellen mit ihren Potenzialen. Das zweite Kapitel

„Antrieb“ behandelt fast ausschließlich Antriebssysteme und Energieträger für Personenkraftwagen. Daraus wird bei Brake eine Werbeschrift für den Elektroantrieb. Er sieht die Zukunft des Elektroautos darin, dass die häufig nutzlos abgestellten Fahrzeuge mit ihren Batterien als Puffer für die etwas unstetig anfallende Wind- und Sonnenenergie dienen.

Der Flugverkehr wird nur kurz gestreift und beim Schiffsverkehr beschränken sich die Angaben auf einige Technologien, die Seeschiffen die ergänzende Nutzung der Windkraft ermöglichen. Die Binnenschiffahrt, die ja immer als energetisch vorteilhafte Alternative zum Lkw-Verkehr eingefordert wird, fehlt ganz. Brake deutet nur an, dass hier die ungeliebten Biokraftstoffe unverzichtbar bleiben würden, die er für den Autoverkehr mit dem bekannten Hinweis auf eine Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion und die Zerstörung der Regenwälder ausschließt. Hier zeigt sich das Buch inkonsequent, wenn es einerseits Biogas als Treibstoff akzeptiert und positiv auf eine Studie zum Ersetzen von Erdgas im europäischen Netzverbund verweist, andererseits aber die Erzeugung von Biogas aus Monokulturen ablehnt, was aber genau die Annahme in dieser Studie ist.

Auch das Eldorado der Elektromobilität im öffentlichen Verkehr, bei Eisenbahn und Tram, hätte eine breitere Würdigung verdient, zumal es hier offensichtlich noch Einsparpotenziale gibt, wie die Schulung von Lokführern zu einem energiebewussten Fahrstil zeigt. Insgesamt ist das Buch – vor allem wegen des dritten Kapitels – eine gute Argumentationshilfe bei den notwendigen Weichenstellungen für die „Mobilität im regenerativen Zeitalter“. **[Roland Schnell]**

► Brake, M.: Mobilität im regenerativen Zeitalter. Was bewegt uns nach dem Öl? Heise, Hannover 2009, 180 S., 16,- €, ISBN 978-3-936931-61-7

## Nationalpark in der Hölle?

Bernhard Grzimek war nicht nur ein berühmter Zoologe, sondern auch ein brillanter Autor. Zu seinem 100. Geburtstag wurde jetzt seine Autobiografie neu herausgegeben.



■ Der Mann mit dem schwer auszusprechenden Namen war einer meiner Kinderhelden. „Mein Leben“ heißt schlicht die sehr lesenswerte Autobiografie von Bernhard Grzimek,

die in diesem Jahr, pünktlich zu seinem 100. Geburtstag, neu aufgelegt worden ist. Tausende ZuschauerInnen sahen ihn im Fernsehen, umgeben von „possierlichen“ Tieren in seiner Sendung „Ein Platz für Tiere“, die zur erfolgreichsten Dokumentarserie der Fernsehgeschichte wurde. Bei traumhaften Einschaltquoten von bis zu 70 Prozent kommentierte er mit Großvaterstimme die Filmbeiträge, die gleichzeitig für Kinder wie für Universitätsprofessoren gedacht waren. Die Mischung: zwei Drittel Unterhaltung, ein Drittel messerscharfe Kritik und Aufklärung. Grzimek, Zoologe und Veterinärmediziner, Umweltaktivist der ersten Stunde, Autor zahlreicher Publikationen, langjähriger Direktor des Frankfurter Zoos und von 1963 bis 1968 auch Präsident des Deutschen Naturschutzrings, hatte früh begriffen, dass es in einer Demokratie darum geht, die breite Masse zu überzeugen. Er nutzte Bücher, Illustrierte, Rundfunk, Kino und das Fernsehen, um die Grundhaltung von Millionen zu beeinflussen. Denn dass Wildnis möglichst komplett kultiviert gehört, war vor Grzimeks Zeiten allgemeiner Konsens.

Und dann kam dieser Naturschützer und setzte die letzten Reste afrikanischen Tierlebens mit Kathedralen und anderen Kulturgütern gleich. Eine Einstellung, die ihm fast die Verweigerung des Prädikats „wertvoll“ von der deutschen Filmbewertungsstelle für seinen Dokumentarfilm über die Serengeti eingebracht hätte. In den

USA dagegen bekam „Serengeti darf nicht sterben“ als erster Naturfilm überhaupt einen Oscar. Das Buch über die Serengeti wurde in über 20 Sprachen übersetzt und verkaufte sich allein in Deutschland über 800.000 Mal.

Grzimek war einer, den man gern zum Freund, aber nicht gern zum Feind gehabt hätte. Was er sich in den Kopf setzte, das setzte er auch durch: mit Intelligenz, Wortwitz und allen Mitteln, die ihm als Beamtem auf Lebenszeit zur Verfügung standen. „Die Beamtenschaft ist wie ein Klavier – nicht das Klavier selbst ist das wichtigste, sondern die Melodien, die man darauf spielt“, schreibt er. Grzimek fand, viel wichtiger als neue Gesetze und Verordnungen, mit denen die Politiker oft nur die Geschädigten beruhigen wollten, sei es, diese auch wirklich durchzusetzen.

Er sprach sich bei jeder Gelegenheit für Verhütung und Familienplanung aus und machte sich damit die Kirche zum Feind. Er war kurze Zeit – bewusst als Ehrenamtler und nicht mit Staatssekretärsgehalt – Beauftragter der Bundesregierung für den Naturschutz, trat aber aus Protest zurück. „Wenn man als Naturschützer im letzten Augenblick das Abrutschen der Menschheit und ihrer Umwelt ins Verderben bremsen will, dann darf man sich nicht an Parteien oder Regierungsformen binden.“ Grzimek misstraute allen politischen Ideologien, sprach aber mit Staatschefs jeder Couleur. „Er hätte sich wohl auch mit dem Teufel getroffen, wenn ein Nationalpark in der Hölle herausgekommen wäre“, heißt es im Nachwort.

Bernhard Grzimeks Einstellung trug mit dazu bei, dass sich eine respektvollere Sicht auf die Natur und wildlebende Tierarten entwickelte. Seine Memoiren sind nach wie vor hochaktuell und liefern eine amüsante, nachdenklich machende und spannende Zusammenstellung seines Lebens aus seiner Sicht. Er starb 1987 beim Besuch einer Zirkusvorstellung – so hätte er sich das sicher gewünscht.

[Juliane Grüning]

► Grzimek, B.: Mein Leben. Erinnerungen des Tierforschers. Piper, München 2009, 534 S., 12,95 €, ISBN 978-3-492-25386-4

## Artensterben anschaulich



Farbenprächtig und übersichtlich präsentiert der im Haupt Verlag erschienene Atlas der bedrohten Arten düstere Daten. Vergleichende Weltkarten zeigen beispielsweise, in welchem Land der Erde wie viele (beziehungsweise wenige) Quadratkilometer Feuchtgebiete geschützt werden oder welches Land im Exporthandel mit gefährdeten Tieren besonders aktiv ist. Tabellen listen Landfläche, geschützte Ökosysteme und Artendichte in allen Ländern der Welt auf, vergleichen die Zahl der bedrohten Arten in unterschiedlichen Kategorien von Primaten über Vögel bis zu Pflanzen. Auf 128 Seiten veranschaulicht der britische Ökologe Richard Mackay die Gefahren für die Ökosysteme und Artengruppen dieser Welt. Gerade auch in den verletzlichen Regionen wie Arktis, Galapagosinseln oder Madagaskar hat der Mensch die Umwelt beeinflusst. Eine Fülle von Informationen und Fakten erscheint auf dichtem Raum in Fotos, Grafiken, Balken- und Tortendiagrammen – eine wahre Fundgrube für Vorträge. Und fast alle Datengrundlagen sind von 2008, also brandneu. In sieben Kapiteln werden der Artenrückgang und das Schwinden von Lebensräumen dokumentiert.

Ab und zu hat sich ein Layoutproblem eingeschlichen. Für eine vertiefte ökologische Analyse zum Rückgang einzelner Arten bedarf es noch ausführlicherer Daten und auch die Pflanzen kommen etwas kurz. Doch die Visualisierung der ökologischen Krise ist Mackay gelungen. Und auch wer nach einzelnen Spezies sucht, wird fündig: Exemplarisch enthalten die Karten Kurzinformationen über Brillensturmvogel, Belutschistan-Kragenbär, Bastard-Köcherbaum und andere bedrohte Arten.

[Juliane Grüning]

► Mackay, R.: Atlas der bedrohten Arten. Haupt, Bern 2009, 128 S., 18,90 €, ISBN 978-3-258-07454-2

## Von der Verteilung der Vielfalt

Was haben Wasser, Wissen und Erbgut gemeinsam? Richtig, sie sind lebensnotwendig, unser aller Besitz und daher unverkäuflich. Soweit die Theorie, denn die Realität sieht anders aus: Der Welt droht die Einzäunung und Kommerzialisierung. Dieses Buch präsentiert unsere Gemeingüter in all ihrer Vielfalt, zeigt deren Potenzial und verdeutlicht ihre Rolle bei der Durchsetzung und Sicherung von Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Demokratie.

S. Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)

### Wem gehört die Welt?

Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter

285 Seiten, 24,80 EUR  
ISBN 978-3-86581-133-2

 oekom

Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
kontakt@oekom.de  
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



ie Welt

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## S wie Systemtheorien

Die Kluft zwischen Natur- und Sozialwissenschaften scheint unüberwindbar, obwohl die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerade eine Zusammenarbeit dieser Disziplinen erfordern.

Dieses Buch betrachtet Mensch-Umwelt-Beziehungen aus verschiedenen systemtheoretischen Perspektiven und greift exemplarisch die aktuelle Debatte um Klimawandel und Umweltschutz auf.

H. Egner, B. M. W. Ratter, R. Dikau (Hrsg.)  
**Umwelt als System - System als Umwelt?**  
 Systemtheorien auf dem Prüfstand  
 oekom verlag, München 2008  
 174 Seiten, 34,90 EUR  
 ISBN 978-3-86581-112-7

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)  
 Fax +49/(0)89/54 41 84-49

**oekom**  
 verlag

Die guten Seiten der Zukunft

## EU-Recht neu kommentiert



■ Es ist mutig, jetzt einen EU-Rechtskommentar herauszugeben und dabei schon die Änderungen aus dem Reformvertrag von Lissabon zu berücksichtigen. Denn noch steht dessen

Ratifikation in drei Ländern aus.

Das europäische Recht und die Auslegung seiner Rechtsnormen haben große Bedeutung für den Umwelt-, Natur- und Tierschutz. Mittlerweile ist die EU für vier Fünftel des nationalen Umweltrechts verantwortlich. Wenn der Herausgeber es als Erster wagt, die Regelungen des Lissabon-Vertrages in die Kommentierung einzu beziehen, so setzt er damit einerseits auf das Prinzip Hoffnung – dass nämlich der Lissabon-Vertrag möglichst bald in Kraft tritt. Gleichzeitig will er zeigen, dass sich das EU-Recht auch unabhängig vom Reformvertrag enorm weiterentwickelt hat. Gerade die Rechtsprechung hat Neues zu bieten – was in diesem Kommentar akribisch aufgearbeitet wird.

Der Text basiert auf den bestehenden Verträgen und benennt die Änderungen durch den Lissabon-Vertrag. Der Leser findet die aktualisierte Nummerierung, er lernt, dass Artikel 174 ff zur Umweltpolitik sich nicht verändert, außer dass er 191 heißt. Er liest mit Artikel 194 die neu aufgenommene Energiepolitik und versteht, dass das Mitentscheidungsverfahren demnächst zum „ordentlichen Rechtsetzungsverfahren“ mutiert. Dieser juristische Fachkommentar ist keine leichte Lektüre. Wenn der EU-politisch Interessierte angesichts der verschiedenen Vertragsversionen, Protokolle und Anhänge glaubt, den Überblick nicht zu gewinnen, so ist das jedoch eher dem komplexen Ergebnis der EU-Vertragsreform als dem Kommentar vorzuwerfen. **[Markus Steigenberger]**

► Schwarze, J. (Hrsg.): EU-Kommentar. Nomos, Baden-Baden 2009, 2734 S., 198 €, ISBN 978-3-8329-2847-6

## INTERNET

## EU-Naturschutz per Steckbrief

■ Wer wissen will, wo in Deutschland Natura-2000-Gebiete ausgewiesen sind, wird auf der Internetseite des

Bundesamts für Naturschutz fündig. Dort sind alle Vogelschutz- und FFH-Gebiete nach Bundesländern aufgeführt. Ein Steckbrief enthält die genaue Bezeichnung des Schutzgebiets, dessen Größe und Lebensraumtypen, geschützte Vogelarten und die in Anhang II der Flora-Fauna-Habitat-(FFH-)Richtlinie aufgeführten sogenannten prioritären Arten. Eine kurze Beschreibung rundet den Überblick ab. Die Codierung der Lebensraumtypen ist mit der jeweiligen Beschreibung verlinkt. Alle Angaben stammen aus den an die EU übermittelten Standarddatenbögen Deutschlands mit Stand vom September 2008. Die zur Veröffentlichung freigegebenen Daten enthalten keine Angaben zu sensiblen Arten. **[jg]**

► [www.bfn.de/0316\\_steckbriefe.html](http://www.bfn.de/0316_steckbriefe.html)

## Tierversuchsfreie Forschung

■ Der Bundesverband Menschen für Tierrechte hat eine neue Internetseite ins Leben gerufen. Sie soll die tierversuchsfreie Forschung voranbringen, WissenschaftlerInnen stärker vernetzen und Studierende an diesen Forschungszweig heranführen. Ein Grund für die stetig ansteigenden Tierversuchszahlen sei die nicht ausreichende Vernetzung der Arbeitsgruppen, die in diesem Bereich forschen. Die neue Internetseite bietet nun unter anderem eine Stellenbörse für Wissenschaftler, die tierversuchsfrei arbeiten oder entsprechende Verfahren entwickeln wollen. Zudem werden Praktikumsplätze und Studienabschlussarbeiten vermittelt. Es gibt eine Liste relevanter Forschungsgruppen und eine Übersicht zu Fonds und Stiftungen, die die tierversuchsfreie Forschung finanziell unterstützen. **[ans]**

► [www.invitrojobs.com](http://www.invitrojobs.com)

## NEU ERSCHIENEN

- B.A.U.M. e. V. (Hrsg.): **Die grüne Flotte. Transport und Logistik im Klimawandel.** Breitengrad, Hamburg 2009, 240 S., 29,90 €, ISBN 978-3-940967-09-1
- Brand, U. (Hrsg.): **Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates. Biodiversitätspolitik aus strategisch-relationaler Perspektive.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2009, 230 S., € 19,90 €, ISBN 978-3-89691-768-3
- Brodowski, M. u. a.: **Informelles Lernen und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Anknüpfungspunkte, Ansätze und Perspektiven aus verschiedenen Lernwelten.** Barbara Budrich, Leverkusen 2009, 280 S., 29,90 €, ISBN 978-3-86649-233-2
- DGGL (Hrsg.): **Garten und Gesundheit. Zur Bedeutung des Grüns für das Wohlbefinden.** DGGL-Jahrbuch 2008, Berlin 2008, 112 S., 15,- €, ISBN 978-3-7667-1773-3
- Europäisches Umweltbüro (Hrsg.): **What future for EU's water? First assessment of the draft River Basin Management Plans under the EU Water Framework Directive.** Brüssel 2009, 20 S. Download (PDF, 2,8 MB): [www.eeb.org](http://www.eeb.org) (Publications)
- French, H.; Renner, M.; Gardner, G.: **Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderung.** Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2009, 60 S., ISBN 978-3-86928-003-5. Download (PDF, 800 kB): [www.kurzlink.de/wwi-gnd.pdf](http://www.kurzlink.de/wwi-gnd.pdf)
- Fritz, E.: **Leitlinien für integratives Wildtiermanagement.** Erich Schmidt, Berlin 2009, 110 S., 24,80 €, ISBN 978-3-503-11479-5
- Michalski, K. (Hrsg.): **Klimapolitik und Solidarität.** Transit 36. Neue Kritik, Frankfurt/M. 2009, 185 S., 14,- €, ISBN 978-3-8015-0394-9. [www.iwm.at](http://www.iwm.at) (Publications – Transit 36)
- Grube, A.: **Vegane Biografien. Narrative Interviews und biografische Berichte von Veganern.** Ibidem, Stuttgart 2009, 24,90 €, ISBN 978-3-89821-988-4
- Gruber, P. C. (Hrsg.): **Die Zukunft der Landwirtschaft ist biologisch! Welthunger, Agrarpolitik und Menschenrechte.** Barbara Budrich, Leverkusen 2009, 295 S., 28,- €, ISBN 978-3-86649-223-3
- Heath, J.; Potter, A.: **Konsumrebell. Der Mythos der Gegenkultur.** Edition der Freitag, Berlin 2009, 432 S., 17,80 €, ISBN 978-3-936252-20-0
- Landolt, E. u. a.: **Flora indicativa. Ökologische Zeigerwerte und biologische Kennzeichen zur Flora der Schweiz und der Alpen.** Haupt, Bern 2009, 768 S., 64,- €, ISBN 978-3-258-07461-0
- Mossmann, W.: **Realistisch sein: das unmögliche verlangen. Wahrheitsgetreu gefälschte Erinnerungen.** Edition der Freitag, Berlin 2009, 250 S., 19,80 €, ISBN 978-3-936252-11-8
- Nill, J.: **Ökologische Innovationspolitik. Eine evolutorisch-ökonomische Perspektive.** Metropolis, Marburg 2009, 558 S., 44,80 €, ISBN 978-3-89518-728-5
- Palme, C.; Schlee, M.: **Gentechnikrecht. Darstellung.** Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden 2009, 198 S., 29,- €, ISBN 978-3-8293-0852-6
- Pfiffner, A.: **Geologie der Alpen.** Haupt, Bern 2009, 400 S., 58,- €, ISBN 978-3-8252-8416-9
- Pommerenke, K.: **Der Regenwald der weißen Bären. Ein bedrohtes Ökosystem an Kanadas Pazifikküste.** Haupt, Bern 2009, 192 S., 29,90 €, ISBN 978-3-258-07476-4
- Schrogl, K.-U. u. a. (Hrsg.): **Threats, Risks, and Sustainability. Answers by Space.** Springer, Wien 2009, 321 S., 117,65 €, ISBN 978-3-211-87449-3
- Vogt, M.: **Prinzip Nachhaltigkeit.** oekom, München 2009, 550 S., 34,90 €, ISBN 978-3-86581-091-5
- Wille, D.: **Das Konzept des Integrierten Küstenzonenmanagements als Herausforderung für das deutsche Raumordnungs-, Zulassungs- und Umweltplanungsrecht.** Nomos, Baden-Baden 2009, 313 S., 72,- €, ISBN 978-3-8329-3664-8
- Worldwatch Institute (Hrsg.): **Zur Lage der Welt 2009. Ein Planet vor der Überhitzung.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2009, 320 S., 19,90 €, ISBN 978-3-89691-765-2

## Impressum

umwelt aktuell Juli 2009  
ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de). **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortl.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Stefanie Langkamp [sl], Bjela Vossen [bv], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Florian Noto [fn], Anne Schweitzer [ans]

**Kontakt:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Titelfoto:** DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier **Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang **Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: [oekom@rhenus.de](mailto:oekom@rhenus.de) **Anzeigen:** oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



## Nachhaltigkeit

## A-Z



## S wie Sozialcharaktere

Umweltbewusstes und nachhaltiges Handeln ist eine Frage der Persönlichkeit. Die vorliegende Studie hat aus umfangreichem empirischem Material eine Typologie »ökologischer Sozialcharaktere« abgeleitet. In Kombination mit eingeführten Konzepten wie »Lebensstile« und »Lebenswelten« kann damit eine stark verbesserte Zielgruppenorientierung in der Nachhaltigkeitskommunikation begründet werden.

H. Buba, S. Globisch  
**Ökologische Sozialcharaktere**  
 Von Weltveränderern, Egoisten und Resignierten.  
 Persönlichkeitstyp und Lebenswelt als Basis von  
 Umweltverhalten  
 oekom verlag, München 2008  
 128 Seiten, 19,95 EUR  
 ISBN 978-3-86581-062-5

Erhältlich bei  
 www.oekom.de  
 kontakt@oekom.de  
 Fax +49/(0)89/54 41 84-49

 **oekom**  
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

## TERMINE

## JULI

05.07.–28.08. (SRB, MK, MNE, AL, BiH, HR)  
**Ecotopia Biketour 2009**  
 ▶ CZZS, Marcha Peelen, Banja Luka (Bosnien), E-Mail: [marcha.peelen@czzs.org](mailto:marcha.peelen@czzs.org), [www.ecotopiabiketour.net](http://www.ecotopiabiketour.net)

07.07.–08.08., Main – Donau (D)

**Floßtour 2009. Mal richtig abschalten.**

**Atomkraft – Nein Danke!**

▶ Robin Wood, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3808920, E-Mail: [flosstour@robinwood.de](mailto:flosstour@robinwood.de), [www.flosstour.de](http://www.flosstour.de)

12.–19.07., Bern und Umgebung (CH)

**Klima Workshop Festival. Klimacamp**

▶ [www.netzwerkzeug.org](http://www.netzwerkzeug.org)

16.–26.07., Gedelitz bei Gorleben (D)

**Sommercamp im Wendland 2009**

▶ Sommercamp e. V., Regina Erbacher, Dortmund, Tel. +49 (0)231 / 4273150, E-Mail: [camp2009@wendlandcamp.de](mailto:camp2009@wendlandcamp.de), [www.wendlandcamp.de](http://www.wendlandcamp.de)

17.07., Neumarkt i. d. OPf. (D)

**Energie in Kommunen und Unternehmen neu denken. 2. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz**

▶ Konferenzbüro, Tel. +49 (0)9181 / 255-0, Fax -109, E-Mail: [info@neumarkt.de](mailto:info@neumarkt.de), [www.neumarkter-nachhaltigkeitskonferenz.de](http://www.neumarkter-nachhaltigkeitskonferenz.de)

25.07.–02.08., Barby/Elbe (D)

**17. Internationales Elbe-Saale-Camp**

▶ Elbe-Saale-Aktionsbündnis, Christina Weigel, Tel. +49 (0)39298 / 27003, E-Mail: [ccw123@t-online.de](mailto:ccw123@t-online.de), [www.netzwerk-flusslandschaften.de/elsa](http://www.netzwerk-flusslandschaften.de/elsa)

27.07.–08.08., Magdeburg – Gorleben – Berlin (D)

**Tour de Natur 2009**

▶ Grüne Liga, Leipzig, Tel. +49 (0)351 / 4943354, [www.tourdenatur.net](http://www.tourdenatur.net)

31.07.–01.08., Cuxhaven (D)

**Sport und Umweltschutz – eine zukunftsfähige Allianz zum wechselseitigen Nutzen**

▶ Alfred-Toeffer-Akademie, Schneverdingen, Tel. +49 (0)5198 / 9890-70, Fax -95, [www.nna.de](http://www.nna.de)

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: [www.dnr.de/terminlinks](http://www.dnr.de/terminlinks)

## AUGUST

12.–15.08., Tampere (FIN)

**3rd International Dry Toilet Conference**

▶ Tampere University of Technology, Varpu Taaveti-la, [drytoilet@tavicon.fi](mailto:drytoilet@tavicon.fi), [www.drytoilet.org/dt2009](http://www.drytoilet.org/dt2009)

16.–22.08., Stockholm (S)

**Stockholm World Water Week**

▶ SIWI, Katarina Andrzejewska, Tel. +46 (0)8 / 522139-60, Fax -61, E-Mail: [secretariat.www@siwi.org](mailto:secretariat.www@siwi.org), [www.worldwaterweek.org](http://www.worldwaterweek.org)

16.08.–15.09., Poppau/Altmark (D)

**Ecovillage Design Education. Sustainability Training**

▶ Ökodorf e. V., Tel. +49 (0)39000 / 51235, E-Mail: [kosha@siebenlinden.de](mailto:kosha@siebenlinden.de), [www.siebenlinden.de](http://www.siebenlinden.de)

26.–29.08., Paasitorni, Helsinki (FIN)

**4. Internationale Konferenz zu Nanotechnologie**

▶ Finnish Institute of Occupational Health, Kai Savolainen, Tel. +358 (0)9 / 7089-611, [www.ttl.fi/Internet/English/Information/International+meetings+and+symposia/Nanoeh2009](http://www.ttl.fi/Internet/English/Information/International+meetings+and+symposia/Nanoeh2009)

28.08., Köln (D)

**Regionalkonferenz des Deutschen Naturschutzbüros**

▶ DNR, Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

28.08., Zürich (CH)

**Klimawandel, Öknappeit, Wirtschaftskrise – Zeit für eine Wachstumsdebatte. Fachtagung**

▶ Schweizerische Energiestiftung, Tel. +41 (0)44 / 2715464, Fax 2730369, [www.energiestiftung.ch/service/fachtagungen/fachtagung09](http://www.energiestiftung.ch/service/fachtagungen/fachtagung09)

31.08.–03.09., Schlierbach (A)

**KonsumTräume – LernRäume.**

**Ökolog-Sommerakademie 2009. Workshop**

▶ Forum Umweltbildung, Marion Kaar, Tel. +43 (0)662 / 8044-5815, Fax -5822, E-Mail: [marion.kaar@umweltbildung.at](mailto:marion.kaar@umweltbildung.at), [www.umweltbildung.at](http://www.umweltbildung.at)

31.08.–02.09., Halle (D)

**6th European Dry Grassland Meeting. Tagung**

▶ Martin-Luther-Universität, Ute Jandt, Tel. +49 (0)345 / 552-6412, Fax -7228, E-Mail: [ute.jandt@botanik.uni-halle.de](mailto:ute.jandt@botanik.uni-halle.de), [www.botanik.uni-halle.de/mitarbeiterinnen\\_Mitarbeiter/ute\\_jandt/trockenasentagung](http://www.botanik.uni-halle.de/mitarbeiterinnen_Mitarbeiter/ute_jandt/trockenasentagung)

Studie „Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2020“

## Pessimistischer Blick in die Zukunft

Berliner Studierende befragten Experten der Bildung für nachhaltige Entwicklung zu den Perspektiven im Jahr 2020. Das Ergebnis: Die Ziele des Aktionsplans der Deutschen Unesco-Kommission werden begrüßt. Doch es gibt starke Zweifel daran, ob die in Gang gesetzten Maßnahmen genügen, um sie zu erreichen.

□ Die Vereinten Nationen haben für die Jahre 2005 bis 2014 weltweit die Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) ausgerufen. Der Nationale Aktionsplan für Deutschland nennt als oberstes Ziel, „allen Menschen Bildungschancen zu eröffnen, die es ermöglichen, sich Wissen und Werte anzueignen sowie Verhaltensweisen und Lebensstile zu erlernen, die für eine lebenswerte Zukunft und positive gesellschaftliche Veränderung erforderlich sind“. Erreicht werden soll dies durch vier Teilziele:

- ▷ den Transfer guter Praxis in die Breite,
- ▷ eine bessere Vernetzung der Akteure,
- ▷ mehr öffentliche Wahrnehmung und
- ▷ eine Verstärkung der internationalen Kooperationen.

Nach nunmehr fünf Jahren sollte gefragt werden, ob die anfängliche Dynamik heute noch trägt, wie weit die Akteure auf dem Weg zum Ziel vorangekommen sind und ob das Erreichen der Ziele innerhalb eines überschaubaren Zeithorizonts überhaupt möglich erscheint.

### Berliner Studiengruppe befragte Experten

Mit diesen Fragen hat sich eine Studentengruppe der Freien Universität Berlin auseinandergesetzt. Projektleiter Lars Gerhold und seine Teammitglieder Natalia Basova, Stefanie Behrend, Michael Groneberg, Bozena Kiefer, Jana Tajzich, Annika Schmidt, Cornelia Wagner und Nadine Westphal entschieden sich, BNE-Expertinnen und -Experten aus ganz Deutschland zu befragen. Diese Experten sollten einschätzen, mit welcher Wahrscheinlichkeit die Teilziele der UN-Dekade BNE im Jahr 2020 erreicht werden können. Zugleich sollten sie sagen, ob sie diese Ziele auch für wünschenswert erachten.

Als Befragungsmethode wählte die Pro-

jektgruppe das sogenannte Delphi-Verfahren. Dabei wird die Befragung in zwei Wellen durchgeführt, sodass die Befragten ihre Aussagen aufgrund der Ergebnisse der ersten Umfrage nachträglich verändern können. Die Experten wurden mit Unterstützung von E-Mail-Verteilern aus dem Institut Futur ausfindig gemacht. Dessen Leiter Gerhard de Haan ist Professor für Umweltbildung an der TU und Vorsitzender des Nationalkomitees der UN-Dekade BNE. In dem Verteiler waren Mitglieder verschiedener Gremien der UN-Dekade, Absolventen der Multiplikatoren Ausbildung „BNE in Ganztagschulen“, Vertreter des ehemaligen Projekts Transfer 21 sowie ausgewählte Einzelpersonen.

### Wünschenswert, aber unwahrscheinlich

Der Onlinefragebogen enthielt 32 zu bewertende Aussagen. Auf einer fünfstufigen Skala mussten die Annahmen nach ihrer Wahrscheinlichkeit und Erwünschtheit beurteilt werden. In die Auswertung wurden nur Experten und Expertinnen einbezogen, die mit BNE gut vertraut sind und hier über mehrjährige Erfahrung verfügen. Die zweite Erhebungswelle brachte kaum nennenswerte Veränderungen, was darauf schließen lässt, dass die meisten Experten sich ihrer Einschätzung sehr sicher waren.

Das Ergebnis zeigt für nahezu alle abgefragten Handlungsziele deutliche Diskrepanzen: Die Konzepte und Zielformulierungen der UN-Dekade in Deutschland werden uneingeschränkt als wünschenswert angesehen. Doch die Realisierung vieler Ziele bis zum Jahr 2020 halten die Befragten überwiegend für unwahrscheinlich.

Im Themenbereich „Weiterentwicklung und Bündelung der Aktivitäten sowie

Transfer guter Praxis in die Breite“ besteht die größte Differenz zwischen Erwünschtem und Wahrscheinlichem im schulischen Bereich. Die Experten wünschen sich die systematische Etablierung von BNE in der Schule. Sie möchten, dass BNE als regelmäßiger Lehrstoff in allgemeinbildenden Schulen bis zum Jahr 2020 eingeführt wird. Doch nur etwa ein Drittel der Befragten glaubt daran und mehr als 42 Prozent der Experten bezweifeln es. Das lässt auf eine gewisse Enttäuschung darüber schließen, dass die seit Beginn der Dekade erhofften Fortschritte in der Schule noch nicht erreicht worden sind. Ein wenig besser wird die Situation in Kindergärten und Hochschulen eingeschätzt. Überraschend viele Befragte glauben, dass BNE dennoch in den Bildungs- und Lehrplänen fest verankert sein wird.

### Pessimismus auf allen Ebenen

Was die Vernetzung der Akteure angeht, sehen viele Experten für 2020 eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, dass Netzwerke wie die Unesco-Schulen einen BNE-Transfer in die Breite bewirken. Kooperationen zwischen Wirtschaftsunternehmen und Bildungseinrichtungen halten sie dagegen für weniger wahrscheinlich.

Tiefster Pessimismus wird bei der Frage nach der öffentlichen Wahrnehmung von BNE deutlich. Fast alle Experten wünschen sich, dass die Bevölkerung im Jahr 2020 im Sinne der Nachhaltigkeit handelt. Doch nur verschwindend geringe vier Prozent der Befragten glauben daran. 80 Prozent halten es für eher unwahrscheinlich. Ein wenig Hoffnung scheint dagegen bei der Verbreitung handlungsrelevanten Wissens durch. Die Verstärkung bürgerlichen Engagements für Nachhaltigkeit wird sogar als noch wahrscheinlicher eingeschätzt.

Auch bei den Prognosen für den internationalen Bereich herrscht Frust vor. Kaum jemand glaubt, dass der Nachhaltigkeitsgedanke auf globaler Ebene im Jahr 2020 handlungsbestimmend sein wird. In den Entwicklungsländern wird BNE weiter hinterherhinken, während in Europa BNE stärker als heute Themenschwerpunkt in Bildungsprogrammen und -projekten sein wird. Die führende Rolle Deutschlands bei

der Umsetzung von BNE relativieren die Befragten allerdings. Sie haben die Hoffnung, dass andere Länder den Vorsprung bis dahin aufholen.

## Hoffnung: Erfolgreiche Maßnahmen in die Breite bringen

Die Autoren der Studie fragen sich, wie man mit einer solch pessimistischen Einschätzung umgeht. Obwohl die Experten selbst wohl überwiegend aktiv und von ihrem Tun überzeugt sein dürften, fehlt ihnen der Glaube an den politischen Rahmen, mit dem BNE in Deutschland mittelfristig erfolgreich als gesellschaftliches Konzept etabliert werden kann. Für die globale Perspektive bezweifeln sie, dass WTO, Weltbank oder IWF die richtigen Weichen stellen werden.

Gerhold und sein Team empfehlen, die Ergebnisse zum Anlass zu nehmen, die nationale Perspektive mit dem Blick auf die Bevölkerung durch Transfermaßnahmen zu stärken und besonders erfolgreiche Maßnahmen langfristig abzusichern. Darüber hinaus soll der Aktionsradius auf den globalen Raum ausgeweitet werden, um auch dort die politischen Voraussetzungen zu fördern, die notwendig sind, um BNE-Maßnahmen zum Erfolg zu führen.

[Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ Dr. Lars Gerhold, Institut Futur, Freie Universität Berlin, Tel. +49 (0)30 / 83856439, E-Mail: gerhold@institutfutur.de, www.institutfutur.de
- ▷ Gerhold, L.; Schmidt, A., Wagner, C. (2009): Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2020. Berlin, 47 S., Download: www.institutfutur.de/BNE2020.pdf

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

### ANU mit Geld und neuer Adresse

□ Die diesjährige Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) findet vom 24. bis 26. November in Hamburg statt. Themen sind unser Umgang mit dem Geld und die Auswirkungen der Geldströme auf lokale und globale Wirtschaftssysteme. In mehreren Workshops werden Bezüge zur pädagogischen Praxis der Umweltbildung

aufgezeigt. Außerdem wird diskutiert, wie die ANU das Jahresthema der UN-Dekade 2010 im Verband umsetzen will.

Bitte notieren: Der ANU Bundesverband ist umgezogen und hat eine neue Adresse.

- ▷ ANU Bundesverband, Geschäftsstelle der Vorsitzenden, Annette Dieckmann, Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29, E-Mail: bundesverband@anu.de

### Erstes türkisch-deutsches Umweltzentrum in Berlin eröffnet

□ Im Berliner Stadtteil Kreuzberg ist das erste türkisch-deutsche Umweltzentrum eröffnet worden. Durch Aufklärungsarbeit und Projekte soll das Umweltbewusstsein besonders unter den türkischsprachigen MigrantInnen gefördert werden. Schwerpunktthemen sind Energieeffizienz, Energieverbrauchsverhalten, Mülltrennung und Konsumverhalten. Der Verein hat eigene Geschäfts- und Beratungsstellen in verschiedenen Bezirken und betreibt einen eigenen Kindergarten und einen Schülerclub. Er gibt die deutsch-türkische Umweltzeitung MUZ heraus und bietet diverse Veranstaltungen an.

- ▷ www.tdz-berlin.de

### Neues Naturparkzentrum in der Wein-Wald-Region

□ Der Naturpark Stromberg-Heuchelberg bei Stuttgart eröffnet ein neues Besucherzentrum. Herzstück ist eine Ausstellung, die den Facettenreichtum der Wein-Wald-Region erlebbar macht. Den Themen Wald, Streuobstwiesen, Weinkultur und Geologie ist jeweils ein eigener Ausstellungsschwerpunkt gewidmet. Strom und Wärme für das Gebäude liefern Geothermie- und Fotovoltaikanlagen. Wie das funktioniert, veranschaulicht unter anderem ein drehbares Gebäudemodell, das Kühl- und Wärmeleistung im Jahresverlauf verdeutlicht.

- ▷ www.naturpark-stromberg-heuchelberg.de

### Im Schullandheim Spohns Haus die Nachhaltigkeit erleben

□ Das Ökologische Schullandheim Spohns Haus ist ein altes Bauernhaus aus dem Jahre 1762 und liegt im Biosphärenreservat Bliesgau im Saarland. Bereits zum dritten Mal in Folge wurde das Haus von der Unesco zum offiziellen Dekade-Projekt ernannt. Gemeinsam mit der Unternehmensberatung Stratum im Bundesverband TuWas wurden modellhafte Konzepte zur Umsetzung des Bildungsthemas Nachhaltigkeit im Schullandheim entwickelt und auf ihre Unterrichtstauglichkeit erprobt.

Schulklassen können beispielsweise während ihres Aufenthalts bereits bei der Verpflegung den Aspekt der Regionalität als wichtigen Faktor des nachhaltigen Konsumverhaltens kennenlernen. Die Ergebnisse der Arbeit wurden in fünf Themenheften Wasser, Wald, Ernährung, Klima und Biosphäre zusammengestellt. Alle Themenhefte können über die TuWas-Webseite kostenlos bestellt werden.

- ▷ www.spohnshaus.de
- ▷ www.tuwas.net

## THEMA: JUGEND

### Jugendliche fordern Unterrichtsfach Umweltbildung

□ Im Herbst letzten Jahres fand in Berlin die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierte Jugendkonferenz „Zukünfte und Visionen Wald 2100“ statt. Rund 100 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 24 Jahren diskutierten in vier Arbeitsgruppen über den Umgang mit der Ressource Wald. Mit Methoden der Zukunftswerkstatt formulierten sie ihre Wünsche und Zukunftsvisionen.

Die Jugendlichen forderten nicht nur ein ausgewogenes Miteinander von wirtschaftlichen Interessen sowie Natur-, Umwelt- und Artenschutz, sondern auch die Einführung des Unterrichtsfaches Umweltbildung. Die Konferenz ist im Internet ausführlich dokumentiert.

- ▷ www.waldzukunft.de

### Jugendliche Medienmacher in Österreich gesucht

□ Das Forum Umweltbildung in Wien führt auch dieses Jahr wieder einen Medienwettbewerb für Jugendliche im Alter von zwölf bis 26 Jahren durch. Gesucht werden kreative Film-, Audio- und Multimedia-beiträge in einer Länge von drei Minuten zu den Themen Konsum, Klima, Soziales, Mobilität und Gesundheit. Ein Sonderpreis wird zum Themenbereich Gesunde Ernährung und Nachhaltigkeit verliehen.

Im letzten Jahr reichten insgesamt 1.500 Jugendliche rund fünf Dutzend Videos und ein Hörspiel ein. Zur Unterstützung gibt es die CD „Nachhaltigkeit von der Rolle“ mit thematischen Einstiegen und Inspiration. Eine Rückschau 2008 mit den Gewinnerclips findet sich im Internet.

▷ [www.umweltbildung.at](http://www.umweltbildung.at) (Mediencontest 2009)

### Informelles Lernen bei Jugendlichen fördert die Persönlichkeitsentwicklung

□ Wer sich schon als Jugendlicher engagiert, kann später auf wertvolle Kompetenzen zurückgreifen und diese in anderen Lebensbereichen einsetzen. Als Erwachsene sind diese Menschen entsprechend motivierter, politisch interessierter und beruflich erfolgreicher als andere. Diese Attraktivität und gesellschaftliche Bedeutung des freiwilligen Engagements bei Jugendlichen konnte nun eine Forschergruppe des Deutschen Jugendinstituts in einer empirischen Studie beweisen. Die Ergebnisse liegen jetzt als Buch vor.

▷ Preiß, C.; Wahler, P.; Tully, C. J.: Jugendliche in neuen Lernwelten. Selbstorganisierte Bildung jenseits institutioneller Qualifizierung. VS Verlag, Wiesbaden 2008, 230 S., 29,90 €, ISBN 978-3-531-16342-0

### Kann ICH als Jugendlicher die Welt retten – und wenn ja wie?

□ Klimakatastrophe, Armut, Umweltverschmutzung... Die täglichen Nachrichten könnten junge Menschen zu der Ansicht verleiten, die Welt sei nicht mehr zu retten. Ist sie denn noch zu retten? Und was

kann ich als Jugendlicher persönlich dazu beitragen, sie zu verbessern, ohne gleich mein komplettes Leben auf den Kopf zu stellen?

Viel Hintergrundwissen und noch mehr Anregungen, wie Jugendliche ihr eigenes Verhalten überdenken und schrittweise verändern können, bietet die Broschüre „Kann ICH die Welt retten? Verantwortungsvoll leben – clever konsumieren“. Die Themenpalette reicht dabei von der Ernährung über Haushalt und Konsum bis zu Mobilität und Freizeit. Ob und was man als Einzelner aber wirklich bewegen kann, das zeigen nur die Pioniere und Akteure eines nachhaltigeren Lebensstils. Doch die werden leider kaum vorgestellt.

▷ Schüppel, K.: Kann ICH die Welt retten? Verantwortungsvoll leben – clever konsumieren. Verlag an der Ruhr, Mülheim 2008, 114 S., 19,80 €, ISBN 978-3-8346-0452-1

### NEUE MATERIALIEN

#### Bayerischer Aktionsplan zur UN-Dekade erschienen

□ Bayern hat einen Aktionsplan zur UN-Dekade BNE veröffentlicht. Neben der ANU Bayern wirkten verschiedene Ministerien, Verbände, Kirchen, Gewerkschaften und Bildungsorganisationen mit. Die Broschüre stellt die Akteure und Ansprechpartner in Bayern vor und zeigt Ansätze zur Verankerung von BNE in den verschiedenen Bildungsbereichen auf. Herausgeber der Publikation ist der Arbeitskreis Bildung für nachhaltige Entwicklung mit Federführung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit.

▷ Download: [www.umweltbildung.bayern.de/netzwerk](http://www.umweltbildung.bayern.de/netzwerk)

#### Informelles Lernen und BNE – Beispiele aus Theorie und Praxis

□ Mit großer Wahrscheinlichkeit erwerben Menschen jeden Alters den größten Teil ihres Wissens nicht in formalen Bil-

dungseinrichtungen, sondern über informelle Lernprozesse. Ob und wie dieser neue Bildungsansatz für Prozesse einer BNE genutzt werden kann, zeigt eine neue Publikation, die von Mitgliedern der bundesweiten AG Informelles Lernen des Runden Tisches der UN-Dekade gestaltet wurde. Grundlagen wie Definitionen, Forschungsansätze und Vergleichsstandards werden ebenso behandelt wie Praxisbeispiele aus der Umweltbildung oder in sozialen und gesellschaftlichen Kontexten. Weitere Aufsätze beschreiben Prozesse informellen Lernens im Rahmen der Agenda 21, in wirtschaftlichen Zusammenhängen und in den Medien.

Durch seine grundlegende Darstellung, die hilfreichen Adressen und die vielen Literaturhinweise haben die Autoren ein echtes Handbuch geschaffen, das Türen in einen neuen und vielversprechenden Bildungsbereich öffnet.

▷ Brodowski, M. u. a. (Hrsg.): Informelles Lernen und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Beiträge aus Theorie und Praxis. Barbara Budrich, Leverkusen 2009, 280 S., 29,90 €, ISBN 978-3-86649-233-2  
▷ [www.informelles-lernen.de](http://www.informelles-lernen.de)

#### Neues Heft zum generationenübergreifenden Lernen

□ Generationenübergreifende Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung schafft neue Beziehungen zwischen den Generationen und kann die Rolle der Umweltbildungseinrichtungen bei der Verankerung und Verbreitung von BNE stärken. So lautet eine These im neuen Heft 1/2009 der Zeitschrift *umwelt & bildung* aus Wien. Die Ausgabe versammelt unter dem Titel „Lernen in der Lebensspanne“ verschiedene Lern- und Bildungserfahrungen im Lebenslauf, stellt Verbindungen zum demografischen Wandel her und beantwortet die Frage, wie Hänschen gelernt hat. Ein Serviceteil zur intergenerationellen Bildung und weitere Beiträge ergänzen das Heft.

▷ Kostenloses Probeheft oder Abonnement: [www.umweltbildung.at](http://www.umweltbildung.at)

## Lob der Vielfalt – Jahrbuch Ökologie 2009

□ Weltweit gibt es schätzungsweise 15 Millionen Arten, von denen gerade einmal zehn Prozent näher beschrieben sind. Die aktuelle Geschwindigkeit des globalen Artensterbens übersteigt die angenommene natürliche Aussterberate um das Hundert- bis Tausendfache. Die Vernichtung der biologischen Vielfalt hat erhebliche globale ökonomische Auswirkungen. Auf der Vertragsstaatenkonferenz zur Internationalen Biodiversitätskonvention im Mai 2008 in Bonn wurde beschlossen, bis 2010 unter anderem ein globales Netz von terrestrischen und marinen Schutzgebieten einzurichten und den Zugang zu genetischen Ressourcen durch einen gerechten Vorteilsausgleich zu regeln.

Hieran schließt das Jahrbuch Ökologie 2009 an. Unter dem Titel „Lob der Vielfalt“ bietet es eine gelungene Mischung fundierter, abwechslungsreicher und kritischer Beiträge aus den Bereichen Natur- und Umweltschutz sowie Sozial- und Politikwissenschaften – von der „Leistung“ biologischer Vielfalt über die Nutzung der arktischen Ressourcen und den umstrittenen Einsatz sogenannter Biokraftstoffe bis zur „Videophilia“ – der Entfremdung durch die Medien.

- ▷ Altner, G. u. a. (Hrsg.): Lob der Vielfalt. Jahrbuch Ökologie 2009. Hirzel, Stuttgart 2008, 248 S., 19,80 €, ISBN 978-3-7776-1605-6

## Jahrbuch Globales Lernen

□ Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Venro) hat zum ersten Mal ein „Jahrbuch Globales Lernen“ herausgegeben. Es enthält wissenschaftliche Beiträge zu Konzeption, Weiterentwicklung und Inhalten des Globalen Lernens und berichtet über den aktuellen Stand in Deutschland. Die zahlreichen Beispiele aus der Praxis sollen neue Impulse für Schule und Bildungsarbeit geben.

- ▷ Venro (Hrsg.): Jahrbuch Globales Lernen 2007/08, 160 S., kostenlos. Bezug (Versandkosten): Welt- haus Bielefeld, Tel. +49 (0)521 / 986480, E-Mail: bildung@welthaus.de, www.globaleslernen.de

## Leitfaden zum Umweltmanagement von Großveranstaltungen

□ Bei Großveranstaltungen wird immer viel Energie verbraucht und Abfall produziert, hinzu kommen Verkehr, Lärm und Emissionen. Am Beispiel des Deutschen Evangelischen Kirchentages, der alle zwei Jahre mit mehr als 100.000 Gästen stattfindet, zeigt der Leitfaden „Umweltmanagement von Großveranstaltungen“, wie die Umweltauswirkungen erfasst und dokumentiert werden können. Kernstück sind sogenannte ökologische Kontenrahmen, in die verschiedene Daten eingetragen und mit entsprechenden Arbeitsblättern verknüpft werden können. Eine beigefügte CD-ROM enthält Checklisten, Fragebögen sowie ein kommentiertes Literaturverzeichnis.

- ▷ Gierjacks, A.; Teichert, V.; Diefenbacher, H.: Umweltmanagement von Großveranstaltungen. FEST, Heidelberg 2008, 70 S., 15,- €. Bezug: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Tel. +49 (0)6221 / 91220, Fax 167257, E-Mail: info@fest-heidelberg.de, www.fest-heidelberg.de

### UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de). Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

#### 02.07., Soonwald/Hunsrück (D)

##### BNE – Neue Herausforderung und Projekte.

##### Landestagung der ANU Rheinland-Pfalz

- ▷ ANU, Claudia Leibrock, Tel. +49 (0)151 / 15545447, E-Mail: cleibrock@lidis.de

#### 03.–05.07., Hannover (D)

##### Partizipation und Kultur – Beteiligung und Zusammenarbeit. Interkulturelle Tagung

- ▷ VePIK e. V., Heidrun Schmitt, Tel. +49 (0)551 / 3708091, E-Mail: hschmitt1@gwdg.de

#### 10.–12.07., Eitorf bei Bonn (D)

##### Spazieren für AnfängerInnen. Schlendern im Sinne von Henry David Thoreau als Methode der Selbsterfahrung

- ▷ [www.crenatur.de/angebot/selbsterfahrung.html](http://www.crenatur.de/angebot/selbsterfahrung.html)

#### 11.–19.07., bayernweit (D)

##### Klimawoche – Schwerpunktthema Energie

- ▷ [www.umweltbildung-bayern.de](http://www.umweltbildung-bayern.de)

#### 14.07., Flintbek bei Hamburg (D)

##### Allein die Dosis macht das Gift. Giftpflanzen erkennen und kennenlernen

- ▷ [www.afnu.schleswig-holstein.de](http://www.afnu.schleswig-holstein.de)

#### 16.–17.07., Vilm bei Rügen (D)

##### Nachhaltigkeit und Religion. Wald und Waldbewirtschaftung im kirchlichen und interreligiösen Kontext

- ▷ [www.schoepfungsbewahrung.org](http://www.schoepfungsbewahrung.org)

#### 28.07., Feldberg/Schwarzwald (D)

##### Wie man Nachhaltigkeit lehrt – Natur als Lern- und Erlebnisraum im 21. Jahrhundert.

##### Von Lehrpfaden, Erlebnispfaden und satellitengestützten Naturführern

- ▷ [www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de](http://www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de)

#### 31.07.–01.08., Cuxhaven (D)

##### Sport und Umweltschutz – eine zukunftsfähige Allianz

- ▷ [www.nna.de](http://www.nna.de)

#### 01.–08.08., Schwanden/Kanton Glarus (CH)

##### Lagerleitung im Umweltbereich für Lager mit Kindern und Jugendlichen

- ▷ [www.wwf.ch](http://www.wwf.ch)

#### 10.–15.08., Ratzeburg (D)

##### Wald im Ostseeraum. Internationale Sommeruniversität

- ▷ [www.sommeruni-rz.org](http://www.sommeruni-rz.org)

**Impressum ökopädNEWS**

**Herausgeber**



**ANU**  
Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

**Redaktion**  
Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),  
jfs@oekopaednews.de;  
Birgit Paulsen, Webmaster, [netzwerk@anu.de](mailto:netzwerk@anu.de)  
ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,  
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt a. M.,  
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,  
[bundesverband@anu.de](http://bundesverband@anu.de), [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)